Dienstag, 11. Juni 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 133 - 24. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rücktritt? In Bremen verdichten sich die Gerüchte um einen Rücktritt von Regierungschef Hans Koschnick (SPD). Koschnick selbst kündigte eine Stellungnahme für nächsten Samstag nach der Landesvorstandssitzung seiner Partei an. (S. 10)

Parteispenden: Eine Firma darf der Zusicherung eines Finanzamtschefs vertrauen, daß Spenden an Vereine, die politischen Parteien nahestehen, steuerlich abzugsfähig sind. Mit dieser Begründung gab das Kölner Finanzgericht den Königswinterer Lemmerz-Werken recht, die Ende der 70er Jahre 130 000 Mark an CDU-nahe „Spendenwaschanlagen" gestiftet hatten und nun rund 70 000 Mark Steuern zurückzahlen sollten. (Az.: VII 7 K 52/85)

Koalition: Für die CSU gibt es nach Angaben von Parteichef Strauß „aus heutiger Sicht" keinen Grund, für 1987 den Kanzlerkandidaten der Union auszuwechseln. Gleichzeitig warnte Strauß, daß die CSU alle fünf Bundesminister zurückziehen werde, falls Kanzler Kohl einen von ihnen, „aus Gründen die wir nicht billigen", entlassen sollte. (S. 10)

Rüstung: Zu Vorgesprächen über eine deutsche Beteiligung am Forschungssektor des SDI-Programms ist eine Delegation aus Vertretern Bonner Ministerien *nach Washington gereist.*

Streitkräfte-Abbau: China wird nach amtlichen Angaben seine Streitkräfte – die zahlenmäßig stärksten der Welt – im Laufe von zwei Jahren von vier auf drei Millionen Mann verkleinern. Die freiwerdenden Mittel sollen für die wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt werden.

Europa: Zum 1. Juli dieses Jahres tritt Griechenland dem Europäischen Währungssystem (EWS) bei. Ebenso wie Großbritannien wird es aber vorerst nicht am Wechselkursmechanismus – dem Kernstück des EWS – teilnehmen.

Nahost: Nach drei Jahren Besetzung zog Israel gestern seine letzten Kampftruppen aus Südlibanon ab. Erstmals seit Beginn des dreistufigen Rückzugs im Februar schlugen in Nordisrael wieder aus Libanon abgefeuerte Katjuscha-Raketen ein.

Entführung: Der Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät der amerikanischen Universität in Beirut, Thomas Sutherland, ist auf offener Straße verschleppt worden. Er ist der siebte Amerikaner, der sich zur Zeit in der Hand von Terroristen befindet.

Nicaragua: Die Union der Journalisten Nicaraguas hat die Linksregierung aufgefordert, die seit März 1982 geltende Pressezensur aufzuheben. Zensur sei ein Ele*ment der Desinformation.*

ZITAT DES TAGES



» Wir protestieren gegen die seit Stalin nicht dagewesene Brutalität des Gerichts und dagegen, daß die Angeklagten um das Recht gebracht werden, sich zu verteidigen «

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa über den Danziger Prozeß gegen die Oppositionellen Adam Michnik, Wladyslaw Frasyniuk und Bogdan Lis, in dem er gestern aussagen mußte FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik müsse es sein, den Aufschwung in den Industrieländern in Gang zu halten, schreibt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Gefahren sieht die BIZ vor allem im zu hohen Dollarkurs und im außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht der USA. (S. 11)

Bruttosozialprodukt: Das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik hat sich im ersten Quartal 1985 deutlich verlangsamt. Das BSP erhöhte sich gegenüber den ersten drei Monaten 1984 real um nur 0,4 Prozent, gegenüber dem letzten Quartal 1984 sank es um ein Prozent.

EBM-Industrie: Wenn sich die 1984 um 5000 auf 279 000 gestiegene Beschäftigungszahl in der Eisen, Blech und Metall verarbeitenden Industrie (EBM) weiter nennenswert erhöhen soll, bedürfe es dringend einer Initialzündung aus der Bauwirtschaft, mahnt der Bundesverband. (S. 12)

Börse: Die Woche begann an den deutschen Aktienmärkten ruhig. Die Kurse am Rentenmarkt tendierten etwas leichter. WELT-Aktienindex 192,9 (194,5). BHF-Rentenindex 102,793 (102,847). Performance Index 103,139 (103,64). Dollarmittelkurs 3,0972 (3,0615) Mark. Goldpreis pro Feinunze 312,00 (315,00) Dollar.

KULTUR

Theater: Mit Betroffenheit, aber zum Schluß großem Beifall, nahm das Publikum in München die Uraufführung des mit extremen Grausamkeiten gespickten, schaurigen Stücks „Bauern sterben" des Dramatikers Franz Xaver Kroetz auf. (S. 17)

Ballett: Mit dem jetzt in Berlin uraufgeführten Ballett „Der blaue Engel" von Roland Peti gastiert die Deutsche Oper Berlin vom 20. Juli bis zum 3. August an der New Yorker „Met". Außerdem liegt eine Einladung zu einer USA-Tournee für 1986 vor. (S. 17)

SPORT

Basketball: Nach ihrem Sieg über Bulgarien (93:90) trifft die deutsche Nationalmannschaft heute im Viertelfinale der Europameisterschaft auf Spanien. (S. 9)

Galopp: Mit einer guten finanziellen Bilanz endete das Baden-Badener Frühjahrs-Meeting. An den Wettschaltern wurden 12 195 762 Mark umgesetzt. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Jugendbanden: Die Stimmung auf der Straße im Berliner Bezirk Kreuzberg ist explosiv. Die Polizei steht den immer häufigeren und blutigeren Zusammenstößen rivalisierender Jugendbanden fast machtlos gegenüber. (S. 18)

Freie Fahrt: Die Bundesrepublik, Frankreich und die Benelux-Staaten wollen diese Woche ein Abkommen über die Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen den einzelnen Ländern unterzeichnen, wie es zwischen Frankreich und der Bundesrepublik schon seit einem Jahr in Kraft ist.

Wetter: Bewölkt und regnerisch. 10 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

SPD und Grüne im Gespräch. Dennoch Neuwahl in Hessen?

Beide Seiten sprechen von „Irritationen" / Vor Regierungserklärung Börners

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Auch Absichtserklärungen der hessischen Sozialdemokraten und der Grünen, schon bald Koalitionsverhandlungen aufnehmen zu können, lassen die Spekulationen über eine mögliche Neuwahl des Landtags nicht verstummen. Finanzminister Hans Krollmann, SPD-Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani und der Vorsitzende des einflußreichen Parteibezirks Hessen-Süd, Landwirtschaftsminister Willi Görlach, hatten in ihren Stellungnahmen zur Beschlußlage bei den Grünen eine vorzeitige Auflösung des Landtags ins Gespräch gebracht, dies wohl in der Absicht, eine Art Drohpotential aufzubauen. Offenbar signalisieren die Hinweise auf einen möglichen dritten Urnengang seit Herbst 1982 eine Doppelstrategie der SPD.

Unmittelbar vor einer Sitzung des SPD-Landesvorstands und vor der heute in Wiesbaden beginnenden dreitägigen Landtagsdebatte, in der Ministerpräsident Holger Börner eine Regierungserklärung abgeben will, war es unverkennbar das Bestreben von Sozialdemokraten und Grünen, Irritationen entgegenzuwirken, die durch die Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung der Grünen in Niedernhausen bei Wiesbaden ausgelöst worden waren.

Danach hatten die Grünen zwar dem Angebot Börners zu Koalitionsverhandlungen mit der SPD zugestimmt, seine Bedingung jedoch abgelehnt, außer dem Haushalt für 1985 bereits in diesem Jahr auch einen Doppelhaushalt für 1986/87 zu verabschieden. Außerdem hatten sie statt des angebotenen einen Ministeriums für Umwelt und Energie zwei Minister- und zwei Staatssekretärsposten für ihre Partei verlangt.

SEITE 2
Die Doppelstrategen

Sprecher der SPD erklärten dazu gestern, der Doppelhaushalt sei nicht zuletzt ein Angebot im Interesse der Grünen gewesen. Auf diese Weise könnten sie bestimmte politische Vorhaben auf zwei Jahre finanziell absichern. Dieser Gesichtspunkt, so Görlach, sei von den Grünen offenbar „nicht deutlich genug diskutiert" worden. Für die SPD sei der Doppelhaushalt indessen eine „wichtige und unabdingbare Bedingung". Die Partei stehe jedoch nach wie vor zu ihrem Angebot und sei „bereit zu reden". Dabei solle noch einmal versucht werden, die Grünen „argumentativ zu überzeugen".

Demgegenüber traten die Grünen mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie sich „ab sofort bereit" erklären, die unterbrochene Zusammenarbeit mit der SPD wiederaufzunehmen und ein dazu vorliegendes schriftliches Angebot Börners vom 28. Mai, das auf der von einer gemeinsamen Expertenkommission vorgeschlagenen Energiepolitik basiert, zu unterzeichnen.

Zur strittigen Frage des Doppelhaushalts meinte der frühere Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens, inhaltlich könnten die Haushalte durchaus gekoppelt werden, aber die parlamentarische Prozedur müsse getrennt werden. Kerschgens sagte „erhebliche Auswirkungen" der mit der SPD vereinbarten „Verabschiedung aus der Plutoniumwirtschaft" auf die Bundespolitik voraus.

Das strategische Ziel des rot-grünen Bündnisses in Hessen sei es, zur Absicherung dieser Politik auf Bundesebene zunächst über die Niedersachsen-Wahl die CDU-Mehrheit im Bundesrat „zu kippen" und 1987 dann auch die Mehrheiten im Bundestag zu verändern.

DER KOMMENTAR

Goodwill

FRITZ WIRTH

Wer in der Politik auf die Tugenden der Logik und der Gradlinigkeit setzt, findet sich nicht selten sehr schnell in einer Sackgasse. Die Diskussion um die Zukunft des SALT-2-Vertrages hat diese Gefahr verdeutlicht. Der Tanz um dieses Problemkind der Entspannung ist zu einer Art „Ball paradox" geworden.

Denn wenn nicht alles täuscht, haben die USA beschlossen, einen Vertrag, den sie niemals ratifiziert haben, zu honorieren – wenn auch mit gewissen Vorbehalten –, während die Sowjets, die ihn mit einer nie erlebten Nuklear-Aufrüstung in den vergangenen Jahren ständig verletzten, mit Arroganz auf die Einhaltung der Spielregeln pochen.

Es war für Präsident Reagan eine quälende Entscheidung. Er hat seit Jahren gegen diesen Vertrag begreifliche und berechtigte Vorbehalte. Die größte Schwäche dieses Vertrages ist das Unvermögen, seine Einhaltung zu verifizieren. Das war der Hauptgrund, warum ihn der amerikanische Senat vor sechs Jahren nicht ratifizierte.

Die Sowjets dagegen haben genau diesen Schwachpunkt der Verifizierbarkeit in den vergangenen Jahren mit offenkundiger und zynischer Zielstrebigkeit bis zur eindeutigen Vertragsmißachtung genutzt. Es gab starke Kräfte in der amerikanischen Administration, angeführt von Verteidigungsminister Weinberger, die empfahlen, dieses Spiel der Sowjets zu entlarven und endgültig aus diesem Vertrag auszusteigen.

Ronald Reagan widersetzte sich aus guten Gründen diesem Rat. Es mag an der Zeit sein, den Sowjets im Umgang mit Rüstungskontrollverträgen eine Lektion zu erteilen und die Grenzen der Belastbarkeit westlicher Geduld aufzuzeigen. Es galt zugleich jedoch abzuwägen, ob der Preis für diese Lektion nicht zum Bumerang für den Westen werden kann.

Ronald Reagan *entschied sich* für den Weg des geringstmöglichen Schadens. Sein Beschluß ist wichtig für das Klima innerhalb der Allianz, er ist bedeutsam für die Entwicklung der Genfer Ver*handlungen und für das gesamte* Rahmenwerk der Rüstungskontrollverträge und der Diskussionen darüber, so brüchig und so unproportional dieses Rahmenwerk in den vergangenen Jahren auch geworden sein mag.

Es ist eine pragmatische Entscheidung Reagans und eine Geste des Goodwill. Ob sie politische Dividende in künftigen Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets bringen wird, bleibt nach wie vor fraglich. Denn es gibt nicht nur ein Problem, was die Einhaltung der Paragraphen dieses Vertrages betrifft, sondern auch für den sowjetischen Goodwill. Er war bisher schlicht nicht vorhanden.

Fabius von „DDR"-Medien hofiert

SED-Zeitung würdigt Frankreichs Haltung zur „Existenz zweier deutscher Staaten"

hrk. Berlin

Mit Elogen und Lobsprüchen über Frankreich als „führendes Land der westlichen Welt" und seinen 39jährigen Premier Laurent Fabius feierte gestern die „DDR"-Presse den Besuch des ersten Regierungschefs einer der drei westlichen Schutzmächte in Ost-Berlin. Die „DDR"-Be*hörden hatten rund 5000 Menschen* auf dem „Platz der Republik" aufgeboten, um dem französischen Premier einen freundlichen Empfang zu bereiten. Es fiel auf, daß Ost-Berlin für den Empfang des französischen Gastes nicht Volkspolizei und Volksarmee aufgeboten hatte, sondern lediglich Angehörige des Berliner Wachregiments „Felix Dserschinskij". Dies wohl aus politischer Rücksicht, da Frankreich Ost-Berlin nicht als Hauptstadt der „DDR" anerkennt und deswegen auch keine Volksarmee-Einheiten dort hätte sehen wollen.

Wohl kaum zuvor ist ein westlicher Politiker anläßlich seines Besuchs in Ost-Berlin von den „DDR"-Medien mit solch hoher Wertschätzung begrüßt worden wie der französische Premierminister. Auf den Titelseiten sämtlicher „DDR"-Zeitungen war ein Porträt von Fabius mit begleitendem Text abgedruckt. Das SED-Organ „Neues Deutschland" hebt hervor, daß Fabius „seit eh und je Sozialist" gewesen und schon in jungen Jahren ein enger Mitarbeiter des heutigen Staatspräsidenten François Mitterrand gewesen sei.

Auch enthält sein Lebenslauf in der „DDR"-Presse eine Passage, in der der *westeuropäischen Integration* ungewöhnliches Lob gezollt wird. Fabius, so heißt es, sei ein „überzeugter Verfechter der industriellen Modernisierung und des westeuropäischen Aufbauwerkes" und habe sich vor allem um die „wissenschaftliche Zusammenarbeit in der EG" verdient gemacht.

Werden offiziell Bürgerrechtsfragen als Problem der Klassenherrschaft abgetan, so erhält dieses Thema im Text über den französischen Premierminister eine ungewöhnlich positive Aussage: Fabius habe, heißt es im „Neuen Deutschland", in einer Arbeitsgruppe mitgewirkt, die sich mit der „Förderung der Freiheiten und den Problemen sozialer Gerechtigkeit" beschäftigt habe.

Auch lobt das Blatt das NATO-Land wegen seiner „positiven Haltung zum Status quo im Nachkriegs-Europa". Insbesondere sei die Haltung Frankreichs zur „Existenz zweier deutscher Staaten" nicht ohne Einfluß auf andere wichtige Ereignisse, *wie die Unterzeichnung des* Grundlagenvertrages, geblieben. Frankreich verfolge einen „Kurs politischer Selbständigkeit und eigenständiger Aktionsfähigkeit innerhalb der Bündnissysteme des Westens".

Daß Frankreich noch in den 50er und 60er Jahren wegen seiner fernöstlichen Kolonialpolitik in Vietnam beispielsweise in der „DDR" als Inbegriff imperialer Politik gescholten wurde, wird verdrängt.

Erfolge für Gegenkandidaten in Ungarn

DW. Budapest

Bei den ungarischen Parlamentswahlen, die am Wochenende nach neuem Wahlrecht stattfanden, gab es nur 1,2 Prozent Gegenstimmen, aber 5,4 Prozent ungültige Stimmen. Auffallend waren die Erfolge der „inoffiziellen" Kandidaten. Von 71 spontan nominierten Kandidaten, die gegen die von der „Volksfront" aufgestellten Bewerber antraten, waren fast 25 erfolgreich. Zu den Prominenten, die gegen diese Kandidaten verloren, zählten der ehemaliger Ministerpräsident Jenö Fock und der ehemalige Innenminister Bela Biszku. Ungarns Außenminister Varkonyi wurde nur *mit 62,1 Prozent gewählt.*

Nach dem neuen Wahlrecht waren pro Wahlbezirk mindestens zwei Kandidaten vorgeschrieben. In 45 der 352 Wahlkreise wird es am 22. Juni zu Stichwahlen kommen, da keiner der Bewerber die Mehrheit erringen konnte. Einige ungarische Bürgerrechtler, wie der Philosoph Miklos Tamas Gaspar und der Sohn des in den 50er Jahren hingerichteten Innenministers Laszlo Rajk, die versucht hatten, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen, erhielten nicht die benötigte Stimmenzahl für die Nominierung. Sie machten dafür, wie sie betonten, „Manöver" der Partei verantwortlich. Beobachter führten die hohe Zahl ungültiger Stimmen auf eine entsprechende Aufforderung von Bürgerrechtlern zurück. Die Wahlbeteiligung lag mit 93,9 Prozent deutlich unter der vor fünf Jahren mit 97 Prozent. Die 7,6 Millionen Wahlberechtigten stimmten außerdem über rund 42 000 Gemeinderäte ab.

Zhao will Handel mit Bonn bis 1990 verdoppeln

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang haben gestern zum Abschluß ihrer Bonner Gespräche ein hohes Maß an Übereinstimmung bei der Bewertung der internationalen Lage und wichtige Fortschritte in den bilateralen Beziehungen festgestellt.

Zhao bekundete die Absicht, den Handel mit der Bundesrepublik von derzeit 2,2 Milliarden Dollar im Jahr bis 1990 auf vier Milliarden Dollar zu steigern. Er äußerte die Hoffnung auf deutsche Betriebsgründungen in China. Auf Wunsch Kohls erklärte er sich auch zur Zusammenarbeit mit der *deutschen mittelständischen Wirtschaft* bereit. Der Ministerpräsident bat ferner darum, einen besseren Zugang für chinesische Waren zu deutschen Märkten zu ermöglichen. Beide Seiten erklärten, der deutsch-chinesische *Zug sei jetzt auf das Gleis* gestellt und könne in die Richtung langfristiger Zusammenarbeit fahren.

In Gegenwart der beiden Regierungschefs wurden ein Doppelbesteuerungsabkommen, ein Memorandum für die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie sowie Abkommen über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet.

Zhao traf gestern auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zusammen. Vor einem vom Kanzler gegebenen Abendessen schilderte er dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft die Pläne zur Entwicklung der chinesischen Industrie.

Seite 11: Wirtschaftsbelebung

SED setzt Direktoren unter Druck

Mittag droht persönliche Konsequenzen bei Mißerfolg der Betriebe an

WERNER KAHL, Bonn

Das SED-Politbüromitglied Günter Mittag hat den Generaldirektoren der 130 sozialistischen Konzerne in der „DDR" für den Fall, daß 1985 nicht „höchste Arbeitsresultate" erzielt werden, persönliche Konsequenzen angedroht. Das geht aus einer jetzt vom SED-Zentralkomitee in der Funktionärszeitschrift „Einheit" auszugsweise veröffentlichten Rede hervor. Für die „DDR" hat sich im Verbund mit den übrigen Staaten des Sowjetblocks in diesem Jahr nach Einschätzung von Fachleuten die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert.

Der 58jährige oberste SED-Wirtschaftsfunktionär setzte bei dem jetzt in Einzelheiten bekanntgewordenen Leipziger Seminar mit den leitenden Staatsangestellten der großen Betriebe die Kombinatschefs unter ultimativen Erfolgsdruck. Mittag, der kürzlich trotz neuer Angriffe der SED-Führung gegen die Bundesregierung in Bonn Chancen für wirtschaftliche und finanzielle Beihilfen sondierte, ist bereits seit Ende der siebziger Jahre bestrebt, die „DDR"-Wirtschaft zu reformieren.

Ähnlich wie Michail Gorbatschow in der Sowjetunion kritisierte Mittag in Leipzig die dort versammelten Generaldirektoren. „Ein guter Generaldirektor", so Mittag, werde sich nicht nur darauf konzentrieren, den Plan zu erfüllen. Die von der SED vorgegebenen Ziele müßten vielmehr „in kürzerer Frist und mit höherem Niveau" erreicht werden. Das ABC des erfolgreichen Managers vermittelte Mittag den Funktionären mit der Botschaft, ein guter Generaldirektor müsse „alle Mittel, Kräfte und Kapazitäten seiner Betriebe" darauf richten, „die Produktion neuer markt-attraktiver Erzeugnisse zu steigern und gleichzeitig den Produktionsverbrauch entschieden zu senken". Am Erfolg seines Unternehmens werde künftig in der „DDR" die „Bewertung der persönlichen Leistungen de Generaldirektors" vorgenommen, betonte Mittag.

Mit seiner Androhung verband das Politbüromitglied zugleich die Ankündigung, daß der Produktionsablauf verstärkt überwacht werde. Die an „Volkskontrolleure" der Nachkriegsjahre in der Sowjetischen Besatzungszone erinnernden neuen Aufpasser werden bevorzugt aus „freigesetzten" Arbeitern, damit wird der Begriff „Arbeitslose" umschrieben, rekrutiert. Sogar „für jedes Rübenfeld", so meldete am Wochenende das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" aus der Magdeburger Börde, werde ein „Verantwortlicher" benannt, der die „Einhaltung aller Qualitätsmerkmale überwacht".

Unter Staatsunternehmen im Sowjetblock hat nach Berichten von Handelsreisenden eine beispiellose Konkurrenz um Devisen beim Export von Konsumgütern eingesetzt. Sowjetische Betriebe wollen jetzt sogar mit der Produktion von billigen Partyleuchten und Stall-Laternen sächsische Hersteller auf dem Markt in der Bundesrepublik verdrängen.

Rau trumpft auf gegenüber Bonn

hy. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in seiner Regierungserklärung gestern eine „ökologische und ökonomische Erneuerung" seines Landes angekündigt. Am Maßstab einer solidarischen Gesellschaft werde sich die Politik der SPD orientieren, die am 12. Mai bei den Landtagswahlen mit 52,1 Prozent die absolute Mehrheit errang. Als vordingliche Probleme nannte er die Bewältigung der Arbeitslosigkeit und die Bedrohung der Umwelt. Er kündigte an, Nordrhein-Westfalen werde dem Bund gegenüber deutlich von seinem politischen Gewicht Gebrauch machen und von der Bundesregierung „Handeln einfordern". Um die Akzente seiner Regierungsarbeit zu verdeutlichen, werde er die Staatskanzlei als Führungsinstrument und Steuereinrichtung funktional und personell stärken.

Seite 4: Regierungserklärung

Denktasch siegt in Nord-Zypern

DW. Ankara

Der Führer der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Rauf Denktasch, ist aus den ersten „Präsidentschaftswahlen" unter den türkischen Bewohnern Nord-Zyperns als klarer Sieger hervorgegangen. Denktasch erhielt 70,5 Prozent der abgegebenen Stimmen der 93 000 Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung in der am 15. November 1983 von Denktasch einseitig ausgerufenen und nur von Ankara anerkannten „Türkischen Republik Nord-Zypern" lag bei 80 Prozent. Denktasch, der seit mehr als 20 Jahren die türkische Volksgruppe führt, erklärte nach seinem Sieg, die Wahl werde zu „einer Respektierung der Türkischen Republik Nord-Zypern in der ganzen Welt" führen. Für den 23. Juni sind im Rahmen des von Denktasch eingeleiteten Unabhängigkeitsprozesses von Nord-Zypern Parlamentswahlen angesetzt worden.

Seite 5: „Türken schaffen Fakten"

Reagan folgt dem NATO-Votum?

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan will offenbar am Strategischen Rüstungsbegrenzungs-Vertrag (SALT 2) festhalten, aber auch „angemessen" auf sowjetische Vertragsverletzungen reagieren. Falls Washington SALT 2 im wesentlichen weiter gelten läßt, folgt der Präsident damit den Ratschlägen von Außenminister George Shultz, Sicherheitsberater Robert McFarlane und allen 15 europäischen NATO-Verbündeten.

Die Entscheidung Reagans, „angemessen" auf sowjetische Vertragsverletzungen zu reagieren, könnte nach Informationen der „New York Times" bedeuten, daß die USA im Herbst ein Atom-U-Boot vom Typ „Poseidon" nicht abwracken, sondern es zunächst auf Dock legen. Außerdem könnte eine Beschleunigung des „Midgetman"-Raketenpro*gramms* erwogen werden.

Bei Kampfstoffproduktion liegt der Ostblock vorn

Grauzonenwaffen sollen atomaren Gegenschlag unterlaufen

INGO URBAN, Bonn

Die Sowjetunion und mit ihr alle anderen Staaten des Warschauer Paktes gehören heute weltweit zu den größten Produzenten von Kampfstoffen aller Art. Jetzt bekannt gewordene Produktionsstätten liegen in Komorovo bei Ostrow Mazowiecka in Polen, in Mitteldeutschland in einem Betrieb bei Falkenhagen (bei Berlin), im VEB Chemiewerk Kapen im Staatsforst Sollnitz bei Dessau, wo *unter sowjetischer Aufsicht Giftgas* produziert wird. Die Tschechoslowakei stellt in eigener Regie in unterirdischen Fabrikanlagen bei Zemianske Kostolany ebenfalls Giftgase her. Die Rohstoffe hierfür werden von den Chemischen Werken „Wilhelm Pieck" in Novaky geliefert. Rumänien produziert in einer Anlage bei Oradea Nervengas und verfügt darüber hinaus über eine Versuchsanlage für biologische und chemische Kampfstoffe in Bukarest.

Die gesamte Kampfstofforschung, -herstellung und -erprobung im Ostblock zielt dabei auf das Gebiet der sogenannten Grauzonenwaffen ab. Das sind Kampfstoffe, die in keinem Abkommen (Genfer Konvention über den Einsatz von chemischen Waffen) enthalten sind beziehungsweise auch nicht Gegenstand der seit 1968 andauernden Genfer Verhandlungen über B- und C-Waffen sind.

Der Schwerpunkt der sowjetischen Kampfstoffentwicklung liegt auf dem Gebiet der Toxinwaffen, Stäube und makrozyklischen Mykotoxine; Kampfstoffe, die nach den derzeitigen Erkennungsmethoden für den Westen bisher zum Teil nicht nachweisbar sind. Die Sowjetunion will mit diesen Kampfstoffen einen möglichen atomaren Gegenschlag des Westens unterlaufen. Da herkömmliche chemische Kampfstoffe bisher jederzeit nachweisbar sind und bei ihrer Anwendung mit dem Einsatz von A-Waffen zu rechnen ist, soll mit diesen neuen Kampfstoffen in einer heißen Phase der Auseinandersetzung den politischen und militärischen Entscheidungsträgern des Westens keine Möglichkeit gegeben werden, A-Waffen einzusetzen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Solidarische Schulden

Von Wilm Herlyn

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau pflegt seine Regierungserklärungen in eine Formel zu gießen. So versprach er vor fünf Jahren eine „Politik des Dialogs". Dem Land hat dies nicht viel geholfen. Es scheint nun, als habe Johannes Rau jene Legislaturperiode zur Vorbereitung benötigt. Denn in seiner gestern vor dem Parlament abgegebenen Wegweisung für die kommenden fünf Jahre verspricht er „*Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Solidarität*" – dieser Geist soll nun in Nordrhein-Westfalen wehen. Die neue Formel lautet: „Unser Maßstab ist die solidarische Gesellschaft."

Dabei weiß er, daß er angesichts knapper Mittel nur Schwerpunkte setzen kann. Diese spiegeln sich wider in der Kabinettsbesetzung: Ein starkes Umweltministerium bei Klaus Matthiesen, die enge Verzahnung von Arbeit und Umwelt, eine schwere Aufgabe für Hermann Heinemann, und eine sozialverträgliche technologische Offensive, die Rau nicht seinem Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen allein überläßt, sondern an seine Staatskanzlei anbindet. Ob er allerdings richtig beraten ist, die ohnehin personell überbesetzte Kanzlei noch zu verstärken, wird sich an der *Qualität* der neuen Mitarbeiter ablesen lassen.

Rau selbst will deutlicher als bisher die Interessen seines Landes vertreten. Auch da lernte er hinzu. Seinem früheren Unverständnis gegenüber volkswirtschaftlichen Zusammenhängen hat er abgeholfen – in zahllosen Gesprächen mit der heimischen Wirtschaft. Die Namen dieser Nachhilfelehrer lesen sich wie ein Gotha der nordrhein-westfälischen Industrie.

Vorbild mag da der Kollege Lothar Späth gewesen sein: Das baden-württembergische Cleverle ist der beste Akquisiteur seines Landes zum Wohl der dortigen Wirtschaft – *die niedrige* Arbeitslosenquote beweist das. Woher aber Rau den Mut nimmt zu sagen, seine Regierung habe den Landeshaushalt kontinuierlich konsolidiert, wird sein Geheimnis bleiben. Denn die Gesamtverschuldung stieg dieses Jahr auf 75 Milliarden Mark und wird 1990 die 100-Milliarden-Mark-Grenze erreichen. Ab dann ist Rau vielleicht schon in Bonn, gleichzeitig solidarisch und den Dialog pflegend.

In der Schlangengrube

Von Jürgen Liminski

Die Umstände der Geiselaffäre in Südlibanon sind noch nicht geklärt, aber ein Teil der Medien hat den Schuldigen bereits ausgemacht: die israelische Armee. Denn diese unterstütze die südlibanesischen Milizen des Generals Lachad, die 19 Finnen und einen Franzosen der in Libanon stationierten UNO-Truppe gefangenhält. Das ist die Sache mit den großen Verbündeten der Kleinen. Weiter gedacht hieße das etwa: Washington solle dafür sorgen, daß Israel dafür sorgt, daß General Lachad dafür Sorge trägt, daß die Finnen freikommen. Nur: Wer sorgt dafür, daß die Finnen keine Lachad-Soldaten mehr ans Messer der Schiiten liefern? Nichts als Sorgen mit diesem Staat Libanon.

Aber ist das überhaupt noch ein Staat? Eine Regierung ohne Autorität, widerstreitende Milizen und Parteien, nahezu täglich eine Entführung ausländischer Professoren, Diplomaten oder Journalisten. Gestern traf es den Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der amerikanischen Universität in Beirut. Der Ort war wie bei fast jeder Entführung der gleiche, die Straße zum Flughafen, die von Syrern und Schiiten kontrolliert wird. Die Verantwortung habe die schiitische Terrororganisation „Heiliger Islamischer Krieg" übernommen, melden die Agenturen. Als ob es noch verantwortungsvolles Handeln in der von Syrern und Schiiten dominierten Schlangengrube von Westbeirut gäbe.

Die meisten diplomatischen Missionen haben ihren Standort in den Ostteil der Hauptstadt verlegt. Dort herrscht relative Sicherheit und Ordnung. Dafür sorgen die christlichen Milizen der Forces Libanaises. Deshalb strömen täglich mehrere hundert Flüchtlinge in diese letzte Enklave westlicher Zivilisation in Libanon. Um sie kümmert sich kaum jemand, weder in Europa noch in Amerika – und schon gar nicht die UNO. Wahrscheinlich hat Generalsekretär de Cuellar auch ganz andere Sorgen. Schließlich hat er schon eine Ermittlungskommission wegen der Finnen ernannt.

Macht ist „die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen", lehrt Max Weber. Er kannte Libanon nicht. Dort glaubt fast jeder, eine Chance zu haben. Nur die Flüchtlinge im eigenen Lande nicht.

Schul- und Schuldenpflicht

Von Günter Friedländer

Vier Tage berieten in Bogotá die Erziehungsminister lateinamerikanischer Länder mit ihren Kollegen aus Spanien und Portugal und Vertretern der Unesco und der Weltbank darüber, wie sie das „Büro lateinamerikanischer Erziehung" (OEI) in die „Lateinamerikanische Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur" umwandeln wollen und welche Strategie der Halbkontinent für die Bewältigung seiner Erziehungsprobleme bis zum Jahr 2000 anwenden soll.

Kolumbiens Präsident Belisario Betancur ließ bei der Eröffnungssitzung die bei solchen Anlässen übliche Höflichkeit beiseite, als er die Schulsysteme des Raums, von den Kindergärten bis zu den Universitäten, einer strengen Kritik unterzog und dabei ans Licht brachte: „In vielen unserer Gemeinschaften ist der Prozeß der Alphabetisierung rückläufig: Jedes Jahr wächst die Zahl der Analphabeten." Das wird sonst gern übersehen, vor allem wohl, weil viele Regierungen daran mitschuldig sind.

Eine der internationalen Entwicklungsbanken hat Geld bereit, für das sich keine Abnehmer finden. Es handelt sich um Mittel, die nur für den Bau neuer Schulen benutzt werden dürfen. Bei dem gewaltigen Bevölkerungszuwachs in Lateinamerika sollten neue Schulen eine Priorität sein. Dennoch will niemand dieses Geld. Der Grund, den die meisten Regierungen anführen, *ist das Problem der Besetzung der mit dem* Neubau von Schulen geschaffenen Posten für Lehrer und Verwaltungsangestellte: In einem Staatshaushalt mit großen Defiziten, die auf Anordnung des Internationalen Währungsfonds herabgesetzt werden müssen, wenn ein Land neue Kredite erhalten will, gibt es keine Möglichkeit, der Erziehung mehr Mittel zuzuführen. Keiner der Staaten kann sich die Folgekosten von Bildungsinvestitionen aufbürden.

So werden Lateinamerikas Schulprobleme von Jahr zu Jahr größer. Die Namensänderung der OEI und die Erweiterung ihres Aufgabenkreises kann daran nichts ändern.



Libanesischer Totentanz KLAUS BÖHLE

Die Doppelstrategen

Von Manfred Schell

Steht Hessen vor der dritten Landtagswahl binnen vier Jahren? Entschieden ist zwar nichts, und da ist auch noch viel Taktik im Spiel, aber die Rufe nach Neuwahlen werden lauter. Die Grünen, die dem jüngsten, bis zur Selbstverachtung gehenden Koalitionsangebot des Ministerpräsidenten Börner ein anmaßendes „Jein" entgegensetzten, haben diese Rufe provoziert. Börner selbst hält sich (vor*erst) bedeckt. Er tastet.* Aber immerhin forcieren prominente sozialdemokratische Minister wie Krollmann und *Görlach den* Gedanken an Neuwahlen. Im Spätherbst, oder im nächsten Frühjahr, könnte es also soweit sein.

Ein solcher spektakulärer Schritt würde im Interesse der SPD liegen. In Hessen und in Bonn. Denn bei der jetzigen Lage in Hessen und dem selbstverschuldeten Tief der Bundesregierung dürften nur die Sozialdemokraten von einem Urnengang profitieren. In Hessen könnte es den Sozialdemokraten gelingen, die grünen Schlingpflanzen abzustreifen und eine regierungsfähige Mehrheit zu erringen. Ein solcher Wahlsieg würde *zwar im Bundesrat nichts zu* Lasten der Union verändern, aber er wäre nach den Erfolgen Lafontaines und Raus ein weiterer psychologischer Tiefschlag für die Regierung Kohl. Und dies womöglich noch in zeitlicher Nähe zu den für die CDU entscheidenden Landtagswahlen in Niedersachsen.

Die Erschütterung für eine ohnehin aufgewühlte, unsicher gewordene Union wäre gewaltig. Insoweit ist es nicht abwegig, den Sozialdemokraten „Doppelstrategie"-Überlegungen zu unterstellen. Willy Brandt hat sich als geschickter Mann auf diesem Feld erwiesen.

Die CDU muß Neuwahlen *in* Hessen fürchten. Die Landtagswahl 1982 hat sie, den Sieg fast sicher, durch die Ereignisse in Bonn verloren. Der Bruch der SPD/FDP-Koalition, die Art und Weise, wie die FDP damals mit dem Lambsdorff-Papier die Wende zur Union hin vollzog, die Verrats-These Schmidts: all dies hat damals Alfred Dregger das Amt des Ministerpräsidenten gekostet.

Die Union hatte dies noch verkraftet, weil sie die Niederlage in Hessen als ein Opfer für den langersehnten Regierungswechsel in Bonn abhakte. Die Landtagswahl 1983, diesmal unter Führung von Walter Wallmann, ging verloren, weil die CDU ihrem schmalbrüstigen *Bonner Partner FDP* aus bundespolitischen Überlegungen heraus über die Fünf-Prozent-Hürde helfen wollte. Das Schicksal der FDP hatte damals die Wahlkampfstrategie der CDU bestimmt. Dies hatte Helmut Kohl so gewollt.

Noch frisch in Erinnerung ist das Debakel *der CDU bei der hessischen* Kommunalwahl, das der Partei Landräte, Bürgermeister, Abgeordnete gekostet hat. Es kommt also nicht von ungefähr, wenn die hessische CDU-Landtagsfraktion auf einer Sitzung *im* Mai dieses Jahres von „Bonner Auswirkungen" gesprochen und Kritik am Kanzler geübt hat. Ein CDU-Parlamentarier hat in dieser Sitzung die Stimmung so zusammengefaßt: „Wir werden ohne Feindberührung von hinten erschossen."

Und die FDP? Ihr Landesvorsitzender Gerhardt hält Neuwahlen zwar *nicht für notwendig, aber* seine Partei hat, wie er formulierte, „keine Angst davor". Die FDP hat nach der *letzten* Landtagswahl, bei der ihr die CDU geholfen hat, erklärt, sie werde keine Koalition mit der SPD eingehen. Daran hat sie sich bisher gehalten. Gleichwohl hat sie Signale ausgeschickt, die Bereitschaft erkennen lassen, von Fall zu Fall, wenn es im Interesse des Landes ist, Börner zu helfen. Aber wie würde sich die Frage, Koalition mit der SPD ja oder nein, für *eine FDP stellen,* die bei Neuwahlen „aus eigener Kraft" in den Hessischen Landtag einziehen kann?



Auf ein neues? Nachdenklicher Börner mit TV-Reporter nach der letzten Wahl FOTO: DPA

Unterstellt, die SPD würde die *absolute Mehrheit nicht schaffen,* wäre es dann so fernliegend, an die Wiederauflage einer SPD/FDP-Koalition in Hessen zu denken? Die FDP, die einst, als sie in Bonn mit der SPD zusammen war, Wert darauf legte, in einzelnen Ländern auch mit der CDU zu koalieren, um *ihren Spielraum* „in beide Richtungen" zu zeigen, würde damit auch ein Signal an die SPD im Bund richten.

Die Grünen haben in ihrem Streit *zwischen* „Realpolitikern" und „Fundamentalisten" an Anziehungskraft eingebüßt. Die Wahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen belegen dies. In Hessen hat Börner die Grünen mit dem Angebot, den Ministerposten ausgerechnet für Umwelt und Energie zu übernehmen und als Gegenleistung den Haushalt 1985 und den Doppelhaushalt 1986/87 mit über die *parlamentarische* Abstimmung zu bringen, in einen Zwiespalt gebracht. Die Grünen können kein Interesse an Neuwahlen haben. Andererseits aber braucht Börner für eine Auflösung des Landtages mehr Stimmen, als die SPD hat. Ob hierbei Hoffnungen in Richtung FDP berechtigt sind, bleibt abzuwarten.

Es lohnt sich, das Umfeld zu betrachten, in dem Börner, der schon viele Schlingerkurse hinter sich hat, sein Angebot an die Grünen unterbreitete. Lehnen diese endgültig ab, wird er den grünen Wählern sagen *können: Seht her,* die sind zu nichts zu gebrauchen. Sagen die Grünen doch noch unter den Bedingungen Börners ja, hat dieser, was die Haushalte angeht, freie Hand bis zum regulären Wahltermin 1987 – gleichgültig, ob das Bündnis mit den Grünen so lange hält. Andererseits müßten die Grünen in nur eineinhalb Jahren ihrer erwartungsvollen Anhängerschaft zeigen, daß sie eine respektable Umweltschutzpolitik betreiben. Die Diskussion um die Hanauer *Nuklearbetriebe hat aber gezeigt,* daß der Bund, wenn Hessen aus der Nuklearpolitik aussteigen will, ein Wort mitreden kann. Von dem Widerstand der Gewerkschaften und der Arbeitgeber einmal abgesehen. Wenn man sich dieses Szenario betrachtet, dann machen die Rufe der Sozialdemokraten nach Neuwahlen einen Sinn.

IM GESPRÄCH Witold Lutoslawski

Ein polnischer Kontrapunkt

Von Joachim G. Görlich

Im Gegensatz zu Krzysztof Penderecki, der von der Warschauer Militärregierung hofiert wird, wenn auch nicht gerade mit durchschlagendem Erfolg, wirkt der Komponist Witold Lutoslawski auf bescheidene Art. Für ihn rührt keiner die Werbetrommel, dem 72jährigen gibt keine KP Geburtstagsempfänge, die Ehrungen seitens des Regimes fallen karg aus. Von seiner Verbundenheit *mit der* Kirche macht Lutoslawski kein großes Aufheben, doch sie ist möglicherweise echter als die Pendereckis, trotz dessen Eifer für eine neue Sakralmusik. Dennoch sind die meisten Musiker der Meinung, daß das Pendel der Musikgeschichte eines Tages zugunsten Lutoslawskis ausschlagen wird, und das nicht nur in Polen.



Komponist und Segler gegen den Wind: Lutoslawski FOTO: HORST TAPPE

Geboren wurde Lutoslawski in einer Warschauer Akademikerfamilie. Er studierte Klavier, Geige und Kompositionslehre in seiner Heimatstadt. Als 26jähriger nahm er als Soldat an der „Septemberkampagne" teil, wie der Polenfeldzug 1939 ge*nannt wird. Dann schlug er sich als* Caféhaus-Musiker während der Besatzungszeit durch und unterrichtete Musik in geheimen *Konservatoriums*zirkeln. Nach 1945 wurde er bald landesbekannt.

Als der „Sozrealismus" ausbrach, blieb er politisch abseits und wich künstlerisch in den Klassizismus und zur stilisierten Folklore aus. Er wurde weiter gespielt; seine Miniaturen für Kinder, *hier vor allen Dingen* für Klavier, *fanden große Verbreitung.* Er verband damals Modernität mit Kantilene und polnischer Folklore.

Nach dem „Tauwetter" begann der Siegeszug seiner Kompositionen durch westliche Konzertsäle. Es häuften sich die Kompositionspreise, die Gastprofessuren und Ehrendoktorhüte, vornehmlich in angelsächsischen Ländern, aber auch die Deutschen ehrten den Meister: Die Akade*mie der Deutschen Künste,* die Akademien der Künste in Hamburg und West-Berlin sowie die Bayerische Akademie der Schönen Künste machten den Polen zu ihrem Mitglied oder korrespondierendenm Mitglied.

Wie sein Freund Wladyslaw Bartoszewski ist er Johann-Gottfried-Herder-Preisträger. Neben profaner und sakraler Musik schrieb er Film- und Theatermusik, musikalische Illustrationen zu Hörspielen. Schon im Kriege hat er für die nationalpolnische Heimatarmee AK Soldaten- und Partisanenlieder komponiert. Er gehört *zur Avantgarde der Komponisten* und ist seiner Weltanschauung nach Kosmopolit. „Aleatorischer Kontrapunkt" wurde zum Markenzeichen von Lutoslawskis kompositorischer Neuerung: Musiker in eng gesteckten Grenzen mit vorgegebenem Material frei umgehen, quasi improvisieren zu lassen.

Im Musik-Verbandsleben Polens steht er eher im Hintergrund, gehört nicht der KP, auch nicht einer der Satellitenparteien an. Der heute noch aufmüpfige Polnische Komponistenverband ernannte den stets bescheidenen und in der Warschauer Intellektuellenwelt beliebten Lutoslawski zu seinem Ehrenmitglied.

Der Mann, der zuerst ein „ordentliches" Fach, nämlich Mathematik, an der Uni Warschau studierte, liebt nicht nur das Reisen. Er ist passionierter Kunstsammler, liebt die Literatur – wobei es ihm vor allen Dingen die Lyrik *der unlängst verstorbenen* katholischen Dichterin Kazimiera Illakowiczowna angetan hat, die er mehrfach vertonte – und er liebt das Segeln, das er öfters mit seiner Gattin auf der Weichsel betreibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Es schreibt zum Unionsgipfel:

Der bayerische Vormund des Bundeskanzlers läßt weiter Blitze zucken, *als sei er Oppositionsführer. So bleibt* es bei Reibungsverlusten, die das Fundament der gegenwärtig regierenden *Koalition* schmälern ... *Die* Koalitionsparteien versuchen krampfhaft den Eindruck zu erwekken, als stehe lediglich eine Nachbesserung von Koalitionsvereinbarungen an. Aber der Stachel sitzt tiefer. Keine Regierungskrise erschüttert Bonn, sondern eine Führungskrise. Die Zahl derjenigen nimmt zu, die sich verwundert die Augen reiben angesichts der Tatsache, daß aus dem besten Wahlkämpfer, den die CDU je gehabt hat, ein so entscheidungsscheuer Kanzler geworden ist, während *zur gleichen Zeit der liberale* Partner behende die Existenzkrise abgestreift hat und nach einem entschlossenen *Führungswechsel* vor Selbstbewußtsein nur so strotzt.

Aachener Volkszeitung

Sie meint zum Abschluß des evangelischen Kirchentages:

Der Pulverdampf der Anti-Demon*strationen hatte sich am Schlußtag* des Kirchentages verzogen. Die über hunderttausend Teilnehmer im Düsseldorfer *Rheinstadion,* durchnäßt und verfroren, hatten zurückgefunden auf den eigentlichen Kern des Kirchentages, auf die allen gemeinsame Basis des Glaubens. Die bewegende Abendmahlsfeier unter freiem Himmel war eine überzeugende Darstellung dieses religiösen Bekenntnisses. Hier hatten die negativ-kritischen Polittöne – bis auf einige Transparente – keinen Platz mehr. Statt dessen rief den Teilnehmern die Ostberliner Pfarrerin Annemarie *Schönherr ins Gewissen, Abstand zu* nehmen von allen diskriminierenden Schlagworten, zu denen sie auch einschlägige „Abzeichen" zählte. *Die* DDR-Pastorin meinte damit sicherlich nicht nur die politischen Parteiembleme von hüben und drüben, sondern auch jene Transparente und Spruchbänder, die Andersdenkende herabmindern und verurteilen.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert die Wahlen in Ungarn:

Ungarn ist das beste Beispiel, das wir für die Möglichkeiten und Grenzen einer Reform von oben innerhalb des Ostblocks haben. Deshalb hat es eine Bedeutung, die weit über seine Grenzen hinausgeht. Die jüngsten Wahlen nach einem neuen Wahlgesetz können als Versuch angesehen werden, *eine* wachsamere und weniger korrupte Konsultativvertretung zu schaffen. Diese kann aber weiter*hin nur debattieren und nicht ent*scheiden. So bleibt die ungarische Frage offen: Wie weit kann die wirtschaftliche Freiheit gehen, ohne mehr politische Freiheit zu erlauben? Budapest hat ... weiterhin nichts, was wir ernsthaft ein Parlament nennen würden.

Vorteile eines französisch-deutschen Aufklärungssatelliten

Bisher sind wir von US-Informationen abhängig / Von Rüdiger Moniac

Wenn Europa als politische Kraft Bedeutung haben will, *muß* es Wege finden, um in der Europäischen Gemeinschaft Grundsteine für einen Bundesstaat *zu legen. Der EG-Gipfel in Mailand* Ende des Monats muß dazu die Weichen stellen; es sind also neue Ansätze *zu suchen,* vor *allem für* die Harmonisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Zehn, bald Zwölf.

Ein Projekt, mit dem dieser Weg beschreitbar erscheint, bietet sich in Gestalt des europäischen Aufklärungssatelliten, an dem vor allem Frankreich großes Interesse zeigt. Paris wirbt in dieser Sache seit geraumer Zeit um die Gunst Bonns, und es fragt sich, *ob* sich die Deutschen dem Werben der Franzosen noch länger entziehen sollten. Man muß sich daran erinnern, daß es bisher nur die beiden Supermächte sind, die über eine eigene Aufklärungskapazität im Weltraum verfügen. Alle Informationen, die im Westen *über die so*wjetische Rüstung, besonders die strategische, zu haben sind, entstammen bis auf wenige Ausnahmen der Satellitenaufklärung.

Selbst das, was die Westeuropäer über eine *„Europa-gerichtete"* Bedrohung der Sowjetunion wissen, erfahren sie aus amerikanischen *Quellen.* Liegt es deshalb *nicht* nahe, daß sich in Westeuropa in dieser Hinsicht eine Selbständigkeit *entwickelt und die EG sich mit Hil*fe Frankreichs und der Bundesrepublik, vielleicht auch mit der Großbritanniens ein Mittel zur Beschaffung von sicherheitsbedeutsamen Nachrichten zulegt? Nicht nur über die Sowjetunion übrigens, sondern auch über den gesamten Mittelmeerraum mit Israel und der arabischen Welt bis zum Persischen Golf und über weite Teile Afrikas.

Auch im engeren europäischen Sinne bewertet, würde eine weltraumgestützte Aufklärung für Europa bedeutsam sein. Denn der eu*ropäische* Teil der NATO grenzt mit seiner Landmasse an die des Warschauer Paktes. Daraus entspringt ein besonderes europäisches Bedürfnis, die im Osten hauptsächlich auf Militärmacht gestützten Entwicklungen intensiver zu beobachten, als das mit Hilfe der USA möglich war und ist.

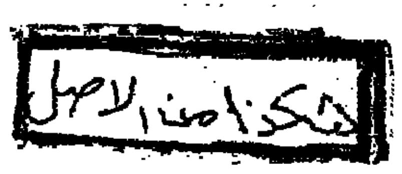
Solche Informationen könnten die laufenden Wiener Rüstungskontrollverhandlungen (MBFR) besser untermauern, aber auch die Stockholmer KVAE-Konferenz, auf der es vor allem um Vertrauensbildung geht. Vertrauen entwickelt sich aus genauer Kenntnis des Gegenübers. Sollte das Wissen über den Gegner von diesem aber nicht aus freien Stücken übermittelt werden, wäre es um so angebrachter, es sich mit anderen Mitteln zu beschaffen. Jedenfalls entstünde so eine auf Fakten gestützte Gewißheit vor militärischer Überraschung.

Diese Argumente haben allerdings in Kreisen der Bonner Regierung bislang nicht den das Projekt Aufklärungssatellit fördernden Schub ausgelöst. Vor allem der Verteidigungsminister sträubt sich, und zwar mit aus seiner Sicht verständlichen Gründen. Er sieht zwar die *sicherheitspolitischen* Vorteile einer eigenen europäischen Aufklärung aus dem Weltraum, weigert sich aber, das dafür erforderliche Geld aus seiner Finanzmasse aufzubringen.

Erste grobe Berechnungen für ein derartiges Satellitensystem mit der entsprechenden Bodenorganisation beziffern den Aufwand der Beschaffung und des Betriebs über zehn Jahre auf rund zehn Milliarden Mark. Bonn müßte wie Paris pro Jahr also eine halbe Milliarde bereitstellen. Für den Finanzminister wäre das eine schwere Aufgabe – er will seinen Kurs der „Entstaatlichung" des Wirtschaftsgeschehens im Lande nur ungern korrigieren.

Andererseits erwarten Fachleute von einem staatlichen Auftrag dieser *Qualität eine Menge* innovativer Kraft in der Industrie. Hochtechnologie würde entwickelt, die sich auch zur zivilen Nutzung eignet. Grundsätzlich würde deshalb das Satellitenprojekt auch in das von Bonn und Paris forcierte Eureka-Programm passen.

Schließlich sollten zwei weitere positive Auswirkungen nicht unterschätzt werden: eine außenpolitische dadurch, daß die EG die so gewonnenen Aufklärungsergebnisse einer seit langem geplanten Abrüstungsagentur der Vereinten Nationen *zur Verfügung stellen könn*te. Dies würde Europas Ansehen als „dritte Kraft" weltweit stärken. Aber auch eine innenpolitische, denn die Führung der deutschen Sozialdemokratie findet den Gedanken einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Aufklärung aus dem Weltraum reizvoll, ja unumgänglich. Damit böte sich die Möglichkeit, daß Regierung und *Opposition, die in der* Sicherheitspolitik auseinanderdriften, in einer wichtigen Frage wieder zusammenkommen.



Was tun, wenn der Kater stirbt und Oma verzweifelt?

Auch Zivildienst will gelernt sein. Und so gibt es auch für Kriegsdienstverweigerer so etwas wie eine Grundausbildung für die Arbeiten im sozialen Bereich. Wir besuchten die Zivildienstschule in Trier, eine der 13 ihrer Art in der Bundesrepublik.

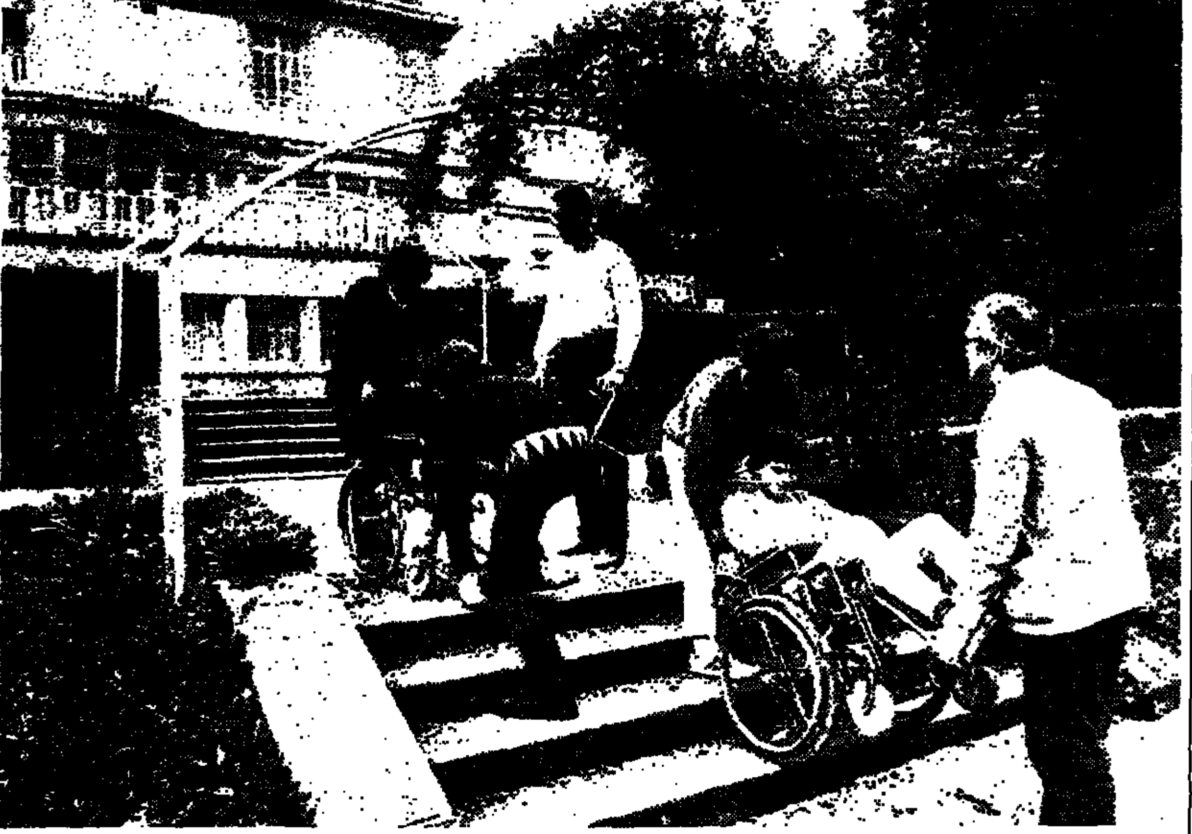
Von EBERHARD NITSCHKE

Einer von den 25 jungen Männern sagt „ja", als Schwester Antje zu Beginn ihres Unterrichtes sie fragt, wer denn schon einmal eine alte Frau im Bett gewaschen habe. Schwester Antje in der Zivildienstschule V in Trier hat den unschätzbaren Vorteil, daß sie nicht viel älter erscheint als das Publikum, vor dem sie nun mit Hingabe, Wasser und Seife eine menschengroße Gliederpuppe wäscht. Eine einsame Papierkugel landet in einem unbewachten Augenblick auf dem Kopf der Plastik-Alten. Ansonsten ist das vor Individualisten strotzende Publikum „ganz Ohr".

Während Schwester Antje in farbigen Jeans und T-Shirt und mit der freundlichen Beharrlichkeit ihres Berufsstandes weiter agiert und weiter erklärt, sieht sie zwischendurch in fasziniert und gespannt lauschende Gesichter. Hier und jetzt wird jedes *Ding beim Namen genannt, und* wer es in den vier Stunden „Einführung in die Krankenpflegehilfe" nicht „geschnallt" hat, der steht hinterher, wenn er für die „Mobilen Sozialen Hilfsdienste" unterwegs ist, dumm da.

Hier in Trier ist eine der dreizehn „Zivildienstschulen" der Bundesrepublik Deutschland, wo Kriegsdienstverweigerer auf ihre Arbeiten im sozialen Bereich vorbereitet werden. Es sind aufwendige, aber notwendige Einrichtungen angesichts vorhandener 63 030 Zivildienstplätze, von denen 42 650 besetzt sind, während beim Bundesamt für Zivildienst *in Köln kürzlich von 54 918 Anträgen* auf Anerkennung 36 316 als positiv beschieden gemeldet wurden.

Irgendwie merken die Schüler in *Trier schon an dem Gebäude,* in dem sie untergebracht sind, daß man sie wichtig nimmt und daß es in den kommenden 20 Monaten am Einsatzort auf sie ankommen wird.



Rollstuhltragen steht auf dem Stundenplan: Schüler der Zivildienstschule in Trier beim Unterricht
FOTOS: JOSEF TIETZEN

Die Villa Reverchon am Moselsteilufer gegenüber Trier hat der wahr*scheinlich reichste Mann* der Stadt 1912 seiner Frau zur Silberhochzeit geschenkt. Adrian von Reverchon, dessen Frau Alice aus dem Haus Villeroy und Boch kam, zog 1912 mit ihr in ein Haus, das 21 ständige Bedienstete hatte, die aus einer „Gesindeküche" verpflegt wurden. Die Villa war nach den Plänen, die ein Architektenwettbewerb im ganzen damaligen Reichsgebiet erbracht hatte, gebaut worden. Geld spielte keine Rolle, allein ein Stück des Anfahrtsweges, der *in den Fels geschlagen* werden mußte, kostete 1,4 Millionen Goldmark.

Zwar gingen die Originalmöbel in der wechselhaften Geschichte der *Villa verloren,* aber die *sonstige Innenausstattung,* die zuletzt auch einem General der französischen Besatzung als Flitterwochenquartier gut genug war, blieb voll erhalten. Der Denkmalschutz achtet darauf, daß Stuck und Marmor bewahrt bleiben – und in dieser „Schule" mit ständig 80 Schülern buntester Zusammensetzung gibt es niemand, der auch nur mit Bleistift auf die Wände krakelt.

Kein Wunder, daß der Bundesfinanzverwaltung dieser Prachtbau zu teuer erschien, als der jetzige Besitzer, die Arbeiterwohlfahrt, ihn mit Erlaß des Zivildienstgesetzes als Zivildienstschule anbot. Aber unter *dem Druck des Gesetzes, das eben* den 4-Wochen-Einführungskurs mit Internatsunterbringung vorsieht, kam ein Vertrag zustande. Die Arbeiterwohlfahrt errichtete für rund 1,2 Millionen Mark im 18 000 Quadratmeter großen Park ein neues Unter*richtsgebäude nach modernsten* Gesichtspunkten, im Altbau wurden Bäder und Toiletten eingebaut, die Zimmer mit je zwei bis vier Betten ausgestattet.

Jetzt sorgen 17 hauptamtlich angestellte Mitarbeiter, darunter ein Freizeitbetreuer, für die alle vier Wochen wechselnde Gästeschar, die in *strammem* Rhythmus von „Erste Hilfe" bis zu „Hilfreiches Gesprächsverhalten" täglich acht Stunden unterrichtet wird. „Rollstuhltraining", heißen da Stunden-Themen, „Tod und Sterben", „Alter und Behinderung". Es gibt auch Kochkurse, denn alleinstehende alte Leute müssen von den Zi*vildienstleistenden bei Hausbesu*chen voll betreut werden, auch am Herd.

Die „Rahmenrichtlinien" für den Unterricht, wie ihn die „Mobilen Sozialen Hilfsdienste" vorsehen, für die hier in Trier ausgebildet wird, sind als im wahrsten Sinne gewichtige Bro*schüre fast zu viel für die* vier Wochen.

Das räumen Schulleiter Albert Hohmann und der Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Trier, August Hertmanni, ohne weiteres ein. Aber es wird einfach verlangt, daß diese jungen Männer, von denen mehr und *mehr ohne Abitur, aus anderen* Schulen oder von Lehrstellen kommen, auch über „Liebe, Sexualität und Partnerschaft alter und behinderter Menschen" Bescheid wissen.

Die Zivildienstschule in Trier ist nach den Angaben Hertmannis die einzige im Bundesgebiet, die Kochkurse unter dem besonderen Aspekt der „Ernährung im Alter" anbietet. Vielleicht ist sie auch die einzige, die ihren Schülern so weit entgegenkommt, daß diese hier ständig neben der Normalverpflegung auch ein vegetarisches Essen erhalten können. „Es gibt eben unter unseren Leuten besonders viele, die auf Körner, Salat und Gemüse stehen", sagt die Hausleitung. Und da die Arbeiterwohlfahrt mit ihrem gro*ßen bundesweiten Betrieb auch* günstig einkauft, gibt es in dieser Schule als vierte Tagesmahlzeit nachmittags Kaffee und Kuchen.

Wie mag das sein, wenn eine der drei hauptamtlichen Lehrkräfte, ein Diplom-Psychologe, im „Rollenspiel" einübt, wie ein Zivildienstleistender auf die täglichen Klagen und Erzählungen der von ihm zu Betreuenden einzugehen hat?

Wir sitzen im Reverchon-Salon, der Blick geht auf die 2000jährige Stadt mit der Porta Nigra. Keiner von den Jungs sieht hinaus, keiner kümmert sich auch nur entfernt um den Besucher. Wichtig ist für sie jetzt nur eins: *Wie reagiere ich auf die drei Sätze,* die mir möglicherweise von einem alten Menschen beim Betreten der Wohnung im Dienst als erstes an den Kopf geworfen werden? Fall 1: „Ihr bringt mir Essen, das vergiftet ist"; Fall 2: „Mein Kater ist tot, er ist das einzige Lebewesen, das immer bei mir war, ich will sterben"; Fall 3: „Ich werde verrückt, meine Enkelin will einen Neger heiraten."

Die Gruppe vertieft sich in die Fälle, es gibt phantasievolle und schlichte Vorschläge, wie man der Situation begegnen kann. Kriterien: „Ihre Antwort soll möglichst kurz sein", „In Ihrer Antwort soll der Gefühlszustand des Klienten angesprochen werden." Oder: „Vermeiden Sie in Ihren Antworten Wörter, die Beziehungen deutlicher machen. Sie erwecken sonst leicht den Eindruck, zu werten oder zu diagnostizieren."

Der Sterbeprozeß wird nach dem „Phasenmodell von Kübler-Ross" vorgestellt. Sterbenden die Hand halten? Keine Einwände, eher Fragen.

Am Abend völliges Abschlaffen, nur noch Filme (im Hause), Bibliothek (im Hause), Kantine. Für die Stadt da unten, nach der man sich in den meisten anderen auf dem flachen Lande liegenden Zivildienstschulen die Finger lecken würde, sind die meisten fast zu müde.

Nach den vier Wochen in Trier kommen 19 *Monate,* in denen Schwester Antje oder Diplompsychologe Joachim Wagner nicht mehr helfend eingreifen, in denen nicht mehr die Griffe geübt werden können: „Wie helfe ich einem Behinderten auf der Toilette?"

Auch Blutdruckmessen und Waschen von Kranken wollen gelernt sein

„Top secret" – für viele in USA kein Geheimnis

Mehr als vier Millionen Amerikaner in Armee, Verwaltung und Industrie gehören zum Kreis der Geheimnisträger. Ein fruchtbares Feld, das Ost-Agenten intensiv beackern. Einer scheint sogar ein Familienunternehmen in Sachen Spionage betrieben zu haben: John A. Walker.

Von FRITZ WIRTH

„Diese Firma besitzt die modernste Ausrüstung zur Aufdekkung von geheimen Abhör-Vorrichtungen, versteckten Sendern und angezapften Telefonen", so liest es sich anspruchsvoll in einer Broschüre der Firma „Electronic Conterspy". Chef der Firma und oberster *„Wanzenjäger" war John A. Walker.*

Der Anspruch paßte zu seinem Image. John A. Walker faßte die Initialen seines Vor- und Nachnamens zum Wort „Jaws" zusammen, dem Titel der furchterregenden Haifischlegende aus Hollywood. „Jaw" heißt zu deutsch auch „große Schnauze". John A. Walker hatte sie zeit seines Lebens. Was ihn seit dem 20. *Mai* etwas kleinlaut gemacht hat: Der „Wanzenjäger", dem angeblich kein verstecktes Abhörmikrofon entging, mußte erfahren, daß das FBI seit dem letzten Herbst sein Wohnhaus und sein Büro mit „Wanzen" vollgestopft und ihn abgehört hatte.

Seit dem 20. Mai nun sitzt „Jaws" alias John Walker im Gefängnis von Baltimore als Spion ein, und weder die Offiziellen noch die Journalisten wissen so recht etwas mit ihm anzufangen. Einige Abwehrleute sprechen vom „größten Spionageskandal in der Geschichte der amerikanischen Navy", Verteidigungsminister Weinberger meint, daß die Verluste durch Walker „sehr schwer" gewesen seien. CIA-Chef William Casey räumte ein, daß die „Walker-Affäre" ein „großer Erfolg für die Sowjetunion" sei. Doch eine Reihe leitender Marine-Offiziere wiegelt seit ein paar Tagen ab: Walker habe vor neun Jahren die Navy verlassen, seine Informationen, die er in seiner 20jährigen Dienstzeit sammeln konnte, seien inzwischen „kalt" geworden, und das Material, das er sich seither über Mittelsmänner besorgte, sei zweitklassig gewesen.

Welches Urteil über den angeblichen Spion Walker auch zutreffen mag – er hat vor Gericht alle Anklagen zurückgewiesen und in den bisherigen Verhören, entgegen anders lautenden Meldungen, bisher geschwiegen –, fest steht, daß dieser Fall für beide Seiten kein Ruhmesblatt ist.

John Walker, 47 Jahre alt und seit 1976 von seiner Frau Barbara geschieden, unterhielt in Norfolk zwar ein *Detektivbüro und gab sich im* Gewerbe als ein Profi zu erkennen. Als Agent und Spion dagegen war er in hohem Maße fahrlässig und amateurhaft. Als professionellen Agenten disqualifizierten ihn vor allem seine Eitelkeit und sein Drang nach dem Geld.

Die geschiedene Frau Walkers wußte von seiner Spionagetätigkeit und hat sogar an einigen Reisen zu geheimen Briefkästen in der Nähe Washingtons teilgenommen. Walker *mußte wissen, daß diese Frau für ihn* nach der Scheidung zu einem beträchtlichen Sicherheitsrisiko geworden war. Dennoch setzte er unbekümmert seine angebliche Agentenarbeit für die Sowjets fort und aktivierte sogar noch seinen Sohn Michael als Agenten, der seit 14 Tagen einsitzt.

Um so erstaunlicher ist es, daß Walker über 20 Jahre ungestört als Spion arbeiten konnte und wohl auch heute noch aktiv tätig wäre, wenn er nicht im letzten Herbst von seiner Frau an das FBI verpfiffen worden wäre. Wobei es der Frau Walkers, die ein Alkoholproblem hatte, zunächst nicht leicht war, das FBI zu überzeugen. Sie mußte sich einem Lügendetektor-Test unterziehen, bevor das FBI anbiß.

Walker, der in seiner aktiven Laufbahn auf zwei amerikanischen Atom-U-Booten als Nachrichtenoffizier Dienst tat und offiziell für Informationen der Geheimhaltungsstufe „top secret" freigegeben war, hätte auch nach seiner Entlassung mindestens alle fünf Jahre einer Routine-Überprüfung durch die Spionageabwehr unterzogen werden müssen.

Sie fanden jedoch nicht statt. Andernfalls hätte der Abwehr die intensive Reisetätigkeit Walkers auffallen müssen, der unter anderem in den letzten Jahren auf den Philippinen, in Hongkong, in Mexiko, der Bundesrepu*blik, Österreich, Ita*lien und in Moskau war. Meistens, um Material an Kontaktleute aus dem Osten zu übergeben und Geld zu kassieren.

Bisher sieht es so aus, als habe Walker den ersten Spionage-Familienbetrieb im Agenten-Unter*grund unterhalten.* Auch Walkers Bruder Arthur wurde verhaftet. Er arbeitete bis 1973 als Instrukteur für taktische Unterwasser-Kriegführung in der „Navy" in Norfolk, dem größten Marinestützpunkt der Welt und Heimathafen für 108 amerika*nische* Kriegsschiffe. Danach war er in einer Rüstungsfirma in Norfolk beschäftigt. Arthur Walker ist angeblich in den bisherigen Verhören „sehr kooperativ" gewesen.



John A. Walker an Bord des U-Bootes „Bolivar"
FOTO: AP

John Walkers Sohn Michael wird von der Abwehr als „kleiner Fisch" bezeichnet. Der 22jährige wurde auf dem Flugzeugträger „Nimitz" verhaftet, wo er für die Verbrennung von als „geheim" eingestuftem Material zuständig war.

Keine *Zweifel* bestehen daran, daß John Walker vor zehn Jahren, als er noch bei der Marine diente, potentiell für die Sowjets ein Top-Agent gewesen sein kann. Er hatte Zugang zu geheimen Nachrichten-Codes und konnte wahrscheinlich auch mitteilen, was die Amerikaner über die Positionen sowjetischer U-Boote im Atlantik wußten. Derartige Informationen sind für die Sowjets von unschätzbarem Wert. Die große Frage ist, wie weit Walker seither mit seinen *Informationen auf dem letzten Stand* war.

Man ist jedenfalls in der amerikanischen Abwehr alarmiert. Nicht zuletzt deshalb, weil Walker einen neuen Typ von Spion darstellt. Er arbeitete für Geld, während die überwiegende Mehrheit der bisher in den USA gefaßten Spione politisch-ideologisch motiviert war. Die zweite Gruppe ist berechenbarer und leichter aufspürbar.

Die Zahl der für osteuropäische Länder in den USA arbeitenden Agenten wird auf 1200 bis 1500 geschätzt. Ein großer Teil von ihnen operiert unter dem Deckmantel von UNO-Diplomaten. Sie haben gegenüber den in der sowjetischen Botschaft in Washington arbeitenden Diplomaten einen Vorteil: Sie können sich frei in den Vereinigten Staaten bewegen, während die Washingtoner Sowjet-Diplomaten dazu einer Sondergenehmigung bedürfen.

Die amerikanische Regierung ist über den Mißbrauch des Diplomaten-Status osteuropäischer UNO-Missionen beunruhigt, zumal sich die Zahl der Spionagefälle in den letzten Jahren erhöht hat. Während beispielsweise in den Jahren 1966 bis 1975 kein einziger Spion vor Gericht stand, hat es seither 37 Spionage-Affären gegeben, wobei in 27 Fällen Agenten der Sowjetunion oder ihrer Alliierten im Spiel waren.

Kritiker glauben die Ursachen dieses Spionage-Booms zu kennen. „Es gibt in diesem Land zu viele Geheimnisse und zu viele Geheimnisträger", klagt beispielsweise Senator Sam Nunn. Zahlen belegen es: Allein im Pentagon lagern 1,2 Millionen Dokumente mit der Aufschrift „streng geheim". Zugleich gibt es in den USA 3,3 Millionen Personen, die Zugang zu Material haben, das als „geheim" eingestuft ist. 600 000 weitere gehören jener Kategorie an, die auch für John Walker galt: Sie haben Umgang mit „streng geheimen" Papieren.

Noch geheimeres Material gilt als „sensitive", zu dem immerhin noch 100 000 Personen Zugang haben. Die nächst höhere Geheimhaltungsstufe wird mit „umbra" gekennzeichnet. Spötter behaupten, Material mit der allerhöchsten Geheimhaltungsstufe trage die Aufschrift und die Anweisung: „Vor der Lektüre verbrennen."

Leistung und Solidarität von Rau herausgestellt

Auch Forderungen von CDU und FDP im Regierungsprogramm

WILM HERLYN, Düsseldorf

Unter der Schlagzeile „Wir erneuern Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch" hat gestern Ministerpräsident Johannes Rau vor dem Parlament in Düsseldorf seine Regierungserklärung abgegeben. Dabei sagte er, zur Bewältigung der drükkenden Probleme von Arbeitslosigkeit und Bedrohung der Umwelt bedürfe es einer Politik, die sich am Maßstab einer solidarischen Gesellschaft orientiere: „Die Werte, auf die *wir bauen, sind Freiheit, Gerechtigkeit* und Solidarität", meinte er. Er forderte die Bürger auf, „gemeinsam ans Werk zu gehen". Staatliche Politik könne Privatinitiative nicht ersetzen.

In der Erklärung fällt auf, daß Rau es vermied, seine Partei und deren Sieg mit einer absoluten Mehrheit von 52,1 Prozent am 12. Mai allzu deutlich herauszustellen. Er bemühte sich außerdem, die Identifizierungskampagne der SPD mit dem Land jetzt auf Regierungshandeln umzusetzen. Allein in der Eingangspassage wiederholte Rau dreimal die Formel „Wir in Nordrhein-Westfalen", mit *der die Sozialdemokraten den Wahl*kampf geführt hatten. Er will offensichtlich versuchen, die schroffen Gegensätze zwischen den Parteien zu mildern. Dafür spricht auch, daß er mehrere Forderungen der FDP und der CDU in das Programm der Landesregierung aufgenommen hat. Darunter zählt die Errichtung eines NRW-Büros bei der EG in Brüssel wie die Stiftung eines Landesordens oder die Forderung nach einem *deutsch-amerikanischen* Jugendwerk.

In Nordrhein-Westfalen solle sich ein Geist verbreiten, der Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Solidarität zusammenbringt, sagte Rau. Dabei bekannte er, daß „unsere Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind". Arbeitslosigkeit abzubauen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen seien die wesentlichen Aufgaben. An anderer Stelle sagte er *dazu*: „Aber: Auch wir konnten und können nicht verhindern, daß zur Zeit 700 000 Menschen in unserem Land keine Arbeit finden."

Mit drei neuen Projekten wolle seine Regierung Engagement anstoßen:

1. Aus einem Institut „Arbeit und Technik" und einem kulturwissenschaftlichen Institut solle ein „Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen" entstehen;
2. eine Stiftung „Naturschutz, Heimat und Kulturpflege" solle ähnlich dem „National Trust" in England die Eigeninitiative des Bürgers herausfordern;
3. eine Stiftung „Entwicklung und Frieden" solle Akzente für den Ausgleich zwischen Nord und Süd setzen.

Vordringlich sei ein „Solidarpakt von Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat und Kommunen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit drei Eckpunkten: weitere Arbeitszeitverkürzungen, qualifizierende Arbeitsmarktpolitik, ökologische und ökonomische Erneuerung. Das besondere Augenmerk richte die Landesregierung auf die jungen Menschen. Er kündigte eine Bundesratsinitiative an für eine allgemeine und bundeseinheitliche Beteiligung der nichtausbildenden Betriebe an der Finanzierung der Berufsausbildung.

Für die politische Arbeit legte Rau *die Akzente auf eine Offensive zur* sozialverträglichen technologischen Erneuerung des Landes, auf die enge Verknüpfung von Arbeit und Umwelt sowie einen verstärkten Umweltschutz „mit noch mehr Durchschlagskraft".

Er wolle aber keinen *ruinösen* Wettbewerb *zwischen* den Ländern und der Forschungspolitik des Bundes, sondern eine arbeitsteilige Kooperation. Motor der ökonomischen *Erneuerung solle* vor *allem* der mittelständische Betrieb sein. Dessen Innovationskraft und Kreativität werde in Zukunft stärker gefördert. Er nannte dabei den gezielten Einsatz öffentlicher Fördermittel, kompetente Beratung und eine flexible Kredit- und *Beteiligungspolitik.*

Die Abwehrhaltung der SPD gegenüber den Neuen Medien streifte er nur. Er vemied es auch, den Begriff der Kernenergie zu erwähnen, als er die Energiewirtschaft ansprach. Er halte fest am Vorrang für die einheimische Kohle – „*aber nur saubere* Kohle hat Zukunft". Darum solle der Bund mehr in die Zukunft der deutschen Steinkohle investieren.

Die schwierige Suche des Senats nach einem Spitzenmann für Bonn

Von HANS-R. KARUTZ

Wie andere Landesregierungen auch will sich der Senat von Berlin am Rhein künftig durch einen exzellenten, politisch kompetenten und auf allen denkbaren Bonner Ebenen für Berlin werbenden Spitzenmann repräsentieren lassen. Aber die Benennung eines derartigen „Ständigen Bevollmächtigten", der den neuen Doppel-Senator Professor Rupert Scholz (Justiz und Bundesangelegenheiten) entlasten soll, bereitet ungeahnte Probleme. Die einzige, dafür aber um so offenere Personalfrage der CDU/FDP-Bündnisverhandlungen vom März 1985 hält seit drei Monaten Spitzenpolitiker in Berlin und Bonn in Bewegung.

Der Plan, Berlin künftig hochrangig in Bonn vertreten zu lassen, ohne stets gleich den Bundessenator bemühen zu müssen, kam während der *Bündnisverhandlungen nach dem* erfolgreichen Wahlergebnis des bürgerlichen Lagers auf. Mindestens drei Gründe schienen für eine Auswechselung des bewährten vorhandenen *Senatsdirektors (Staatssekretärs)* Hermann Schmid (FDP) zu sprechen:

Weil Schmids Ehefrau Erika Schmid-Petry damals anstelle der linksliberalen Cornelia Schmalz-Jacobsen ernsthaft als Jugendsenatorin im Gespräch war, sollten nicht Ehepartner in einer Landesregierung arbeiten.

Dieses Argument machte es den Liberalen offenbar leicht, auf Schmid zu verzichten. *Erst später räumte* FDP-Chef Walter Rasch öffentlich den „schweren Fehler" ein, auf einen derartigen FDP-Fuß in der Bonner und Berliner deutschlandpolitischen Tür zu verzichten.

Dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen kam der nunmehr mögliche CDU-Zugriff auf diesen Posten zupaß, weil er schon einen exzellenten Fachmann für diese Aufgabe im Auge hatte.

Auch Bundessenator Professor *Rupert Scholz, bei dem Arbeitstempo* und beträchtlicher „Output" mit seinem politischen Ehrgeiz gleichauf liegen, war der Abschied von Schmid recht. Denn beide harmonierten dienstlich nicht sonderlich, weil Scholz offenbar Zeitmaß und Effizienz von Schmids Arbeit nicht behagten. Scholz' Vorgänger hingegen, beispielsweise Norbert Blüm, waren dem kundigen FDP-Mann ausgesprochen dankbar für sein Engagement gewesen.

Der Senats-Plan verlor indessen schon im ersten Anlauf bedeutend an Schwung, weil der engere Mitarbeiter des „Regierenden", Hansjürgen Schierbaum (CDU), als Chef der Senatskanzlei die Bonn-Offerte von

Länderbericht Berlin

Diepgen aus verschiedenen Gründen *ablehnte. Von der Sache her war die*se Aufgabe Schierbaum als einem der fundiertesten Kenner westlicher wie östlicher Deutschlandpolitik auf den Leib geschrieben gewesen, aber:

Diepgen lehnte den Wunsch von Schierbaum (er war 1981 von Richard von Weizsäcker aus dem Bonner Bundeshaus ins Rathaus Schöneberg geholt worden), ihm direkt unterstellt zu werden, aus prinzipiellen Gründen ab. *Scholz* wiederum *machte* Schierbaum klar, daß er sich alle in Bonn *politisch tatsächlich bedeutungsvol*len Berlin-Aufgaben aus dem Kopf schlagen könne. Die verrichte er, der Senator.

Als es auch über andere Punkte zu Mißverständnissen kam – wie Schierbaums Eigenwilligkeiten bezüglich seiner vorgesehenen Residenzräume in Bonn – und auch die Verlockung einer Beförderung von B 7 nach B 9 (Ministerialdirektor) nichts fruchtete, *kam Schierbaum kurzerhand* um seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ein. Er dürfte für den 60jährigen Spitzenbeamten von Dauer sein. Heute bestellt er, mit 75 Prozent seiner aktiven Bezüge, seinen Garten in Bonn…

Unterdessen hatten die Liberalen ihren drohenden Terrainverlust auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Politik bemerkt. Sie forderten einen gleichwertigen Posten für Schmid – um auf diese Weise auch eine gewisse FDP-„Aufsicht" auf diesem Gebiet sicherzustellen.

Der *vorerst letzte* Akt in diesem Stück begann, als die Idee geboren wurde, Schmid *nunmehr* als Chef der Berliner Abteilung des innerdeutschen Ministeriums zu verwenden. Nur war, wie sich denken läßt, der Platz längst besetzt: Durch den noch aus sozialliberalen Zeiten stammenden Ministerialdirigenten Horst Winkelmann (SPD). Er besitzt seiner Sach- und Fachkunde wegen das Vertrauen von Minister Heinrich Windelen und dessen Staatssekretär Ludwig *Rehlinger.*

FDP-Etatexperte Hans-Günter *Hoppe lotete nun im Kanzleramt* beim Bonner Bundesbevollmächtigten in Berlin, Staatssekretär Peter Lorenz, dennoch die Chancen für eine „Umsetzung" Winkelmanns auf einen Posten im Bonner Mutterhaus des Ministeriums aus, um freie Bahn für Schmid zu schaffen. *Lorenz aber* zeigte, wie man hört, die kalte Schulter und *verwies Hoppe* höheren Orts. Er soll sich an Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wenden, um notfalls eine Planstelle für Winkelmann in Bonn zu beschaffen. Sie wäre jedoch von der Sache her überflüssig, vor 1986 nicht wirksam und zu*dem rechtlich problematisch, denn* für Winkelmann gäbe es in Bonn keine Abteilungsleiterfunktion. Im übrigen behagte Windelen das Spiel gar nicht: Die Sache sei „tot", befand er kürzlich intern.

Diepgen wiederum verschob das Problem jetzt erst einmal auf den Herbst. Denn am Ende wird er die Entscheidung erheblich beeinflussen: Der „Regierende" will ihrer Bedeutung wegen die Berliner Politik in Bonn und das Verhältnis zur „DDR" *im Griff* behalten. *Zwischen Diepgen* und seiner eher pragmatischen, an Strauß orientierten operativen Politik gegenüber der „DDR" und der vor allem die westlichen Rechtspositionen hervorhebenden Haltung von Scholz liegen *nicht nur* Nuancen.

Berlins künftiger Mann in Bonn stellt auch ein Stück „Programm" dar.

Mit neuer Strategie über die 30-Prozent-Marke?

Für Südwest-SPD hat der Wahlkampf schon begonnen

XING-HU KUO, Stuttgart

In der baden-württembergischen SPD wird schon jetzt über die Bundestagswahl 1987 und die Landtagswahl ein Jahr danach intensiv nachgedacht. Ulrich Lang (51), Landes- und Fraktionsvorsitzender der Südwest-SPD, die zusammen mit den bayerischen Genossen zu den schwächsten Gliedern in der Bundespartei zählt, begründete dies vor wenigen Tagen mit *dem Hinweis, daß* die Bundestagswahl 1987 „im Süden der Bundesrepublik entschieden" werde. Wörtlich sagte Lang, der an diesem Wochenende in Waiblingen erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidiert: „Die Ergebnisse *aus Nordrhein-Westfalen* fallen erst dann ins Gewicht, wenn in Baden-Württemberg und Bayern die erforderlichen Punkte geholt werden."

Zu diesem Zweck hat die baden-württembergische SPD dieser Tage ihre neue Strategie in Form eines *Leitantrags für den Parteitag* von Freitag bis Sonntag in Waiblingen vorgestellt. Mit dem elfseitigen grünen Papier mit rotem Umschlag „Arbeit und Umwelt, für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft" wollen Lang und Genossen verlorene Wähler, offensichtlich vor allem grüne „Überläufer", zurückgewinnen, um endlich aus der fatalen 30-Prozent-Marke herauszukommen.

Gerade diese schlechten Wahlergebnisse um die 30 Prozent hatten den damaligen SPD-Landes- und Fraktionschef Erhard Eppler *1980* und *1981* veranlaßt, seine Funktionen niederzulegen. Lang gelang es jedoch nicht, der Südwest-SPD zu besseren Ergebnissen zu verhelfen, wie die *drei Wahlen im Jahre 1984* (Landtags-, Europa- und Kommunalwahl) deutlich machten.

Nur seiner persönlichen Integrität und Integrationsfähigkeit (die unter Eppler aufflammenden Konfrontationen zwischen den verschiedenen Flügeln konnte der auch menschlich in der Partei durchaus beliebte Lang weitestgehend abbauen) verdankt es Lang, daß um seine Person keine allzu heftigen Diskussionen entbrannten.

Unterschwellig jedoch wurde Lang auch innerhalb der Partei zumindest teilweise eine Schuld für die schlechten Wahlergebnisse zugewiesen. Offen ausgesprochen wird dies allerdings nur selten. Eine Vorreiterrolle spielen dabei die aufmüpfigen Jungsozialisten, die am vergangenen Wochenende die Delegierten des kommenden Parteitages aufgefordert hatten, nicht für Lang als neuen Landes*chef oder als Spitzenkandidaten 1988* zu votieren. Letzteres steht jedoch nicht zur Debatte.

Juso-Sprecher Michael Guggemos schrieb an die 600 Funktionäre der Nachwuchsorganisation, „in großen Teilen" der Südwest-SPD, und zwar „weit über den Juso-Bereich hinaus", wachse der „Unmut gegen die Politik des SPD-Landesvorstandes, des Landesvorsitzenden und die Spitze der Landesgeschäftsführung". Dies *mache* die „dringende Notwendigkeit einer inhaltlichen und personellen Erneuerung" im Landesverband „offensichtlich".

Die Jusos werfen Lang und der Parteispitze vor allem vor, sie wolle die *Landes-CDU* kopieren, statt eigene Alternativen vorzustellen. So mache Lang eine „heimatverbundene Anbiederung an bürgerliche Wähler, die die CDU in der Originalversion sichtbar besser" beherrsche. Im Bereich der Technologien, Neuen Medien *und der Wirtschaftspolitik* sehen die Jusos ebenfalls ein zu starkes „Harmonie- und Verdrängungskonzept" der jetzigen Führung um Lang.

In *der Tat* dürfte der neue Leitantrag des Landesvorstandes vor allem beim linken Flügel zu erheblichen Bedenken führen. Denn hier wird ein für ihren Geschmack zu lautes Bekenntnis *zu den neuen* Technologien abgegeben, wenn auch als Mittel für die neue „humane, ökologische" Konzeption.

Lang selber lehnt eine Stellungnahme jetzt zur Frage der Spitzenkandidatur 1988 ab. Zur Freude der Landespresse nannte Lang jedoch selber einige „hervorragende Kräfte", die „*unsere Politik* kompetent vertreten können": Herta Däubler-Gmelin, Wolfgang Roth, Dieter Spöri, Hermann Scheer, Harald Schäfer, Uli Maurer und einige andere. Das Rätselraten kann beginnen.

Kiel gibt grünes Licht

Zustimmung für private „Nordische Universität" erteilt

GEORG BAUER, Kiel

Die Kürze der Zeit signalisiert das starke Interesse des Landes. Nur ein halbes Jahr, nachdem die Initiatoren der ersten *privaten* Universität in Witten/Herdecke das Projekt einer „Nordischen Universität" als eine Art Hochschultochter in Schleswig-Holstein ins Rollen gebracht haben, gab der Kultusminister des Landes, Peter Bendixen, nun die staatliche Erlaub*nis.* Zur feierlichen Übergabe der Zustimmung, die nach dem Landeshochschulgesetz probeweise auf drei Jahre begrenzt ist, war Knut von Oertzen nach Kiel gereist, Geschäftsführer der Universität in Witten.

Verläuft die Aufbauphase ebenso *zügig, so wird die „Nordische Univer*sität" mit Sitz in Flensburg und Neumünster im Sommer 1986 ihren Vorlesungsbetrieb aufnehmen. Nach der Konzeption soll sich Neumünster auf die Elektro- und Medizintechnik und später auf die Mathematik, Physik und Energietechnik konzentrieren, während sich Flensburg der Biologie, der Wirtschafts- und Agrarwissenschaften annimmt. Vorgesehen ist, unter dem Motto „Boden, Luft, Wasser" ein auf die drei Elemente abgestimmtes Landwirtschaftsstudium zu schaffen.

Da sich Witten/Herdecke der Medizin, Zahnmedizin und der Wirtschaftswissenschaften angenommen hat, wird es – abgesehen von den Wirtschaftswissenschaften – nicht zu einer Überlappung von Forschung und Lehre in einzelnen Zweigen kommen. Geplant ist vielmehr, daß die beiden Privaten sozusagen fächerübergreifend bei bestimmten Vorhaben zusammenarbeiten. Ein Ziel, das – so räumen *die Initiatoren* ein – noch Zukunftsmusik ist.

Auf Resonanz stießen von Oertzen und der Arzt Schily, der zweite aus dem Führungsduo, auch bei den betroffenen Städten. Anders als in Nordrhein-Westfalen, wo es bürokratische Hürden zu nehmen galt und das Anerkennungsverfahren wegen starker Widerstände in der SPD und den Gewerkschaften sich über 18 Monate hinzog, waren neben dem Land die Städte auch sofort bereit, die Idee zu unterstützen. So stellte etwa Flensburg seine renovierten Westindien-Speicher als *Büroräume* für die Universität zur Verfügung. Von Oertzen dankte. Hier sei, so meinte er, effizient und schnell gearbeitet worden. Gleichzeitig versprach er, ohne jede Einschränkung mit den örtlichen Institutionen zusammenzuarbeiten. Eine Versicherung, die auch bei den Wirtschaftsverbänden des Raumes mit Blick auf die Umsetzung von Theorien in die Praxis, der sich die private Universität verschrieben hat, mit Interesse vermerkt worden ist. Dieses Entgegenkommen und die „Freunde", die man im nördlichsten Bundesland gefunden hat, bewogen von Oertzen und Schily, Schleswig-Holstein als Standort für die Universität zu wählen.

Erwartungen an das Projekt knüpft auch die Landesregierung. Schleswig-Holstein, das schon über Hochschulen in allen vier kreisfreien Städten – Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster – verfügt, hofft, daß von der *Universität Impulse auf die* Wirtschaft ausgehen. Auch die Konkurrenz zu den staatlichen Hochschulen verspricht nach Meinung des Ministerpräsidenten fruchtbar zu werden.

Und die SPD? Nach anfänglichen Widerständen ist auch sie für das Vorhaben. Als Grund nannte der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Joachim *Lohmann,* daß mit der privaten Universität die Studienreform zum Teil verwirklicht werde, die in den vergangenen Jahren an den staatlichen Universitäten nicht von der Stelle gekommen sei.

Anklage wegen Unterstützung der RAF erhoben

dpa, Karlsruhe

Wegen des Verdachts, die terroristische Vereinigung „Rote Armee *Fraktion" (RAF) unterstützt sowie am* 20. Januar 1985 in Stuttgart einen Mordversuch und andere Straftaten begangen zu haben, hat Generalbundesanwalt Kurt Rebmann beim Oberlandesgericht in Stuttgart gegen die ehemalige Krankenschwester Claudia Wannersdorfer Anklage erhoben. Außerdem gab die Karlsruher Behörde bekannt, daß sie im Zusammenhang mit dem von ihr geführten Ermittlungsverfahren gegen die linksterroristische Vereinigung „Wirtschaftswunderkinder" einen 22jährigen Mann verhaftet hat.

Offenbar wieder Schüsse an der Berliner Mauer

dpa, Berlin

An der Berliner Mauer ist auf „DDR"-Seite in der Nacht zum Montag offenbar wieder geschossen worden. Anwohner im Bezirk Wedding informierten die Polizei über zwei Schüsse, die vermutlich von Grenzsoldaten der „DDR" abgefeuert worden sind. Wie die Polizei ferner mitteilte, wurde anschließend entlang der Bernauer Straße, die parallel zur Mauer verläuft, auf östlichem Gebiet eine verstärkte Streifen-Tätigkeit von Grenzposten registriert.

Bisher gibt es keine Hinweise darauf, daß eine Person bei einem Fluchtversuch getötet oder verletzt worden ist.

Südostasien will Militärgüter von Bonn

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Regierung von Indonesien will für ihre Marine 76 Schnellboote und 20 Fregatten erwerben. Bei den zu erwartenden Bestellungen hat die Bundesrepublik Deutschland „keine schlechten Karten im Spiel".

Diese Erkenntnis hat der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Willy Wimmer (CDU), auf seiner Südostasienreise gewonnen. Die Parlamente von Singapur, Australien und Neuseeland hatten Bonner Politiker, darunter auch Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen, zu einer Informationsfahrt eingeladen. Wimmer traf seine indonesischen Gesprächspartner in Singapur.

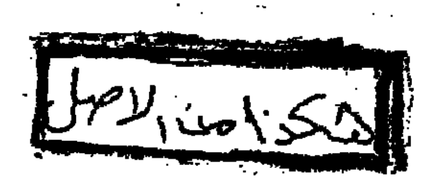
Nach Angaben Wimmers wird in Indonesien eine enge militärische Zusammenarbeit mit den USA „kritisch gesehen". Dagegen sei das Verhältnis zur Bundesrepublik auf diesem Sektor „völlig problemlos". Die Deutschen könnten „die Technologie liefern, *die das Bestellerland handhaben* kann", meinte Wimmers.

Kritisch vermerkte der CDU-Bundestagsabgeordnete in Bonn vor Journalisten, daß es in Djakarta an der deutschen Botschaft keinen Militär-Attaché gebe. Der an der Botschaft *in Tokio stationierte Militär*-Attaché (ein Oberst der Panzer-Grenadiere) sei auch für Indonesien zuständig. Verteidigungsminister Manfred Wörner, der im Oktober Japan, Korea, *Indonesien* und *Malaysia* bereisen will, könnte hierbei möglicherweise Abhilfe schaffen.

Als „Wunschpartner" auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit werde die Bundesrepublik Deutschland sowohl von Australien als auch von Neuseeland *gesehen,* erklärte Wimmer. Neuseeland interessiere sich für vier Fregatten aus deutscher Produktion. Die Deutschen gelten als „unproblematische Partner", weil sie nicht wie die Franzosen Nuklear-Versuche im Pazifik durchführen.

Von seinen philippinischen Gesprächspartnern, dem Verteidigungsminister und dem Generalstabschef, hat der CDU-Abgeordnete erfahren, daß „eindeutige Hinweise" vorliegen, wonach die „DDR" Waffen aus der UdSSR an philippinische Aufstandsbewegungen geliefert habe. Die Regierung in Manila sei an ihn mit dem Wunsch nach „medizinischer Unterstützung" etwa durch die Entsendung eines Hilfsschiffs herangetreten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



KSZE mit Vorfall an der Zonengrenze befaßt

Lintner: Menschenrechts-Dokumente erneut veröffentlichen

WERNER KAHL, Bonn

Politisches Jägerlatein ließ beim KSZE-Expertentreffen in Ottawa nicht wenige Delegationen über die Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze vermutlich mehr nachdenken, als dies bei Reden zum Ausdruck kam. Auf der Anfang Mai zusammengetretenen Konferenz wird nach den Debatten jetzt über Beschlüsse zur Kontrolle der Menschenrechte beraten. Teilnehmer verglichen unterschiedliche, vom Ostberliner Zensor geänderte „DDR"-Erklärungen zu einem Vorfall, bei dem während der KSZE-Tagung am „DDR"-Todesstreifen gegenüber West-Berlin ein Flüchtling leblos abtransportiert worden war.

Die Ostberliner Delegation hatte nach der Zurückweisung der Beschuldigung, es sei erneut auf einen Menschen geschossen worden, der das Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen wollte, die dazugehörende Gegenerklärung der Ostberliner amtlichen Nachrichtenagentur ADN im Plenum verteilt. Dort hatte „DDR"-Botschafter Kiesewetter zuvor versichert, es habe sich nicht um eine Menschenjagd, sondern um ein Ansetzen auf Niederwild gehandelt. Britische und Westberliner Grenzposten hatten gegenteilige Beobachtungen gemeldet.

Sätze gestrichen

In der anschließend verteilten Ostberliner Erklärung waren jedoch Überschrift des ADN-Fernschreibens, auf das sich der „DDR"-Sprecher eben noch bezogen hatte, und die beiden letzten Sätze der Mitteilung gestrichen. Diese lauteten: „Ein Rehbock und ein Wildschwein mußten herhalten, um Lügen in die Welt zu setzen. Allerdings fragt man sich, warum verantwortliche Stellen im Westen mitspielen, anstatt sich sachkundig zu machen. Dem Prozeß der Entspannung sind solche Praktiken gewiß nicht dienlich."

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, sagte der WELT nach seiner Rückkehr, was in der kanadischen Hauptstadt vor der Weltöffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen vorgetragen worden sei, ermutige dazu, Bilanzierungen in regelmäßigen Abständen öffentlich fortzusetzen.

Daß Ottawa nach zögerlicher Eröffnung und Quertreibereien der östlichen Seite schließlich weltweite Beachtung fand, sieht der Bonner Parlamentarier vor allem in dem „couragierten, kompromißlosen Auftreten" des US-Delegierten Schifter begründet. Den Angriffen des Amerikaners gegen Menschenrechtsverletzungen schlossen sich in den Debatten zahlreiche Delegationen an, wenn auch in mehr oder weniger diplomatischer Rede und häufig ohne Namensnennung der Verletzer-Staaten.

Für Freizügigkeit

Bonns Delegationschef Eickhoff wies wiederholt auf das Gebot der Freizügigkeit, auf die Verfolgung von Dissidenten in der „DDR" und die zwar von „Todesautomaten" entleerten, aber noch undurchlässiger gewordenen „DDR"-Grenzsperren hin. „Mit tiefer Genugtuung hat meine Delegation zur Kenntnis genommen, daß zahlreiche Delegationen mit Interesse, Verständnis und Engagement über das Recht gesprochen haben, das eigene Land zu verlassen und ins eigene Land zurückzukehren", berichtete Eickhoff dem Auswärtigen Amt. Eine Kopie seiner Ausführungen erhielten die Botschaften in Washington, London, Paris, Moskau, Stockholm und Brüssel sowie der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin.

Das Auswärtige Amt hat durch seinen Delegationsleiter Erwartungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion offenbar im großen und ganzen erfüllt. Deren Beobachter Eduard Lintner regte während des Besuches in Ottawa an, auch die in den letzten Jahren für einen unübersehbaren Personenkreis der „DDR" erlassenen „Kontaktverbote" mit Personen aus dem Westen zur Sprache zu bringen.

Polnische Sprecher behaupteten gegenüber Lintner, der Deutschunterricht nehme in Polen zu, weil das Interesse steige. Dies werde, so erfuhr Lintner, berücksichtigt, der Unterricht entsprechend erweitert. Zwei Dinge seien *festzuhalten*: „Die KSZE-Expertenkonferenz muß in angemessenem Abstand wieder zusammentreten. Die Dokumente der KSZE-Menschenrechtserklärungen müssen erneut in den Unterzeichnerstaaten veröffentlicht und darüber hinaus in Bibliotheken den Bewohnern zur Einsicht angeboten werden. Diese Dinge sind unverzichtbar."

Die Unifil arbeitete für die Schiiten

Der Fall der finnischen Geiseln in Südlibanon / Lachad will Soldaten zurück / Israels Rolle

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„SLA – die südlibanesische Armee unter General Lachad – ist keine israelische Fremdenlegion", sagt der israelische Offizier, „wir können nicht einfach zu General Lachad gehen und ihm befehlen, er soll die gefangenen Finnen freilassen. Wir können es ihm raten, wir können Druck auf ihn ausüben, aber mehr nicht. Auch der verstorbene Major Haddad nahm keine Befehle von uns an." Mit dieser korrekten Auskunft müssen sich die Journalisten zufriedengeben.

Israelische Diplomaten vergleichen das Verhältnis zur SLA mit dem zwischen den USA und Israel. Die USA zahlen mindestens die Hälfte der israelischen Verteidigungskosten, und ohne amerikanische Waffen könnte Israel nicht auskommen. Aber die USA haben keine Befehlsgewalt über die Israelis – auch wenn sie sich oft darüber ärgern.

Gewiß könnten die Israelis einen militärischen Angriff auf die SLA unternehmen. Aber die gefangenen Finnen würden ihn nicht überleben. So bleibt in diesem Fall nichts übrig, als mit General Lachad in Güte zu verhandeln. Was die Israelis garantieren können, ist die Sicherheit der finnischen Gefangenen. General Lachad hat übrigens nie gedroht, die Finnen zu erschießen. Er sagte nur, er wolle sie als Geiseln halten, bis er seine elf Soldaten zurückbekommt, die von dem finnischen Bataillon der Unifil an die schiitische Miliz „Amal" ausgeliefert worden sind.

Ob er seine Soldaten zurückbekommt, scheint vorerst unwahrscheinlich. Denn wenn Israel schon nur geringen Einfluß auf die SLA hat, so hat die Unifil überhaupt keinen auf die Schiiten. Den „Amal"-Leuten ist es auch völlig einerlei, ob die finnischen Soldaten leben oder sterben. Es ist daher nicht abzusehen, ob sich der „Amal"-Führer Nabih Berri überreden läßt, auf seine Gefangenen ohne Gegenleistung zu verzichten.

Die Gegenleistung, die er verlangt – die Freilassung der libanesischen Gefangenen im Lager von Athlit bei Haifa –, können ihm nicht die Finnen, sondern nur die Israelis geben. Das aber ist problematisch. In Athlit befinden sich mehrere hundert Libanesen (die israelischen Behörden wollen die genaue Anzahl nicht nennen), die in Libanon wegen Terrorverdachtes festgenommen und nach Auflösung des Internierungslagers von Ansar nach Israel überführt wurden. Israel hat sich verpflichtet, diese Gefangenen zum „passenden Zeitpunkt" freizulassen. Diese Gefangenen sind fast ausschließlich Schiiten und gehören zum Großteil der „Amal"-Miliz an. Es ist klar, daß dies ein verlockender Preis für Nabih Berri wäre.

Israel hat ein solches Tauschgeschäft über drei Ecken nicht abgelehnt, hat aber auch nicht zugesagt. Israel steht auf dem Standpunkt, daß das finnische Bataillon sich einer schweren Verfehlung gegen den Auftrag der UNO-Truppe in Libanon schuldig gemacht habe. Die israelischen Ermittlungen haben bisher ergeben, daß die elf SLA-Soldaten die Garnison eines Stützpunktes bildeten, den die Israelis geräumt und der SLA übergeben hatten. Eine finnische Einheit umzingelte den Stützpunkt, worauf die SLA-Soldaten kampflos die Waffen streckten, weil, wie General Lachad erklärte, seine Leute nur seinen Befehl befolgt hätten, nicht mit der Unifil ins Gehege zu kommen.

Was jedoch darauf folgte, hat nicht nur bei der SLA, sondern auch bei den Israelis große Verbitterung ausgelöst. Die Finnen lieferten die gefangenen SLA-Soldaten ihren Todfeinden, der „Amal"-Miliz, aus. Dies sei eine unerträgliche Einmischung der UNO-Truppe in einen Bürgerkrieg, sagt der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin dazu. Er wies in einer öffentlichen Stellungnahme die Behauptung der Unifil zurück, die SLA sei eine unautorisierte private Miliz. „Das gilt genauso für ‚Amal'. Auch sie ist eine private Miliz. Sie hat nicht mehr Legitimität als die SLA."

Es scheint, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, diese Ansicht teilt, denn er hat es abgelehnt, Israel irgendeine Verantwortung zuzuschreiben. Statt dessen hat er eine Ermittlungskommission ernannt, die ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hat. (SAD)

„Türken schaffen Fakten"

Wahlsieg Denktaschs / Griechen-Protest auf Zypern

E. ANTONAROS, Athen

Mit einer unerwartet klaren Mehrheit ist der Volksgruppenführer der Türken Zyperns, Rauf Denktasch, zum „Präsidenten" der bisher nur von der Türkei anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern" gewählt worden: Der 61 Jahre alte Inselpolitiker erhielt 70,5 Prozent aller gültigen Stimmen und wird für die nächsten fünf Jahre im Amt bleiben.

Denktasch, der sich als „unabhängiger, über den Parteien stehender Kandidat" zur Wahl gestellt hatte, würdigte seinen Erfolg als „einen Beweis für den Willen des Volkes, der Republik und der Türkei treu zu bleiben."

Die Präsidentenwahl fand auf der Grundlage einer neuen Verfassung für die Teilrepublik statt, für die die türkische Volksgruppe am 5. Mai mit etwas mehr als 70 Prozent gestimmt hatte. Für den 23. Juni hat Denktasch Parlamentswahlen anberaumt: Sieben Parteien mit Denktaschs konservativer Nationaler Einheitspartei an der Spitze haben insgesamt 350 Kandidaten für 50 Parlamentssitze aufgestellt.

Diese drei Urnengänge innerhalb von wenigen Wochen werden von den Inselgriechen als ein „gezielter Versuch der Türkei" interpretiert, vollendete Tatsachen auf der Insel zu schaffen und die bereits vor elf Jahren erfolgte De-facto-Teilung der Insel nun auch rechtlich zu besiegeln. Zyperns Griechen organisierten gegen die Präsidentenwahl Protestkundgebungen entlang der Demarkationslinie. Zeitweilig blockierten sie den einzigen Grenzübergang am früheren Ledra Palace Hotel.

Ein Regierungssprecher in Nikosia teilte mit, daß Zypern beim Weltsicherheitsrat, anderen internationalen Organisationen und sämtlichen ausländischen Regierungen gegen „Ankaras sezessionistische Politik" protestiert habe. Auch nach Ansicht eines Sprechers in Athen soll Denktaschs Wahl zum „Präsidenten des Pseudo-Staates" ein Beweis dafür sein, daß die Türken keine Verständigung wünschen.

Aus türkischer Sicht hat diese Wahlserie allerdings eine völlig andere Bedeutung: Denktasch hat bereits mehrfach die Meinung vertreten, daß durch die Wahl sämtlicher Organe in seiner Teilrepublik die Verhandlungsposition der Inseltürken verstärkt werde. Dadurch könne unter Umständen eine Einigung erleichtert werden.

Vor dem Hintergrund dieser besonders gespannten Situation auf Zypern traf Inselpräsident Spyros Kyprianou gestern zu seiner ersten Gesprächsrunde mit der griechischen Regierung nach der Wiederwahl von Ministerpräsident Andreas Papandreou in Athen ein. Die beiden Politiker wollen unter anderem die Aussichten einer neuen Friedensinitiative von UNO-Generalsekretär Xavier Pérez de Cuéllar erörtern. (SAD)

Portugals Parteien labil

Bruch der Koalition / Parlaments- vor Präsidentschaftswahlen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Portugals Staatspräsident General Antonio Ramalho Eanes wird auf den Bruch der Regierungskoalition der Sozialisten und Sozialdemokraten in der vergangenen Woche mit der Auflösung des Parlaments reagieren. Dazu hat er bis zum 14. Juli Zeit.

Danach beginnt die Vorbereitung der Ende 1985 fälligen Präsidentschaftswahlen. In dieser Zeit darf der Präsident keine einschneidenden Maßnahmen mehr treffen. Die Parlamentsneuwahlen dürften jedoch erst nach den Sommerferien, frühestens im Oktober stattfinden.

Der sozialistische Ministerpräsident Mario Soares, dessen Koalition mit den Sozialdemokraten von Cavaco Silva, dem neuen Chef der PSD, aufgekündigt wurde, scheint sich mit diesem Schicksal abgefunden zu haben. Er wird nicht mehr – wie ursprünglich erwartet – eine Fortsetzung seiner Regierung ohne den Koalitionspartner anstreben. Soares dürfte sich vielmehr auf die Wahl des Staatspräsidenten konzentrieren, die sich bis Januar 1986 verschieben könnte. Bis vor kurzem war er aussichtsreichster Kandidat.

Mit Ausnahme der Kommunisten hätten die im Parlament vertretenen Parteien es begrüßt, wenn General Eanes eine andere Lösung gefunden hätte. Nach der Verfassung hätte er ebenso gut eine Übergangsregierung einsetzen können. Auf diese Weise hätten die Parteien die Präsidentschaftswahlen abwarten können, um sich dann für die Parlamentswahlen zu stärken. Für diese Lösung plädierten sowohl Sozialdemokraten als auch Christdemokraten (CDS), wie deren Präsident Lucas Pires der WELT in einem Gespräch mitteilte. Die Präsidentschaftswahlen – ob vorgezogen oder nicht – hätten klare Verhältnisse geschaffen. Pires: „Danach wäre den Wählern die Entscheidung bei den Parlamentswahlen leichter gefallen".

Lucas Pires gab zu, daß die Aufkündigung der Regierungskoalition durch die Sozialdemokraten das Stimmenverhältnis nicht wesentlich beeinflussen dürfte. Danach kann die Sozialistische Partei mit etwa 30 Prozent der Stimmen die stärkste Partei bleiben, gefolgt von den Christdemokraten an zweiter Stelle, den Sozialdemokraten an dritter und der KP an vierter Stelle.

Seiner Meinung nach dürften also die Christdemokraten und die Kommunisten rechts und links der Koalition aus dem derzeitigen Debakel profitieren – aber nicht genug um neue Mehrheiten zu schaffen. Pires: „Den zentralen Block der Koalition gibt es nicht mehr". Die von Pires angestrebte Koalition der „rechten Mitte", also der Christdemokraten und der Sozialdemokraten, setzt aber voraus, daß die Christdemokraten ihr Wählerpotential erheblich vergrößern müßten. „Bei den jüngsten Kommunalwahlen konnten wir erhebliche Zugewinne registrieren: drei Städte haben wir sogar erobert".

Die Entscheidung Eanes', erst ein Parlament und dann den Präsidenten wählen zu lassen, ist geeignet, die Schwäche des derzeitigen Parteiensystems deutlich vor Augen zu führen.

Nur Eanes selbst könnte nach Ansicht politischer Beobachter davon profitieren. Dann nämlich, wenn sich im Parlament keine klare Mehrheit für eine neue Regierung bildet und seine Anhänger ihn als den Retter der Nation zu einer Notlösung auffordern. Die von Kommunisten und Linkssozialisten bereits in Szene gesetzte aber noch sehr kleine Reformpartei des Präsidenten umfaßt ohnehin alle politischen Richtungen in Portugal. (SAD)

Sprach Gandhi über Atomwaffen?

AFP, Moskau

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat gestern das Klima „gegenseitigen Vertrauens" zwischen Frankreich und Indien unterstrichen. Bei dem Paris-Besuch Rajiv Gandhis habe, so Tass, neben den bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auch die „Frage der Atomwaffen" zur Debatte gestanden. Die Agentur erinnert daran, daß Indiens Premier kürzlich erklärt habe, er sei entschlossen, sein Land mit Atomwaffen auszurüsten, wenn Pakistan eines Tages Atommacht werden sollte.

Thailand schiebt Flüchtlinge ab

AFP, Bangkok

Thailand will in Kürze mit der Repatriierung der 230 000 kambodschanischen Flüchtlinge beginnen, die seit Beginn der jüngsten vietnamesischen Trockenzeit-Offensive auf thailändischem Territorium Unterschlupf gefunden haben. Das gab gestern der thailändische Sicherheitschef Prasong Soonsiri bekannt. Mit der Rückführung der Flüchtlinge werde aber erst dann begonnen, wenn im Grenzgebiet wieder Sicherheit herrsche. Einen genauen Zeitpunkt wollte der thailändische Sicherheitschef jedoch nicht nennen.

Niederlage für Initiative „Recht auf Leben"

rb, Bonn

Mit erdrückender Mehrheit haben die Schweizer am Sonntag die Volksinitiative „Recht auf Leben" abgelehnt. Sie richtete sich vor allem gegen eine Erleichterung des Schwangerschaftsabbruchs. Außerdem waren in der Initiative ein Verbot aktiver Sterbehilfe und gesetzgeberische *Maßnahmen im Bereich von Retortenzeugung* und Gen-Manipulationen gefordert worden.

Mit Ausnahme der Christlich-Demokratischen Volkspartei hatten alle *Regierungsparteien die Nein-Parole* ausgegeben, und auch das Parlament empfahl eine Ablehnung der Initiative. Gegen diese Koalition der Nein-Sager erwies sich das Lager der Befürworter als zu schwach. Daß die Empfehlungen der katholischen Kirche und der Nationalen Aktion jedoch nur von 31 Prozent der Stimmberechtigten befolgt wurde, überraschte sämtliche Beobachter.

Die Argumentation von Regierung und Parlament erwies sich letztlich als überzeugender: Sie hatten die Initiative als überflüssig bezeichnet, weil das Recht auf Leben als ungeschriebenes Grundrecht ohnehin gewährleistet sei. Auch die Tatsache, daß Abtreibung in der Schweiz nach einem Gesetz von 1942 – außer in *Ausnahmefällen* – nach wie vor verboten ist, trug offenbar zum Scheitern der Initiative bei.

Dagegen fiel kaum ins Gewicht, daß in den vergangenen fünf Jahren *nur eine einzige Schweizerin* wegen Abtreibung verurteilt wurde, weil die *gesetzlichen Bestimmungen in den* nichtkatholischen Kantonen sehr leger behandelt werden. Der Mißachtung der Gesetze kann nach der Abstimmung schwerlich erfolgreicher als bisher Einhalt geboten werden.

Ein Argument der Prawda für SDI

Von MICHAEL VOSLENSKY

Unter dem Titel „Für einen klaren Himmel, für die Sonne über dem Kopf" berichtet die „Prawda" vom 29. Mai auf Seite 5 über Proteste *in Europa gegen SDI* und spendet den Protestierenden Beifall. Auf der Rückseite steht anderes: „An den Abschußpulten der strategischen Raketen" – eine Reportage über den *Alltag sowjetischer Raketentruppen*.

Der Leser erfährt einige historische Details. Die erste Raketeneinheit der Sowjetarmee wurde schon im Sommer *1946 formiert. Ich erinnere mich* an diesen Sommer im ausgebombten Nürnberg, wo die vier *Alliierten* zu Gericht über die deutschen Hauptkriegsverbrecher saßen und somit den Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zogen. Gegen wen wohl wurde insgeheim diese neue Truppengattung ins Leben gerufen? Bald war es klar. Die erste sowjetische ballistische Rakete startete um 9.47 Uhr *Moskauer Zeit am 18. Oktober 1947.* Zufällig erinnere ich mich an jenen *Tag: Mein erster Artikel* erschien nämlich in der Zeitung „Komsomolskaja Prawda". Der linientreue Artikel war so konsequent anti-amerikanisch, daß er auch jetzt in einigen europäischen Presseorganen abgedruckt werden könnte. Aber ungeachtet der Anti-US-Propaganda war es für uns noch unvorstellbar, daß in unserem kriegszerstörten Land, wo jeder Zehnte im Krieg gefallen war und Lebensmittel rationiert waren, riesige Summen für die Schaffung einer neuen Angriffswaffe ausgegeben wurden. Erst zehn Jahre später, am 7. November *1957, zeigte man bei der* Militärparade auf dem Roten Platz zum *erstenmal* sowjetische interkontinentale ballistische Raketen. Daß sie außerhalb der Atmosphäre fliegen konnten, hatte man schon Anfang Oktober 1957 durch den „Sputnik", den ersten sowjetischen Erdtrabanten, demonstriert.

Damit begann die *Militarisierung* des Weltraums – damals vor fast drei Jahrzehnten und nicht erst jetzt. Schließlich wurde auf der Tagung des *Obersten Sowjets der UdSSR im Ja*nuar 1960 die Schaffung der neuen Waffengattung in der UdSSR, der strategischen Raketenwaffen, offiziell angekündigt. Der erste Oberkommandierende war Marschall der Artillerie Mitrofan Medjelin. Jetzt hat diesen Posten *Hauptmarschall* der Artillerie Wladimir Fjodorowitsch Tolubko inne.

Von der Geschichte *kommt* der „Prawda"-Autor zur Gegenwart. Wir *erfahren, daß auch im sowjetischen* Raketenbereich technische Unfälle nicht ausgeschlossen sind. Es gab einen Brand im zehn (!) Stockwerke hohen Silo einer sowjetischen Interkontinentalrakete. Dabei gab es keine Aufregung in der Welt, im Gegensatz zum Fall der Pershing in Heilbronn. Die Geheimhaltung erweist sich als wirksam.

Unter einer dicken Schicht von Erde und Beton

Ihr Schleier verdeckt auch die Raketenstellungen. Der Korrespondent schreibt: „Der Schnee war gerade weggetaut, Pfützen glitzerten fröhlich im noch trüben Sonnenschein. Und nichts zeigte an, daß sich eine drohende strategische Rakete unter unseren Füßen befand." Das Frühlingsbild stimmt nachdenklich: Wie will man die Einhaltung eines in Genf *angestrebten Raketenvertrages überprüfen*, wenn man einen sowjetischen Raketensilo nicht *entdeckt*, selbst wenn man drauf steht?

Der Korrespondent beschreibt den Raketenbunker. „Von einem Offizier begleitet gingen wir durch unterirdische *Korridore; ihre Türen waren mit* einfallsreich konstruierten Schlössern *abgesperrt. Dann* stiegen wir in die Tiefe hinunter, die mit Elektronik und Metall vollgespickt war, und fanden uns in der Kommandozentrale *wieder*... Ich fühlte mich etwas verunsichert – durch die dicke Schicht von Erde und Beton über dem Kopf, durch diesen begrenzten Raum, den man sicher nicht als ein Gemach bezeichnen kann, und durch die verschiedenartig blinkenden Pulte."

Also *keine* für uns propagierte „Sonne über dem Kopf", sondern Erd- und Betonschicht. Wirkt das nicht auch auf die braven Raketenoffiziere? Einer von ihnen sagt: „Es kann schon der Gedanke kommen, die Kriegsführung mit solchen Me*thoden sei irreal*. Aber diese Gedanken muß man verdrängen." Auch der Korrespondent *sinniert*: „Versetzen wir uns an die Stelle eines Raketenoffiziers und überlegen wir menschlich: Wird eine solche Arbeit jemals nützlich sein, braucht man sie überhaupt? Solche Fragen sind ein ‚entmagnetisierender Faktor' (Terminus aus dem Raketentruppen-Lexikon)."

Um diesen Faktor auszuschalten, werden *sowjetische Raketenoffiziere* psychologisch geschult. Der Korrespondent besuchte auch „das Klassenzimmer für Psychowillenstraining", wo an den Wänden solche ermutigenden Leuchttafeln hängen wie „Radiationsgefahr!", „Chemischer Alarm!" und so weiter. Die Politoffiziere haben Bereitschaftsdienst mit den anderen zusammen – „das ist die Regel in der Raketentruppe".

Die *Diensthabenden befinden* sich in ständiger *Manöverspannung: Man übermittelt ihnen die sogenannten* „Einlagen" (Lageänderungen), ohne mitzuteilen, ob es Spiel oder Ernst ist. „Sobald eine Einlage eintrifft, ist man beunruhigt, besser gesagt, aufgeregt: Krieg oder Übung? Wir sind nur zu zweit, man kann keinen um Rat fra*gen. Darüber hinaus weiß man*, daß unserer Stellung sofort ein Schlag versetzt werden kann", erzählt dem Korrespondenten der diensthabende Offizier. „Ab und zu kommen solche Einlagen, daß einem der Schweiß ausbricht", beichtet ein anderer. „Aber für Emotionen gibt es keine *Zeit, man muß handeln*... *Wir sind* bereit, jede Minute den Befehl auszuführen, falls er kommt. Wir begreifen, wie folgenschwer die Lage sein wird, falls unsere Rakete nicht fliegt." Und falls sie fliegt?

Diese im Frieden künstlich erzeugte Psychose im Raketenbunker bezeichnet man in der Sowjetarmee als „die Schlagbereitschaft". Der Raketenoberkommandierende Tolubko definiert sie wie folgt: „Das ist die *Fähigkeit, jeden Augenblick auf* Befehl des Obersten Kommandos einen niederschmetternden Vergeltungsschlag zu führen. – Und dies zum vorgeschriebenen Zeitpunkt, mit garantierter Treffsicherheit der gegnerischen Objekte unter beliebigen, sogar schwierigsten Bedingungen. Bei dieser Schlagbereitschaft geht es nicht um Stunden, sondern um Sekunden."

Warum eigentlich um Sekunden? fragt man sich. Ja, der Aggressor hat zugeschlagen, man wird zurückschlagen. Aber woher dieser Zeitdruck?

Der Korrespondent erläutert: „Jeder Offizier kennt hier die sogenannte Flugzeit, also die Zeit, die eine Pershing 2 oder eine Minuteman 3 braucht, um ganz konkret seinen Silo zu erreichen. Jeder Offizier weiß auch: Falls er den Startschlüssel drehen wird, tritt er in einen Weltkrieg ein." Wieso tritt er ein? Der Aggressor hat schon den Krieg entfesselt, er hat *ja die Sowjetunion nuklear angegriffen*. Man ist schon im Krieg.

Oder eben nicht? Dann aber handelt es sich um keinen Vergeltungsschlag; dann treten sowjetische Offiziere auf Befehl des obersten Kommandos tatsächlich in einen Weltkrieg ein – aber nicht als *Verteidiger*, sondern als Angreifer.

„Wir kennen ganz genau die Flugzeit bis zu unserer Stellung. Innerhalb dieser Zeit müssen wir unsere Gefechtsaufgabe erfüllen." Man war*tet also nicht den Schlag* des Gegners ab; man schlägt selbst zu.

Das ist eine sehr ernste Frage. Ungewollt *oder* bewußt deutet die „Prawda"-Reportage darauf hin, daß *Moskau das Prinzip „Abschuß auf* Vorwarnung" für seine Raketentruppen eingeführt hat. Das ist ein bekanntes, aber gefährliches und daher international verworfenes Prinzip: Sobald Vorwarnsysteme zu Recht oder zu Unrecht den Anflug fremder Raketen vermuten lassen und bevor diese tatsächlich angelangt sind, schießt *man eigene Raketen ab*. Somit tritt man tatsächlich in einen nuklearen Weltkrieg ein, und *zwar* unwiderruflich.

Abschuß bei Vorwarnung: Geplanter Präventivschlag

Sollte sich herausstellen, daß es sich *um einen Fehler im Computer*, um eine Störung im Vorwarnsystem, um ein unerforschtes Naturphänomen handelte oder auch um eine Provokation von *interessierter* Seite – oder schließlich um einen Angriff, aber mit konventionellen, nichtnuklearen Bombern und Raketen – egal: Es gibt kein Zurück mehr.

Nochmals: Das Prinzip „Abschuß auf Vorwarnung" ist folgenschwer. Der Friede in *unserer geteilten Welt* basiert auf Abschreckung, nicht auf Präventivschlägen. Solche Schläge öffnen für Irrtum und Lüge Tür und Tor. Hitler griff die Sowjetunion unter dem Vorwand einer angeblich bevorstehenden sowjetischen Aggression an. Mit dem angeblich unmittelbar bevorstehenden Einmarsch der *Bundeswehr wurden der Mauerbau* in Berlin und die sowjetische Invasion in die CSSR 1968 begründet. Der koreanische Jumbo-Jet wurde von den Sowjets mit einer Rakete abgeschossen unter dem absurden Vorwand, *daß* er auf einem „Spionageflug" gewesen sei. Auch der US-Major Nicholson wurde von sowjetischen Wachposten ohne jede Überprüfung kurzerhand erschossen.

Sollte sich diese gefährliche Tendenz, bedenkenlos „präventiv" zu schießen, auch im Bereich der sowjetischen strategischen Raketen einnisten, wird die Lage kompliziert. Der Westen *täte gut daran*, nicht zuletzt in Genf die Sowjets mit vollem Ernst zu fragen: Haben sie tatsächlich das Prinzip des „Abschusses auf Vorwarnung" für ihre strategischen Raketentruppen eingeführt oder hat die „Prawda" Unsinn veröffentlicht?

Vermutlich um das düstere Bild der in Betonlöchern vor „Einlagen" zitternden Offiziere mit Startschlüsseln zum Inferno abzumildern, endet der Autor mit der Schilderung menschlicher „Schwächen" eines Offiziers: Er liebt Blumen und Poesie. Sein Lieblingsgedicht wird abgedruckt:

- „*Die* Erde, wie die Zeiten der Zukunft/
- ruht auf Raketen-stählernen Kolonnen/
- hoch soll sie leb'n/
- Raketentruppenzunft mit ihren kampfbereiten Garnisonen!"

„Die Erde ist des Herrn", sagte der Evangelische Kirchentag. „Die Erde ist der Raketen", sagen die Sowjets. Die Kluft zwischen diesen Einstellungen läßt sich mit keinen Schmähreden vom „Krieg der Sterne" überbrücken.

Die „Prawda"-Reportage straft die Anti-SDI-Parolen auf ihrer Rückseite Lügen. Ohne es zu wollen, liefert sie ein wichtiges Argument für SDI: Sie zeigt nämlich mit aller Klarheit, wie notwendig und wichtig eine zuverlässige Raketenabwehr ist. Denn letzten Endes kann nur sie uns im Atomzeitalter von den Gefahren der Psychose *unterirdischer Offiziere und ihrer* Obrigkeit radikal befreien.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nur Zufall?

„Genschers Kontinuität"; WELT vom 5. Juni

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

wer Genschers Politik im südlichen Afrika verfolgt, ist genau darüber orientiert, daß der Außenminister seit Jahren die engsten Beziehungen zu der von Moskau gesteuerten *Swapo-Terroristenbewegung* und deren Exponent Sam Nujoma unterhält. *In voller Abstimmung* mit dieser Politik greift Genscher systematisch in rüdester Weise die südafrikanische Regierung an, obwohl sich Südafrika angesichts seiner wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung (s. Ihr Mitarbeiter Klaus Jonas in der WELT vom 4. Juni, Artikel *„Bumerang"*) zu einer Existenzfrage für die westliche Welt entwickeln kann. *„Alles nur zufällig"*?

Mit Sicherheit nicht. Ich erinnere an Genschers Ausspruch anläßlich des Banketts, das der von Moskau favorisierte Staats-Chef Mugabe bei seiner Machtübernahme in Rhodesien *gab. Genscher damals: „Und nun* werden wir die unterdrückten Schwarzen in Südafrika befreien" – ein schönes Beispiel für die von Moskau weltweit angewandte Ausdrucksweise.

Das sind die ostpolitischen Umtriebe Genschers, sehr viel früher, als von Ihnen analysiert. Moskau kann sich *einen besseren „kontinuierlichen"* Interpreten seiner Politik im südlichen Afrika nicht wünschen.

Mit freundlichen Grüßen
F. Meier,
Bad Pyrmont

Vernebelung

„Leserbrief: „Neue Armut"; WELT vom 30. Mai

Die Ausführungen von Christoph Böhr in Ihrer Ausgabe vom 30. Mai 1985 könnten um die effektiven Zahlungen für die Jahre *1970* bis *1983* ergänzt werden. Danach betrugen die Ausgaben für Sozialhilfe im Bund 1970 rd. 3,5 Milliarden Mark. Sie stiegen bis 1983 auf 19,9 Milliarden Mark, mithin um 474 Prozent!

Im Zeitraum von 1970 bis 1978 beschloß dieselbe Bundesregierung mit *Unterstützung des Bundestages* 14 Maßnahmen zur Stabilisierung von Konjunktur und *Förderung* der Beschäftigung in Höhe von rd. 21 Milliarden Mark. *Außerdem* beschlossen die Regierungschefs von Bund und Ländern 1978 ein bis 1982 reichendes Programm zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen in Höhe von rd. 1,1 Milliarden Mark. Auch diese Zahlen zeigen, daß die sozial-liberale Koalition nicht nur zu einer Steigerung der Zahlungen an Sozialhilfe-Empfänger, sondern auch zu einer erheblichen Ausweitung der *Sozialhilfe-Leistungen* beigetragen hat. Die „Neue Armut" ist deshalb ein Etiketten-Schwindel, mit dem die Fehlleistungen der sozial-liberalen Koalition auch auf sozialem Gebiet vernebelt werden sollen.

E. A. Osthold,
Göttingen

Reichsautobahn

„Leserbrief: Hitler und die Autobahn"; WELT vom 31. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einiger *Bestürzung las* ich den Leserbrief „Hitler und die Autobahn", in dem ein Loblied auf Hitler gesungen wurde, weil er so schnell in die Schubladen der früheren Reichsregierungen gegriffen hat, die Autobahn-Pläne herausholte und sie verwirklichte. Die Pläne waren doch liegengeblieben, weil alle Reichsregierungen vor ihm darauf bedacht waren, die Stabilität unter großen Opfern nach der schlimmsten Inflation aller Zeiten (1 Dollar = 4,2 Billionen Mark – in Ziffern: 4 200 000 000 000!) zu erhalten. Sie taten das mit dem gleichen Pflichtbewußtsein gegenüber dem deutschen Volk, mit dem unsere heutige Regierung durch ihre *Sparpolitik erfolgreich versucht*, die von ihrer Vorgängerin geerbte hohe Inflationsrate auf jetzt immerhin nur noch zwei bis drei Prozent zu senken.

Hitler hat sich um die Stabilität der Währung nicht gekümmert. Er kurbelte die Notenpresse an und machte die Reichsmark zu einer Binnenwährung wie die Sowjetunion ihren Rubel. Er bezahlte die Arbeiter an den Autobahnen mit frisch gedrucktem Geld, *das damals in der Welt* außerhalb Deutschlands wertlos war. Erinnern *wir uns doch daran:* Schon kurz nach seiner „Machtergreifung" konnte der durchschnittliche deutsche Staatsbürger nur noch mit zehn Mark in der Tasche *ins* Ausland fahren.

Zu den Autobahnen, die Hitler aus den Schreibtischen seiner Vorgänger holte, gibt es noch ein anderes Beispiel: den Reichs-Arbeitsdient. Auch dafür lagen die Pläne in den Schreibtischen seiner Vorgänger. In den Jahren *1929–1932 bemühten sich die* Reichsregierungen um das Problem *der schon damals erschreckend hohen* Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. *Reichsminister* Gröner war es, der einen Plan für die Beschäftigung *jugendlicher Arbeitsloser entwarf*. Ich glaube, er nannte ihn damals schon Arbeitsdienst.

Beide Beispiele – Autobahnen und Arbeitsdienst – zeigen deutlich, wie man zwar sinnvoll planen, aber ebenso sinnlos vernichten kann.

Mögen heute auch noch so schöne Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslo*sigkeit in vielen Schubladen* liegen. Wir können froh sein, eine Regierung zu haben, die allen Inflationsgelüsten widersteht und nur das akzeptiert, was wir im Interesse der Erhaltung unserer Außenwirtschaft unternehmen können, ohne die Stabilität unserer *Währung zu gefährden*.

Rudolf Schmidt,
Berlin 33

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. *Die Redaktion.*

Wort des Tages

„Es gibt Leute, die unterhalten in ihren Köpfen Fremdenzimmer für die Meinungen anderer Menschen."

Joseph Joubert; franz. Autor (1754–1824)

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Max Bez**, Geschäftsführender Gesellschafter der Firma G. Umbreit GmbH & Co., Buch- und Pressehaus, Stuttgart, feiert am 16. Juni seinen 65. Geburtstag. Seine *berufliche Karriere führte* den Diplom-Volkswirt über die *Industrie- und Handelskammer* Stuttgart auf Wunsch seines Onkels in die damalige Süddeutsche Großbuchhandlung G. Umbreit & Co., um die Nachfolge im Unternehmen zu sichern. Bez war viele Jahre Bezirksdelegierter der Gruppe Württemberg und damit im erweiterten Vorstand des Verbandes Presse-Grosso. Im Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. arbeitete er in verschiedenen Ausschüssen mit, insbesondere im Ausschuß für den Zwischenbuchhandel, dessen Stellvertretender Vorsitzender er von 1970–1973 war. 1970–1972 gehörte er der Abgeordnetenversammlung des Börsenvereins an. Im Verband der Verlage und Buchhandlungen in Baden-Württemberg e. V. war er lange Mitglied des Vorstandes und von 1975–1978 Vorsitzender dieses Landesverbandes.

AUSZEICHNUNG

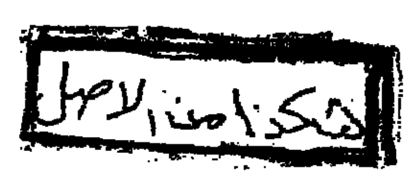
Zwei Landwirte sind in Limburg mit dem *Umweltpreis* des Kreises Limburg-Weilburg ausgezeichnet worden. **Otto Körfer** aus Wirbelau und **Eckard Egenolf** aus Hadamar haben sich gegen Widerstände aus den eigenen Reihen um einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie, die *Förderung* des Artenschutzes und um *eine biologisch-organische* Wirtschaftsweise bemüht. Der mit 2000 Mark verbundene Preis geht je zur Hälfte an die Preisträger.

WAHL

Christopher Dannenmann (46) ist zum neuen Präsidenten des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschlands gewählt worden. Er ist Nachfolger seines Vaters **Arnold Dannenmann** (78), Gründer und bisheriger *Präsident* des Jugenddorfwerks. Christopher Dannenmann *hat Theologie, Religions-* und Geistesgeschichte studiert. 1968 wurde der *Pädagogischer* Mitarbeiter im Jugenddorf Dortmund, seit 1979 ist er Geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Jugenddorfwerk. Mehr als 80 000 Jugendliche leben in 112 Jugenddorf-Einrichtungen oder beteiligen sich an Bildungs- und Ausbildungsangeboten des Werkes.

UNIVERSITÄT

Professor *Dr.* **Wulf-Henning Roth** von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an die Universität Erlangen-Nürnberg erhalten.



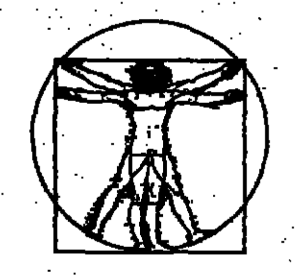
NOTIZEN

Altersbestimmung

Hamburg (dpa) – Das Alter der in São Paulo exhumierten Person, bei der es sich möglicherweise um die Leiche von Josef Mengele handelt, kann mit 80prozentiger Sicherheit auf plus/minus 2 Jahre eingegrenzt werden. Diese Angabe machte der Anthropologe Prof. Rainer Knußmann. Anhaltspunkte sind dabei Schädelnähte, Auflösungserscheinungen an den Markknochen und spezielle Ausbildungen der Beckenknochen. Bei der Identifizierung biete neben dem Knochenbau vor allem das Gebiß wichtige Hinweise.

Neuer IUCN-Präsident

Eschborn (GTZ) – Zum neuen Präsidenten der Internationalen Naturschutz Union (IUCN) ist Dr. M. S. Swaminathan, der Direktor des Reis-Forschungsinstitutes (Philippinen), gewählt worden. Dieser weltweite Zusammenschluß von Organisationen und Regierungsbehörden mit Sitz in



der Schweiz hat sich zur Aufgabe gemacht, die Natur und die natürlich Ressoucen zu erhalten.

Multiple-Sklerose-Risiko

Göttingen (fsp) – Das Risiko, an Multipler Sklerose zu erkranken, ist in den westlichen Ländern abhängig vom Breitengrad des Wohnortes. Besonders gefährdet sind Nordeuropäer und Nordamerikaner. Untersuchungen zeigen, daß wahrscheinlich Umwelteinflüsse in der Kindheit Ursache für eine Erkrankung im Erwachsenenalter sind.

Laser-Technologie

Ulm (dpa) – An der Universität Ulm soll nächstes Jahr ein Institut für Laser-Technologie errichtet werden. Die Kosten werden auf 6,8 Millionen Mark geschätzt. Wissenschaftler versprechen sich von dem Laser-Institut Fortschritte bei der Zerstörung von Krebsgeschwulsten.

In Deutschland gibt es heute kaum noch einen „Winkel", der nicht von Erholungssuchenden überfüllt ist. Beliebtestes Ausflugsziel sind dabei die Wälder rund um die Ballungsgebiete, wo auf nur 7 Prozent der Fläche die Hälfte der Bevölkerung lebt. Hier ist die Landschaft völlig überlastet. Den Schaden davon haben vor allem *Wildtiere und Pflanzen, die eigentlichen* „Bewohner" der Wälder.

Wenn die Freizeitwelle rollt, bleibt die Natur auf der Strecke

Von ROLF ZUNDEL

Untersuchungen zeigen, daß unsere Wälder von 90 Prozent der Bundesbürger als Erholungsgebiet benutzt werden. Insgesamt sind es im Bundesgebiet 1,2 Milliarden Waldbesuche *im* Jahr, *also* durchschnittlich 168 Besuche pro Hektar Waldfläche. Das sind etwa 40 mal mehr Besuche, als die Museen zu verzeichnen haben. Besonders frequentiert sind die leicht erreichbaren stadtnahen Wälder, in denen an schönen Tagen mehr als 10 Personen je Hektar gezählt werden können. So besuchten z. B. an einem Tag 13 000 Personen den 1000 Hektar großen stadtnahen Wald von Mannheim.

Obwohl sich die meisten Waldbesucher an Waldspielplätzen, beliebten Aussichtspunkten oder anderen Erholungsschwerpunkten konzentrieren, gibt es viele, die ihre „eigenen Wege" gehen wollen. Sie verlassen die erlaubten Wege und werden zu einer besonders großen Störungsquelle für die Tierwelt. Schon allein unser dichtes Wegenetz, das den Waldbesuchern grundsätzlich offensteht, hat viele Störungen für die Tiere zur Folge. Dies gilt vor allem für die Dämmerung, in der die Wildtiere von ihren Einstands- zu den Äsungsplätzen wechseln.

Tiere gewöhnen sich nicht an die vielen Menschen

Die „Fluchtdistanz", also die Entfernung, auf die ein Tier Menschen herankommen läßt, ist von Art zu Art sehr verschieden. So hat sich das aus dem Orient stammende Damwild besser an den Erholungsverkehr gewöhnt als z. B. das Rotwild. Größere Tiere wie die Hirsche benötigen tagsüber im allgemeinen auch größere Schutzflächen, also z. B. ungestörte und umfangreiche Dickichte.

Die Folgen der Störungen sind außerdem je nach Jahreszeit und Witterung unterschiedlich: Nach langer Schneelage verbrauchen die Tiere bei der Flucht besonders viel von den knappen Energiereserven, bei verharschtem Schnee werden zudem die Läufe des Schalenwildes wundgescheuert. Besonders empfindlich sind viele Tiere bei der Balz (z. B. Auer- und Birkwild) und während der Brut- und Setzzeit. Ein ruhig sitzender Angler kann manchmal mehr Schaden anstellen als eine vorbeiwandernde lärmende Schulklasse, weil sich etwa ein wegstreichender Brutvogel stundenlang nicht an sein Nest zurücktraut.

Die Aktivität der größeren Schalenwildarten hat sich in vielbesuchten Gebieten auf die Nachtzeit und allenfalls noch auf die morgendliche Dämmerungszeit verlagert. Die Wildschäden, etwa das Abnagen der Baumrinde, *haben dadurch zum* Teil stark zugenommen.

Gleichzeitig wird die Bejagung immer schwieriger. Diese ist aber wichtig, um eine den Standortverhältnissen angepaßte Wilddichte zu erhalten. Eine Überpopulation führt leicht zu Wildkrankheiten und zu einer Verarmung des Mischwaldes und der Bodenflora. Das Waldsterben wird künftig zusätzlich zur Herabsetzung zu hoher *Wildbestände zwingen,* damit ausreichend Jungwälder nachwachsen können.

Besonders große Störungen gehen aber von den Erholungssuchenden aus, die die Wege verlassen, etwa von den Beeren- und Pilzsammlern. Auch Jogger verlassen oft zur Unzeit die Wege *und suchen sich ihre eigenen* Trampelpfade; Ski-Langläufer kann man zunehmend abseits der Loipen antreffen. Ein Problem stellen auch die Reiter dar, zumal *wenn* sie in Gruppen auftauchen. Weitere Störungen gehen schließlich von streunenden Hunden aus.

Bei dem immer deutlicher werdenden Konflikt zwischen Erholungsverkehr und Wildtierschutz geht es nicht nur um die Beeinträchtigung von Tieren, die dem Jagdrecht unterliegen. Über diese weiß man am besten Bescheid, zumal es sich um größere, relativ leicht zu beobachtende Tiere handelt. Ebenso gestört werden aber auch andere empfindliche Tierarten, von denen viele laut „Roter Liste" vom Aussterben bedroht oder sehr gefährdet sind. Nicht umsonst enthalten die Naturschutzgesetze zum Schutz dieser Tiere ein Verbot des Nachstellens durch Fotografieren oder des Besteigens von Brutbäumen. Manch seltenes Tier fällt sogar der Angst des Menschen zum Opfer: So werden z. B. oft harmlose Blindschleichen erschlagen.

Es ist daher notwendig, die Bevölkerung über ökologische Zusammenhänge und über das Verhalten der Tiere in Wald und Flur aufzuklären. Andererseits muß sorgfältig geprüft werden, *ob es ausreichende und* attraktive Einrichtungen gibt, die den Strom der Erholungssuchenden abfangen können. So hat man in der Langen Rhön und im Schwarzwald durch eine Verlegung von Langlaufloipen und entsprechend *gute* Loipenpflege erste Verbesserungen zur Rettung des gefährdeten Birk- und Auerwildbestandes erreicht.

Abwägung der Bedürfnisse von Mensch und Natur

Schließlich ist an eine Novellierung der Wald- und Naturschutzgesetze zu denken, die im Zuge der in den 70er Jahren aufgekommenen „Freizeitwelle" Wald und Feld wie kaum in einem anderen europäischen Land für die Erholung geöffnet haben. Notwendig ist eine gesetzliche Sperrung der Forstdickichte sowie *ein spezielles Wegeverbot in den* Dämmerungszeiten und ein ganztägiges Verbot in den Wildtier-Schutzgebieten („Naturruhezonen"). Das Reiten *muß auf gekennzeichnete* Reitwege beschränkt bleiben, und für Hunde muß zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni Leinenzwang erlassen werden.

So könnte ein wichtiger Beitrag zum Arten- und Biotopschutz geleistet werden, ohne daß der berechtigte Anspruch der Bürger auf die Erholung in Natur und Landschaft gravierend oder gar unzumutbar eingeschränkt würde. Wichtig ist darüber *hinaus, daß bei Änderungen der* Gesetze mehr Bundeseinheitlichkeit angestrebt wird, als das bisher der Fall war.

Professor Rolf Zundel ist Direktor des Institutes für Forstpolitik, Holzmarktlehre, Forstgeschichte und Naturschutz der Universität Göttingen.



5 µm Keine Tropfsteinhöhle, sondern Nickelfasern in einem Verbundwerkstoff FOTO: MPG

Die neue Generation von Werkstoffen

Vor 50 Jahren wurde das Max-Planck-Institut für Metallforschung in Stuttgart eröffnet

Von LUDWIG KÜRTEN

Das Max-Planck-Institut für Metallforschung feiert am 21. Juni seinen 50. Geburtstag. Das Institut war wesentlich daran beteiligt, Aufbau und Eigenschaften von Metallen und Legierungen zu untersuchen und neue Werkstoffe für verschiedene technische Anwendungen zu entwickeln. Die Leichtigkeit, mit der Metalle sich verformen und bearbeiten lassen, und ihre Eigenschaft, den Strom zu leiten oder Legierungen mit neuartigen Eigenschaften zu bilden, haben sie in der Technik zu einem unersetzlichen Werkstoff gemacht.

Die Anfänge in Berlin

Schon 1921 hatte die damalige Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die später in Max-Planck-Gesellschaft umbenannt wurde, in Berlin ein Institut für Metallforschung ins Leben gerufen. Zunächst arbeitete diese Einrichtung in Neubabelsberg, später wurde sie wegen der zunahmenden Geldentwertung dem Staatlichen Materialprüfungsamt in Dahlem angegliedert. Als sich während der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre die wirtschaftliche Lage in Deutschland weiter verschlechterte, mußte das Institut seine Arbeit aus Geldmangel ganz einstellen. Schon 1935 wurde dann aber in Stuttgart die Arbeit wiederaufgenommen.

Heute arbeiten dort 260 Mitarbeiter, darunter 66 Wissenschaftler. Hinzu kommen 110 wissenschaftliche Gäste. Sie forschen an Werkstoffen für die Technologien der Zukunft. Dazu gehören inzwischen längst auch nichtmetallische Materialien.

Daneben laufen Untersuchungen über Störungen im regelmäßigen Aufbau von Kristallen. Diese sogenannten Fehlstellen sind wichtig bei *der Herstellung von Halbleitern.* An Hand der Erforschung der Metalle hat man gelernt, worauf die Zähigkeit und Festigkeit von Werkstoffen beruht.

Die Übertragung dieser Kenntnisse auf andere Materialien, zum Beispiel auf die keramischen Stoffe, hatte eine wesentliche Verbesserung der Eigenschaften zur Folge. So setzt man Keramik heute zum Beispiel in Bereichen ein, in denen erhöhte Temperaturen, Korrosionsgefahr und starker Verschleiß auftreten.

Das Bild zeigt eine rasterelektronenmikroskopische Aufnahme eines sogenannten Verbundwerkstoffes. Darunter versteht man eine Verbindung aus verschiedenen Materialien, durch die deren wesentliche Eigenschaften in vorteilhafter Weise miteinander verknüpft werden.

Neue Verbundwerkstoffe

Es handelt sich hier um Nickelfasern, die in Silber eingebettet sind. Ein solcher Faser-Verbundwerkstoff kann durch Bündeln oder Ziehen aus Nickeldrähten hergestellt werden, die mit Silber ummantelt sind. Er wird in der Elektrotechnik als Kontaktmaterial verwendet.

Allerdings sind die Fasern bei erhöhter Temperatur nicht stabil, sondern zerfallen in Bruchstücke, die sich weiter in Kugeln umformen. Dieser Zerfallsprozeß, der die Möglichkeit begrenzt, Werkstoffe mit extrem dünnen Fasern (kleiner als 1 tausendstel Millimeter) herzustellen, ist auf dem Bild festgehalten. Die Probe wurde dazu etwa 12 Stunden lang auf 650° C aufgeheizt, anschließend wurde das Silber durch Tiefätzen weggelöst.

Wenn Singles reisen – Lust auf zwangloses Zusammensein oder panische Flucht aus der Einsamkeit?

Selten erreichen sie die Startrampe ins Glück

Mehr als 14 Millionen „Alleinstehende" gibt es in der Bundesrepublik – sagt das amtliche Statistikdeutsch. Eine umworbene Zielgruppe *für Touristik-Manager,* sollte man meinen. Denn Singles – das ist erwiesen – machen länger Urlaub, fahren weiter weg, die Ausgaben für die Freizeit sind – durch den ständigen Drang nach Aktivität – weit höher, als der Durchschnitt bereit ist, für Nebenkosten zu zahlen. Und: Sie stehen allesamt in dem Ruch, gar nicht allein sein zu wollen und in Wirklichkeit nichts anderes heißer zu ersehnen, als endlich den richtigen Partner fürs Leben zu finden.

Als Startrampe ins Glück zu zweit sozusagen empfehlen sich Single-Clubs, Ehe-Institute, aber auch Reise-*Veranstalter. Sie spekulieren dar*auf, daß viele Singles in der Hektik des Berufsalltags häufig nicht die Chance haben, den Mann oder die Frau fürs Leben kennenzulernen. Im Urlaub ist das alles anders, die neue Umgebung, der Klimawechsel machen gelöster, heiterer und aufgeschlossener. Aber stimmt es denn, daß Solisten mit Vorliebe Ferien ma*chen zu dem Zweck, jemanden fürs* Leben kennenzulernen? Noch niemand hat die „Erfolgsquote" gemessen – Tatsache aber ist, daß von den *etwa vier Millionen alleinreisenden* Bundesbürgern fast ein Drittel Pauschalangebote für Clubs oder Gruppenstudienreisen bucht, daß also *Einzelgänger in den „schönsten* Wochen des Jahres" in die Gruppe flüchten. Der Wunsch dazu ist vor allem bei den Frauen verständlich: *Zu häufig sind alleinreisende* Damen in Hotels Gäste zweiter Klasse, der „Katzentisch" oder das Zimmer am

Gesucht: Urlaubsbekanntschaft, männlich – 19.30 Uhr, ZDF

Lift, der nachlässigere Service sind langläufige *Urteile, die auf schlech*ten Erfahrungen basieren.

Vielen Hotels wäre es am liebsten, die Singles verreisten möglichst nur in der Nebensaison – denn dann macht es sowieso nichts aus, die Doppelzimmer auch an einzelne zu vermieten und so die Betten zu füllen. Allerdings scheinen die Alleinreisenden den Hoteliers und Reiseveranstaltern diesen Gefallen nicht zu tun – wie Familien auch verreisen sie vorwiegend in der Hochsaison.

Bei den Männern liegt der Reisefall schon etwas anders. Das ist jedenfalls die Erfahrung von Wilfried von Kalckstein, selbst erklärter Single und, so sagt er, aus Eigenbedarf Reiseveranstalter für diese Spezies Mensch geworden. 99 Prozent der Männer suchten danach lediglich die Partnerin auf Zeit, nur „wer zu jung oder zu gut ist für diese Welt", könne etwas anderes glauben.

So lukrativ dieses Publikum im *Schnitt ist, so schwierig scheint* es auch zu sein. Mancher Veranstalter gab es auf, gesonderte Programme für die Singles zu schneidern. Etwa Franz Gastager, der seine Reisen 1972 als aufwendige Pioniertaten feierte. Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern zu erreichen – denn das sehen die Alleinreisenden in einer geschlossenen Gruppe immer als selbstverständlich an –, habe er in sämtlichen Männerzeitschriften und Sportillustrierten annonciert und deshalb *große* Verluste *gemacht.* „Die Mannsbilder haben alle den Playboy-Komplex und denken, sie hätten's nicht nötig." So ist das Mißverhältnis dennoch auffallend: Zwei Drittel der Alleinreisenden sind Frauen, ein Drittel Männer.

Der Hamburger Freizeitforscher Horst W. Opaschowski fand wesentliche Gründe für das Reiseverhalten von Singles heraus. Er schreibt in einer Untersuchung, daß die meisten „ganz einfach viel unternehmen" und mit „netten Leuten zwanglos zusammen sein" wollen. Viele allerdings, so Opaschowski, planen Wochenende und Urlaub weit voraus und geraten dann in eine Freizeithektik, die an das laute Pfeifen eines Furchtsamen im dunklen Wald erinnert.

Also doch Flucht in die Gruppe vor der Einsamkeit? Kalcksteins Single-Travel hat da eine neue Philosophie entwickelt. Sie will kein Reiseclub für Sexwütige oder Heiratswillige sein, sondern im Pauschalpreis auch ein neues Urlaubsgefühl anbieten: „Wir Single-Traveller sind ein Großfamilie." GABRIELE HERLYN

KRITIK

Sülze aus dem Hotel

In der 49. Minute sagt der Hotelgast Carlos: „Ich wollte Ihnen gerade verraten, ich liebe Klischees." Der Fernsehzuschauer weiß es schon seit der Minute 12: Das üppige Fernsehstück **„Hotel"** *(ZDF)* nach dem Roman des Arthur Hailey ist ausschließlich von Rollen aus dem Typenkasten bevölkert. Von der Wirklichkeit unterscheidet sich das Großmärchen aber vor allem durch die moralische Qualität des Personals. Sie sind alle gut bis edel: die Hotelbesitzerin, eine Kosmetikmumie, ist hilfreich und gut; ihr Manager ist, wie man so schwätzt, zutiefst menschlich; die Gäste sind mehrheitlich nobel und von gütiger Grundbeschaffenheit. Sogar das Hotelcallgirl zeigt nebst aufregenden Schenkeln Stolz und Berufsethos. Nur die vier Bengels aus den besten Kreisen, die den Ruf des Hotels durch eine gemeinschaftliche Vergewaltigung in Gefahr bringen, fallen aus dem Rahmen.

So geht das im Hotel St. Gregory auf und ab. Da und dort keimt Liebe auf, ein junges Paar treibt es in einer Super-Suite, eine alternde Spätsom*merliebe tut's in einer zweisitzigen* Schaumbadewanne, ein noch älterer Herr stirbt glücklich nach gehabter Liebesnacht, der Hotelmanager enga*giert eine Assistentin, von der er erst* 30 Minuten nach den Zuschauern merkt, daß er sie liebt – der Traualtar wird schon geputzt, wetten daß?

*Freilich, irgendwann singt die Mor*gan Fairchild ein Lied, aber dieser Lichtblick dauert maximal zwei Minuten von den 90 der schieren Zumutung *des Films. Freilich ist der gran*diose Film zwar Leerlauf, aber von ausgebufften Handwerkern ihres Fachs gezimmert. Freilich, freilich, freilich ...

Nur: Es ist nichts daran, was die Aufnahme dieser Sülze in das Programm des größten europäischen Fernsehsenders rechtfertigt. Und zwei Dutzend Folgen stehen uns noch bevor. Wenn sie alle so sind wie der Pilotfilm, na, denn ade, Fernsehen! Dann schauen wir in der Zeit lieber in den Hof hinunter, wo der Dackel des Nachbarn seine Bäume sucht. Oder *wir kaufen uns eine Kassette mit dem* „Hotel Sacher", wenn es denn schon ein Hotel sein soll.

VALENTIN POLCUCH

Emanzipation ja, Emanzentum nein

Günter Gaus, der gern **„Deutsche"** *(ARD) von hüben und drüben in* Gespräche verwickelt, befragte diesmal Eva Rühmkorf, SPD-Politikerin aus Hamburg (schon die Großmutter *gehörte dieser Partei an),* Ehefrau des Schriftstellers Peter Rühmkorf.

Ob die späte Sendezeit sowie die verschämten, bisweilen auch etwas beschämenden Fragen von Gaus nun allerdings der Emanzipations-Utopie der Eva Rühmkorf (die privat und als Chefin der „Hamburger Leitstelle zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau" antwortete) gerecht zu werden vermochten, ist eine Sache.

Eine andere Sache *hingegen ist,* daß hier das Kurz-Portrait einer Frau zustande kam, die – erfreulicherweise – so gar nichts von jenen skurrilen (nicht immer zu Unrecht) verspotteten, belachten und schließlich persönlich unglücklichen Emanzen an sich hat, die der Sache der Frau wohl oftmals mehr schaden als nützen.

Nein, hier sprach eine an ihrer Utopie (an deren Umsetzbarkeit die Rühmkorf glaubt) gereifte Frau über Dinge, von denen sie etwas versteht, über die sie (praxisorientiert) nachgedacht hat, ebenso über die allgemeine Situation der Frau in unserer Gesellschaft, in der Familie, in der Arbeitswelt, im Bewußtsein oder in der Hackordnung der Männer, im Planspiel der Politiker.

Befragt, ob sie Emanzipation präzise definieren könne, mußte die Rühmkorf allerdings eingestehen, daß ihr dies – bis heute – nicht möglich sei. Wohl fiele es ihr nicht schwer, einige Deutungsvarianten einzubringen, etwa gestärktes Selbstbewußtsein der Frau, gerade der finanziell abhängigen Frau, Gleichstellung im Beruf, in der Politik, in der Bildung etc.

Doch der eigentlich Prozeß, so schloß Frau Rühmkorf ihre Emanzipations-Meditationen ab, der müßte sich grundsätzlich im sozialen Bewußtein dieser Männer-Gesellschaft abspielen. Ja, das wissen wir.

Aber wann werden Frauen wie die Rühmkorf (und damit wir alle) sagen können: Schön, daß es erreicht ist?

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Bitte umblättern
Der Freibeuter (1)
Dreiteiliger Fernsehfilm
12.10 Reportage am Montag
Schlesien '85
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
Das Unterhaltungsmagazin berichtet diesmal über die Krimi-Autorin *Helga Riedel, beobachtet* den Arbeitsalltag der Ballettänzerinnen und stellt die britische Modedesignerin Katharine Hamnett vor.
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin mit Funkes Laden (3)
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Sechs neue Folgen
Das Wildleben auf Cape Canaveral, dem Raumfahrtzentrum der Nasa, stellt Tierfilmer Heinz Sielmann *in den Mittelpunkt seiner Beobachtungen. Zu seiner großen Überraschung entdeckte er hier in unmittelbarer Nähe von Raketenabschußrampen eine unglaublich vielfältige Fauna.*
21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
Themen:
Kohls Spendenwaschanlage / Krank durch Klimaanlagen / Der Wunderdoktor aus dem Frankenwald
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Magnum
Hereingelegt
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Der kulturelle Alltag in der Millionenstadt Peking, ein von dem Multimillinär Calousti Gulbenkian finanziertes Ballettspektakel und das Theaterleben während des islamischen Fastenmonats Ramadan sind die heutigen Themen von Hansjürgen Rosenbauers Kulturmagazin.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Gesucht: Urlaubsbekanntschaften, männlich
Fernsehfilm von Wolfgang Mühlbauer
Mit Monika Baumgartner, Vérénice Rudolph u. a.
Für ihre geplante Urlaubsreise *brauchen Jenny, Moni, Hellen und* Gisa noch männliche Begleitpersonen und geben deshalb eine Kontaktanzeige auf. Der Zuspruch auf diese Annonce ist unerwartet groß, und die Damen haben nun *die Qual der Wahl ...*
21.12 Mach mit der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Udo van Kampen stellt den zukünftigen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall vor: den 48jährigen Mannesmann-Manager Werner Stumpfe.
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Basketball-EM
Finalrunde in Stuttgart
Reporter: Rüdiger Luding
22.30 Ein Leben lang
Franz.-ital. Spielfilm (1974)
Mit Marthe Keller, André Dussollier, Charles Denner und Gilbert Bécaud
Regie: Claude Lelouch
0.30 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
Ein genialer Einfall
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Hoppla Lucy
18.30 APF blick
18.45 Unsere tollen Tanten
Österr. Spielfilm (1961)
Mit Gunther Philipp, Vivi Bach, Hannelore Bollmann u. a.
Regie: Rolf Olsen
20.30 Kulturmagazin
21.30 APF blick
22.15 Die Stadt der Verlorenen
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit John Wayne, Sophia Loren, Rossano Brazzi u. a.
Regie: Henry Hathaway
Auf der Suche nach seinem Vater, der in der Sahara verschollen ist, gerät Paul Bonnard in eine merkwürdige Gesellschaft. Die Begegnung mit dem ehemaligen Freudenmädchen Dita und dem Schatzsucher Joe wird für ihn zum Schicksal ...
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Vier Gründerväter:
1. Benjamin Franklin
Film von Klaus Harpprecht
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Alte Freunde
Fernsehfilm von *Fritz Eckhardt*
Unter den Gästen dieser Folge ist ein ehemals berühmter Autor und Filmregisseur. Noch mehr Überraschung verspricht der exzentrische Stammgast Wandrus.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Spitzbergen
20.45 Rückblende
Völker, seht die Zeichen
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Privatisierung – was nun?
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Herren und Sklaven in der Wüste
Die Nomadengesellschaft Mauretaniens
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Computer-Club
19.00 Rund ums Zwiebelmuster
19.15 Startschuß
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Die wirklich Reichen (1)
Vierteiliger Fernsehfilm
Man borgt nur Reichen
22.10 Sie – er – Es
Zeichen der Liebe
22.55 Offerte
23.10 Pogo 1104 (1)
0.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Bilder
„Der Trommler" von Harald Duwe
18.45 Uhlandstraße 4
19.05 Formel Eins
20.00 Mädchen ohne Mitgift
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Ernest Borgnine, Bette Davis, Debbie Reynolds u. a.
Regie: Richard Brooks
21.30 Drei aktuell
21.45 Allerlei Theater
22.30 Das neue Frankfurt
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Einladung
Nur für das Saarland:
20.15 Lebensabend im Heim
21.00 Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Solange du da bist
Deutscher Spielfilm (1953)
22.50 Avec plaisir (9)
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Desert Fury – Liebe gewinnt
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit Burt Lancaster u. a.
Regie: Lewis Allen
20.35 Asterix' Abenteuer
Zeichentrickfilm
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Der Sportstammtisch
23.20 Rundschau

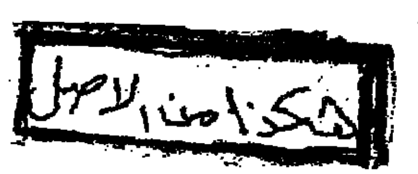
Lufthansa Spezial

Vom 1.7. bis 31.8. ist wieder die ideale Zeit für Familienausflüge. Mit dem Lufthansa Sommerangebot.

Nehmen Sie „Familienausflug" doch einmal wörtlich: wenn Sie zwischen dem 1.7. und 31.8. mit Lufthansa in Deutschland unterwegs sind und den vollen Economy- oder First Class-Tarif zahlen, kosten Hin- und Rückflug für begleitende Familienmitglieder nur noch DM 150 pro Person. Das gilt für Ehepartner und für eigene Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahr (Schüler und Studenten bis zum vollendeten 25. Lebensjahr). Die ideale Gelegenheit also für einen Sommerausflug mit der ganzen Familie.







BASKETBALL / Im Viertelfinale gegen Spanien

Werbung für ein Spiel Der Verband gründete einen eigenen Fan-Klub

ULLA HOLTHOFF, Leverkusen

Der Jubel wollte kein Ende nehmen. Mit Ovationen feierten 4000 Zuschauer den Sieg über Bulgarien und den zweiten Platz in der Vorrundengruppe B. Als die deutschen Basketball-Spieler eine halbe Stunde später den Bus bestiegen, der sie zur Endrunde nach Stuttgart fahren sollte, wurden sie von über 100 begeisterten Fans erwartet und aus Leverkusen verabschiedet. Heute folgt in Stuttgart das Spiel gegen Spanien.

„Eine solche Begeisterung hat Basketball in Deutschland noch nicht erlebt", freute sich Günther Bullinger, der geschäftsführende Präsident des Organisationskomitees. 37 000 Zuschauer kamen zu den Spielen der Vorrunde, 17 200 sahen in Leverkusen die Spiele der deutschen Mannschaft, in Karlsruhe kamen an den ersten fünf Tagen sogar 19 200. Nach dem Erfolg der deutschen Mannschaft ist die Nachfrage jetzt sogar *noch gestiegen: „Man merkt es deutlich* am Vorverkauf. Bisher war nur das Endspiel im Vorverkauf mit etwa 60 Prozent gefragt. Jetzt aber klingelt pausenlos das Telefon. Das Abschneiden unserer Mannschaft hat noch einmal einen kleinen Boom ausgelöst", sagt Bullinger.

Die Hoffnungen der Verantwortlichen im Deutschen Basketball-Bund (DBB) haben sich damit erfüllt. Sie wollten auf der Grundlage der Europameisterschaft „die Begeisterung für Basketball in Deutschland wekken und ausbauen". Deshalb wurde um die Gunst des Publikums regelrecht gebuhlt. Mehrmals täglich erklang in Leverkusen über Lautsprecher der Begeisterungsschrei „das Basketball-Publikum im Leverkusen ist – Spitze!" Untermalt von einer jubelnden Geräuschkulisse und begleitet von lärmenden Zuschauern in Block vier. Dort stand in Leverkusen der harte Kern: 25 Jungen im Alter von 14 und 15 Jahren. Ausgestattet mit Fahnen, Pauken, Fanfaren, Rasseln und strapazierfähigen Stimmbändern. Der offizielle Fanklub des DBB. „Der DBB hat die Vereine angesprochen, ob sie einen Fanklub für die EM gründen wollen", erzählt Helge Kuprella, der Sohn des ehemaligen Leverkusener Nationalspielers. Und Frank Baum ergänzt: „Da waren wir natürlich sofort dabei. Insgesamt haben sich 25 gemeldet. Vom DBB haben wir dann die große Pauke, zehn Fanfaren und die Rasseln bekommen." Gemeinsam mit Carsten, Dirk und Marc, den Mitspielern aus der C-Jugend von Bayer Leverkusen, heizten sie damit fünf Tage lang die Stimmung an.

Dem DBB war es nur recht: „Ich muß sagen, daß die Zuschauer heute wirklich ausschlaggebend waren", *sagte Vizepräsident Hans Leciejewski* nach dem Sieg über Bulgarien. „Sie haben uns über ganz schwierige Phasen hinweggeholfen, und das während der gesamten Vorrunde."

Und die Begeisterung war gegenseitig. „Ich gehe schon seit zehn Jahren zum Basketball. Aber heute, das war der absolute Höhepunkt", schwärmte Ulla Asselborn, 48jährige Kaffeehaus-Besitzerin aus Leverkusen. Und ihre 54jährige Freundin Ingeborg Kirsebauer: „Ich habe zum *erstenmal ein Spiel gesehen. Aber ich* bin begeistert. Die ganze Atmosphäre gefällt mir. All die netten jungen Leute voller Enthusiasmus." Was sie meinte, wurde im letzten Vorrundenspiel der Gruppe B deutlich, als sich Italien und Israel gegenüberstanden. Ein bedeutungsloses Spiel, doch noch immer waren fast 4000 Zuschauer in der Halle. Mit der gleichen Begeisterung wie zuvor die deutschen trieben sie nun die israelischen Spieler zum Sieg.

So hatte sich der DBB das vorgestellt. Mit gezielten Aktionen soll die Begeisterung nun zur Mitgliederwerbung genutzt werden. Im Februar erst wurde das 100 000. Mitglied begrüßt, doch Optimisten hoffen, daß sich die Zahl schon in dreieinhalb Jahren verdoppelt haben wird. Ein spezielles „Programm 200 000" wurde deshalb entwickelt, das im Herbst verwirklicht werden soll. Es beinhaltet „einen Tag des Basketballs und verstärkte Aktionen im Freizeit- und Schulsport. Außerdem wollen wir die Freizeitanlagen weiter aktivieren und die Vereine für Jugendliche mehr öffnen. Wir stützen uns dabei auf Erfahrungen aus anderen Verbänden, die wir ausgewertet haben", erläutert Günther Bullinger. Er hofft, „daß sich ein Funke Begeisterung über die Sommerferien hinwegretten wird".

Tabellen

Eine Überraschung gab es am letzten Spieltag der Vorrunde in der Gruppe B: Israel brachte dem bis dahin unbesiegten Tabellenführer Italien die erste Niederlage bei. Das 92:89 der Israelis kam erst in der Verlängerung zustande. In der Gruppe A sorgte die UdSSR bei ihrem 122:99 über Polen für die bisher höchste Korbausbeute des Turniers.

Gruppe A: Jugoslawien – Rumänien 102:93, Spanien – Frankreich 109:83, UdSSR – Polen 122:99.

1. Jugoslawien	514:464	8:2
2. UdSSR	537:483	8:2
3. Spanien	496:465	8:2
4. Frankreich	479:531	2:8
5. Rumänien	452:488	2:8
6. Polen	457:504	2:8

Gruppe B: Niederlande – CSSR 66:104, Deutschland – Bulgarien 73:70, Israel – Italien 92:89.

1. Italien	459:388	8:2
2. Deutschland	445:420	6:4
3. Bulgarien	396:358	6:4
4. CSSR	428:425	4:6
5. Israel	430:434	4:6
6. Niederlande	397:503	2:8

Spielplan

Die Basketball-EM wird heute in der Stuttgarter Schleyer-Halle mit dem Viertelfinale und den Plazierungsspielen fortgesetzt. Im Viertelfinale treffen die Gruppenersten auf die jeweiligen Vierten der anderen Gruppe, die Zweiten auf die jeweiligen Dritten. Daraus ergibt sich folgender Spielplan: **Heute:**

Frankreich – Italien	(18.00)
Spanien – Deutschland	(20.30)
Morgen:	
UdSSR – Bulgarien	(18.00)
Jugoslawien – CSSR	(20.30)

Die Sieger dieser Spiele haben das Halbfinale erreicht, die Verlierer kämpfen um Platz 5. Sollte die deutsche Mannschaft gegen Spanien verlieren, träfe sie auf den Verlierer der Begegnung Jugoslawien – CSSR, sollte sie gewinnen, auf den Sieger dieses Spiels. Das Finale findet am Sonntag statt.

Plazierungsspiele (Platz 9 bis 12) heute: Polen – Israel, morgen: Rumänien – Niederlande (beide 15.30)

Nürnberg und Hannover – ein Beispiel für alle Profiklubs?

Es darf gefeiert werden: das Wiedersehen mit alten Bekannten, Traditionen, die offenbar doch keinen Staub angesetzt haben, vernünftiges wirtschaftliches Verhalten.

Es darf mißtraut werden: daß das Wiedersehen sehr schnell wieder in *Abschied umschlägt, daß Traditionen* doch wieder mit Füßen getreten werden, daß Vernunft mit jedem Gegentor abgebaut wird.

Der 1. FC Nürnberg und Hannover 96, beide schon als deutsche Fußball*meister bekannt, steigen wieder einmal* in die Bundesliga auf. Das ist gut und schön, wobei es des Jubelrufs des wie stets eilfertigen Managers Uli Hoeneß nicht bedurft hätte: „Die Bundesliga gehört einfach zu diesen Städten." Was denn wohl ein verbaler Schuß gegen die nordhessische Provinz um Kassel gewesen sein mag und völlig außer acht läßt, daß die niederrheinische Provinz um Uerdingen immer noch den Pokalsieg über die Weltstadt München feiert, daß sportliche Erfolge aus Ergebnissen und Tabellen abgelesen werden müssen, nicht aus Landkarten. Wer wem was und aus welchen Motiven gönnt oder nicht, mag er mit sich *selber ausmachen.*

Nur der oben angedeutete Gegensatz zwischen Feier und Mißtrauen, das ja durchaus die Mutter der Sicherheit sein kann, bleibt. Nürnberg und Hannover – auch der Fußball kennt seine Pappenheimer, die beiden gehören dazu.

Der Club, der immer noch mit der Vokabel „ruhmreich" geschmückt *wird, stand 1983 mit 6,5 Millionen*

STAND ● PUNKT

Mark Schulden vor dem Kollaps. Heute seien es „nur noch 700 000 Mark Verbindlichkeiten". Bei Hannover 96 gab es nicht einmal mehr Geld zum Heizen der Geschäftsstelle. Der Mann, der die Bilanzen bearbeitete, saß, weil ihn fror, vor den roten Zahlen in Hut und Mantel. Nun kann sich sein Nachfolger daran erwärmen, daß aus Rot (rund zwei Millionen Mark Schulden) Schwarz geworden ist. Ein Erfolg, der Schritt hält mit dem, was sportlich erreicht wurde. Doch zeigt die Erfahrung, daß auf der Weide der Hoffnung viele Narren weiden. Hertha BSC und Offenbach sind deshalb gescheitert, ihnen droht der Lizenzentzug, den 1860 München schon hinter sich hat.

„Wir werden solide wirtschaften, wir bleiben Realisten." Das sind jetzt die Worte, die aus Hannover und Nürnberg zu hören sind. Der Großmarkt alternder Stars soll mißachtet, der Jugendstil beibehalten werden. Keine Einkäufe, Arbeit mit Teams, deren Altersdurchschnitt hier wie dort unter 24 Jahren liegt – das wird zur Zeit propagiert. Schön wär's, wenn das Gültigkeit behielte. Dann nämlich wären gerade Nürnberg und Hannover leuchtende Beispiele für die Klasse, in die sie jetzt kommen, und für die Liga, die sie hinter sich gelassen haben. Stolz sind sie, und viele Tore wollen sie schießen. Hoffentlich setzen sie dieses Sprichwort außer Kraft: Torheit und Stolz wachsen aus einem Holz.

que

RADSPORT / Ein viermaliger Tour-Sieger hat seine Depressionen beim Giro d'Italia überwunden

„Hinault, der Eroberer, ist wieder zurückgekehrt"

KLAUS BLUME, Bonn

Martine Hinault erzählt: „Es gab Tage, da blickte er voller Depressionen schweigend die Wände an. Wenn er überhaupt mal sprach, dann nur davon, nie wieder Radrennen zu fahren. Er habe Angst davor. Anderntags trainierte er wie ein Besessener, um am Abend Pläne zu schmieden – glühend vor Begeisterung. Tags darauf verfiel er wieder in tiefe Depressionen. Das ging viele, viele Wochen so."

Sieben Monate liegt das jetzt zurück, und Madame erinnert sich nicht gern daran. Denn damals befürchtete sie, ihr Mann, der bretonische Profi-Radrennfahrer Bernard Hinault, müsse sich – krankhaft depressiv geworden – im Alter von 29 Jahren in psychiatrische Dauerbehandlung begeben.

Am Sonntag hat Bernard Hinault zum dritten Mal den Giro d'Italia gewonnen. „Es war ein Sieg über mich selbst", befand er am Ziel in Lucca. Die französische Presse flocht ihm Kränze, so wie einst, als er hochtalentierte Stars auf den Straßen Italiens und Frankreichs zu Statisten degradierte. „Hinault – der König von Italien" stand gestern auf der ersten Seite des Boulevardblattes „Le Parisien", und der „France-Soir" hielt dagegen: „Hinault, der Eroberer, ist zurückgekommen."

Den Reportern des „Figaro" vertraute Hinault an: „Das ist nicht ein *Sieg wie jeder andere. Das ist ein* Erfolg, der für all das steht, was ich in den letzten Monaten durchgemacht habe." Hinault meint damit die Zeit von Juni 1983 bis Juni 1985. Damals vor zwei Jahren konnte er, der viermalige Sieger der Tour de France, der Ex-Weltmeister und zweimalige Gewinner des Giro d'Italia, nicht zur Tour antreten. Eine Knieverletzung setzte ihm zu.

Hinault befand sich damals noch in den Diensten des französischen Renault-Konzerns, und die Abwesenheit des Chefs nutzten zwei seiner Adjutanten zum großen Aufstieg. Der angehende Veterinärmediziner Laurent Fignon gewann die Tour, und der kalifornische Zahnarztsohn Greg Lemond wurde Weltmeister. Hinault aber, der kranke Superstar, wurde angesichts dieser Erfolge von Renault nicht mehr gebraucht – und Hinault ging.

Er baute für den französischen Geschäftsmann Bernard Tapie ein neues Team auf, um sich im Frühjahr mit ihm zu überwerfen. Monsieur Tapie, ein Spezialist, der in Schwierigkeiten geratene Unternehmen reorganisiert, erzählte bei den Präsentationen seines Teams „La Vie Claire", was man alles gewinnen werde: die Tour, die Weltmeisterschaft und jede Menge klassische Eintagesrennen. Schließlich habe er genügend Geld in die *beiden Stars Hinault und Lemond* investiert.

Hinault warf Tapie deshalb vor, vom Radsport wirklich nichts zu verstehen. Deshalb solle man sich lieber wieder trennen. Und so traf sich Hinault mit Frankreichs führendem Immobilienhändler Guy Merlin, um mit dessen Geld schnellstens ein neues Team zu gründen.

Monatelang quälte sich der Bretone durch die Frühjahrsrennen. Selbstverständlich erfolglos, denn Verhandlungen und Verärgerungen setzten ihm zu. Die Ära Hinault schien endgültig Vergangenheit zu sein. Und nun? „Ich widme den Giro-Sieg meinem Chef Bernard Tapie", hat er „Le Matin" gesagt. Kehrt der bretonische Dickschädel Hinault auf seine alten Rennfahrertage auf einmal den Diplomaten heraus? Wird es künftig auch keine Dauerfehde mehr mit Tour-Direktor Felix Levitan geben? So nach dem *Hinault-Motto:* „Monsieur, Rennfahrer sind auch Menschen!" Madame Hinault sagt, ihr Mann habe in den letzten sieben Monaten sehr viel nachgedacht . . .

Er hat sich mit Greg Lemond aus*gesöhnt, der einst bei Renault den* Hinault-Rausschmiß mitbetrieb und mit dessen Hilfe er in Italien nun ein großes Comeback feierte. „Gemeinsam mit Greg werde ich auch zum fünften Mal die Tour de France gewinnen", sagt er. Die Vorbereitungen dafür trifft Hinault allerdings allein, bei der Schweden-Rundfahrt. Sein Team kämpft derweil bei der schweren Tour de Suisse.

1986 wolle er dann Greg Lemond helfen, die Tour de France zu gewinnen, und dann zurücktreten. „Greg ist mein legitimer Nachfolger, meine Zeit läuft ab."

GALOPP

Iffezheim: Gute Bilanz

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Über Wettumsätze, die im steten Sinkflug nach unten gehen, Erfolge ausländischer Pferde in deutschen Galopprennen, mangelhaften Komfort für die Besucher auf teilweise veralterten Anlagen, eine dem Tode geweihte Volkswette Rennquintett mit meist an der Grenze zur Lächerlichkeit angelangten wöchentlichen Umsätzen: das waren die herausragenden Themen, mit denen der deutsche Galopprennsport sich in letzter Zeit der Öffentlichkeit präsentierte.

Am Ende des erstmals über sechs Renntage durchgeführten Frühjahrs-Meetings auf der deutschen Nobelrennbahn in Iffezheim konnte endlich wieder einmal eine positive Bilanz gezogen werden. 12 195 762 Mark flossen durch die Kassen des Totalisators, allein am letzten Tag konnten 2 818 970 Mark verbucht werden. Dazu bot Deutschlands Grand-Prix-Galopper Nummer eins, der fünfjährige Hengst Abary aus dem Gestüt Fährhof, bei seinem Sieg über den Zoppenbroicher Hengst Ordos im Großen Preis der Badischen Wirtschaft eine beachtenswerte Leistung. Viele Experten hatten mit einem Sieg von Ordos gerechnet, noch am Vormittag des Rennens war er das meistgewettete Pferd an den Telefonen der Buchmacher, beim Start standen beide Pferde 24:10 auf Sieg. Kassiert haben aber nur die Abary-Wetter.

Für Abary werden in dieser Saison vermehrt Auslands-Starts folgen. Hierzulande ist er nicht zum Deckgeschäft zugelassen, da einer seiner Hoden in der Bauchhöhle festsitzt. Sein Besitzer Walther Jacobs (77) ahnte allerdings schon, warum Trainer Jentzsch Starts in Frankreich meidet, wo man mit den Deckbestimmungen toleranter eingestellt ist: „Der Jentzsch spricht so schlecht Französisch. Deshalb will er da nicht hin." Bleibt der Hengst gesund und büßt auch seine Formbeständigkeit nicht ein, wird er sicher auch noch den Sprung in den exklusiven Kreis der deutschen Millionen-Galopper schaffen. Das sind bislang Star Appeal (1 493 413 Mark), Windwurf (1 315 640 *Mark), Nebos (1 265 955 Mark), Lombard* (1 135 000 Mark), Orofino (1 121 925 Mark) und Königsstuhl (1 028 125 Mark). Abary hat bislang 791 430 Mark gewonnen.

Die diesmal fehlende Internationalität im Grand-Prix wird sich bei der Großen Woche Ende August ändern. Aber nach dem überzeugenden Sieg des „Halb-Schlenderhaners" Slip Anchor vor sechs Tagen im englischen Derby von Epsom sind die deutschen Pferde im internationalen Ansehen unzweifelhaft gestiegen.

MEXIKO

Viel Lob von Beckenbauer

sid, Mexico City

Für Franz Beckenbauer war es „interessant, zwei völlig verschiedene Fußball-Kulturen zu beobachten". Beim 1:0 zwischen Mexiko und England, den beiden nächsten Gegnern der deutschen Nationalmannschaft in Mexico City, hätten „die spielerischen Vorteile der Mexikaner bei 30 Grad Hitze und in dieser Höhenlage im Vergleich zur stärkeren Physis der Engländer den Ausschlag gegeben". Bei der Weltmeisterschaft im nächsten Jahr werde es an gleicher Stelle genauso sein. „Mit Kraft allein ist da nicht viel zu machen", sagte Beckenbauer. Manager Bobby Robson monierte, daß Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter ein Tor der Engländer wegen eines Fouls nicht anerkannte. „Daily Mail" kommentierte die Niederlage damit, daß den Engländern, die am Mittwoch (22.00 Uhr live in der ARD) erster Gegner der deutschen Mannschaft beim WM-Test sein werden, „gegen die schnellen Mexikaner der Atem fehlte". Die Mannschaft des WM-Gastgebers, auf den die DFB-Auswahl am Samstag trifft (20.15 Uhr live im ZDF), nannte Beckenbauer „technisch stark". Die Mexikaner hätten „klug und modern gespielt".

SPORT-NACHRICHTEN

Langer steigerte sich

Woburn (dpa/UPI) – Mit 278 Schlägen gewann der Amerikaner Lee Trevino das mit 260 000 Dollar dotierte Golf-Masters-Turnier im englischen Woburn. Bernhard Langer, der nach drei Durchgängen lediglich auf dem 22. Platz lag, konnte sich im letzten Durchgang auf den zehnten Platz vorschieben.

Galina überlegen

Moskau (dpa/UPI) – Ex-Weltrekordlerin Galina Sawinkowa gewann am Schlußtag des Snamensky-Memorials in Moskau das Diskuswerfen mit *69,38 Meter. Hammerwerfer Juri* Tamm und 400-Meter-Hürden-Läufer Alexander Wassilijew sorgten für die besten Leistungen bei den Männern. Tamm übertraf mit 81,06 m als einziger die 80-Meter-Marke, Wassilijew siegte in 48,85 Sekunden.

Chinesen unter sich

Schwerte (dpa) – Der chinesische Weltranglisten-Zweite Xie Saike gewann in Schwerte den mit insgesamt 100 000 Mark dotierten Tischtennis-Supercup. Bereits im Halbfinale waren alle vier chinesischen Spieler unter sich. Als bester Europäer dieser achttägigen Tournee durch die Bundesrepublik Deutschland erreichte der Düsseldorfer Ralf Wosik in der inoffiziellen Punktewertung den fünften Platz.

Golf: Rekordergebnis

Gütersloh (GAB) – Nordrhein-Westfalens Golfauswahl gewann zum fünften Mal den Länderpokal, einen erst seit sechs Jahren ausgetragenen Mannschaftsvergleich der zehn deutschen Landesverbände. In Gütersloh siegte die Auswahl mit dem Rekordergebnis von nur 47 Schlägen über Platzstandard in den gewerteten drei Vierern und zwölf Einzeln.

Bulgare Bundestrainer

Stuttgart (dpa) – Der Bulgare Boris Stavrev (49) wird Nachfolger des Belgiers Ignaz Corteyn als Bundestrainer der Säbelfechter. Der in Tauberbischofsheim tätige Ungar Tibor Pezsa wird ihm als Assistenztrainer zur Seite stehen.

Leverkusen Fünfter

London (sid) – Für die beste Leistung im Team von Bayer 04 Leverkusen beim Leichtathletik-Europacup in London sorgte Speerwerfer Klaus Tafelmeier mit der deutschen Jahresbestleistung von 86,10 Metern. Den Europacup gewann die Mannschaft von Pro Patria Pierrel Milano vor dem Racing Club de France Paris, Leverkusen wurde Fünfter.

ZAHLEN

Golf

Länderpokal, Mannschaftsvergleich der Landesverbände in Gütersloh: 1. Nordrhein-Westfalen 47 Schläge über Standard 72, 2. Niedersachsen-Bremen 66, 3. Hamburg 77, 4. Bayern 88, 5. Hessen 89, 6. Rheinland-Pfalz 110, 7. Baden-Württemberg 112, 8. Schleswig-Holstein 130. – **Einzelwertung:** Klein (Hanau) 72+75 nach Stechen vor Mund (Wegberg) 72+75, Städler (Wuppertal) 71+76 und Reiter (Braunschweig) 71+76, alle 147. – **Masters-Turnier** in Woburn/England: 1. Trevino (USA) 278 (74+68+69+67), 2. Davis (Australien) 281 (73+67+68+73), 3. Faldo 283 (72+73+69+69), Way (beide England) 283 (73+68+75+67), Ballesteros (Spanien) 283 (71+68+74+70), . . . 10. Langer (Deutschland) 287 (72+74+71+70).

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Südamerika, Gruppe 1: Peru – Kolumbien 0:0, Argentinien – Venezuela 3:0. – Gruppe 3: Paraguay – Bolivien 3:0. – **Aufstiegsspiele** zur 2. Liga, Gruppe Nord, 5. Spieltag: Hummelsbüttel – Essen 2:3, Osnabrück – Hamm 5:0.

TENNIS

Meisterschaften von Frankreich in Paris, Finalspiele, Herren: Wilander (Schweden) – Lendl (CSSR) 3:6, 6:4, 6:2, 6:2, Damen-Doppel: Navratilova/Shriver (USA) – Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) 4:6, 6:2, 6:2, Mixed: Navratilova/Günthardt (CSSR/Schweiz) – Smith/Gonzales (USA/Paraguay) 3:6, 6:3, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 1, 1, 1. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 7, 14, 34, 36, 37, 45, Zusatzspiel: 30. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 14, 12. – Rennen B: 29, 33, 27. (ohne Gewähr)

Koschnick schweigt zu Rücktritts-Gerüchten

Soll Claus Grobecker zum Nachfolger aufgebaut werden?

W. WESSENDORF, Bremen

Spekulationen um Rücktrittsabsichten des Bremer Bürgermeisters Koschnick sind am Montag in der Hansestadt nicht klar ausgeräumt worden. Auf entsprechende Meldungen in den Bremer Tageszeitungen angesprochen, erklärte der Regierungschef: „Was die Presse alles weiß, ist erstaunlich. Kein Kommentar zu den Gerüchten." Am 15. Juni werde er nach Beratungen mit dem Landesvorstand die Struktur des künftigen Senats bekanntgeben und Stellung beziehen. Koschnick: „Der Senat muß verkleinert werden, ob dies zur Halbzeit mit einem ersten Schritt oder erst in zwei Jahren (1987 wird in Bremen ein neuer Landtag, die Bürgerschaft, gewählt) geschieht, werden wir sehen".

Auch eine für den 15. Juni anberaumte und auf den gestrigen Montag vormittag eilig vorverlegte Sitzung des SPD-Landesvorstands brachte wenig Klarheit. Der Landesvorstand habe die Rücktrittsabsicht von Finanzsenator Moritz Thape zur Kenntnis genommen, erklärte SPD-Chef Konrad Kunick vor der Presse. Spekulationen entbehrten jeder Grundlage. „Wir erwarten eine neue Spitzenkandidatur von Hans Koschnick zur nächsten Landtagswahl."

Die Erklärung von Bürgermeister Moritz Thape (65), im Herbst nach 20 Jahren Senatszugehörigkeit aus persönlichen Gründen zurückzutreten, hatte das Nachfolgekarussell für den Senatsposten in Bewegung gebracht. Zusammen mit dem Finanzsenator, der gleichzeitig Bürgermeister der Freien Hansestadt ist, werde – so Kunick – über eine Nachfolge gesprochen. Diese Personalentscheidung sei zudem an den noch festzulegenden Kurs der Sozialdemokraten für die zweite Legislaturperiode gekoppelt. Es gehe dabei um die Strukturierung der sozialpolitischen Arbeit. Mit Personalentscheidungen könne nach einem Parteitag im Juli 1985 gerechnet werden.

Bürgermeister Hans Koschnick will dem SPD-Landesvorstand am 15. Juni den derzeitigen Arbeitssenator und früheren Bundestagsabgeordneten Claus Grobecker als künftigen Finanzsenator vorschlagen. Dieses kurze Statement des Regierungschefs, der an der Landesvorstandssitzung nicht teilnahm, sondern in Bonn um „Aufträge für Bremen" kämpfte, gibt allerdings Gerüchten neue Nahrung, daß Grobecker als späterer Regierungschef aufgebaut werden solle.

Der nur mit knapper Mehrheit gewählte Senator für Arbeit ist zwar in der Hansestadt nicht unumstritten, doch werden ihm die größten Aussichten eingeräumt, Koschnick einmal abzulösen. Der von allen Parteigremien getragene „Kronprinz" der Bremer Sozialdemokraten, Fraktionschef Klaus Wedemeier, ist aber ebenfalls als Koschnick-Nachfolger noch im Rennen.

SPD-Landeschef Konrad Kunick bekräftigte im Gespräch mit der WELT: „Wir wollen Hans Koschnick 1987 erneut als Spitzenkandidaten nominieren." Kunick zeigte sich über Äußerungen Bonner Sozialdemokraten verärgert, die Koschnick bereits als Außenminister in einem Kabinett Rau sehen. „Das entbehrt jeder Logik. Ein aktiver Politiker zieht sich nicht zurück, um auf einen Posten im Jahre 1987 zu spekulieren. Erst müssen wir Sozialdemokraten die Bundetagswahl mit absoluter Mehrheit gewinnen, und dann werden die Minister gewählt."

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer CDU, Peter Kudella, sieht in den Gerüchten und Spekulationen eine zunehmende Perspektivlosigkeit der in Bremen allein regierenden Sozialdemokraten. „Jene, die am beispiellosen Untergang des Landes Bremen mitgewirkt haben, wollen das sinkende Schiff verlassen und die Verantwortung anderen übertragen". Kudella sprach Grobekcker die Qualifikation ab, das Finanzressort zu übernehmen. Grobekcker sei durch seine Bonner Sprüche wenig geeignet, diesen Job auszuführen. Er habe zudem in Bonn zur desolaten Situation der Regierung beigetragen.

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) forderte Koschnick auf, in Bremen zu bleiben und warnte gleichzeitig davor, bei einem Revirement des Senats die für Bremen wichtigsten Ressorts Finanzen und Arbeit zusammenzulegen.

Späth betont Unverletzlichkeit der Grenzen

dpa, Warschau

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat gegenüber dem polnischen Außenminister Stefan Olszowski die Äußerung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf dem Evangelischen Kirchentag hervorgehoben, wonach es nicht darum gehe, „Grenzen zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter zu nehmen". Bei einem Essen anläßlich seines viertägigen Polenbesuches sagte Späth am Sonntag abend in Warschau, dies sei „der Geist, in dem wir unser Zusammenleben in Europa jetzt und in der Zukunft gestalten müssen".

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende bekannte sich zum Warschauer Vertrag von 1970 und unterstrich die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Souveränität aller Staaten in Europa. Ausdrücklich berief er sich auf die Rede Bundeskanzler Kobls vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar diesen Jahres. Bei seinen zweieinhalbstündigen politischen Gesprächen mit dem Außenminister gestern vormittag habe er „viele konstruktive Ansätze" gefunden, sagte Späth. Das gelte für das Verhältnis der polnischen Regierung und Partei zur CDU wie für die Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Polen. Er räumte ein, daß es bei der CDU und führenden Repräsentanten der Partei „einen gewissen Nachholbedarf" bei den Beziehungen zu Polen gebe.

Auch das bevorstehende Schlesiertreffen spielte bei den Gesprächen eine Rolle. Die polnische Seite, die die Reden des Bundeskanzlers zur Lage der Nation und des Bundespräsidenten vom 8. Mai als wichtig wertete, erwartet nach den Worten Späths, daß Kohl auf dem Treffen „einen Schlußpunkt" setze.

Späth hatte zum Auftakt seines Besuches während einer privaten Rundfahrt durch Warschau auch das Grab und die Kirche des von Sicherheitsbeamten ermordeten Priesters Popieluszko besucht. Für gestern abend war eine Begegnung des Ministerpräsidenten mit Polens Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski vorgesehen. Weiter standen Begegnungen mit Vertretern von Partei und Wirtschaft auf dem Programm. Heute besucht Späth die Posener Messe.

Strauß beteuert: Wir wollen ja, daß Helmut Kohl Erfolg hat.

CSU-Vorschlag zur einstufigen Steuerreform „in der Schublade" / Nächster Konfliktpunkt SDI?

PETER SCHMALZ, München

Das sechsstündige Gespräch zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß am vergangenen Freitag hat offenbar zu einer Art atmosphärischer Entspannung zwischen den beiden Unionspolitikern geführt. Führende CSU-Politiker machten gestern nach der Sitzung des CSU-Landesvorstands in München deutlich, daß hiermit die Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit geschaffen worden ist. Der CSU-Vorsitzende zeigte sich zufrieden über die geplanten Maßnahmen bei der Stadtsanierung und Dorferneuerung, die nach seinen Worten eine „erhebliche Investitionswirkung" ausüben werden.

Die „unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten", von denen Strauß unmittelbar nach dem Treffen gesprochen hatte, wollte der CSU-Chef gestern nur noch auf den Punkt der Steuerreform bezogen wissen. Hier habe es sich als unmöglich erwiesen, die CSU-Forderung nach einer einzügigen Reform durchzusetzen. Strauß auf die Frage, ob dieser Vorschlag aktuell bleibe: „Er liegt zur Zeit nicht auf meinem Schreibtisch, sondern in der Schublade." Man habe keine Einigung erzielt, die CSU habe sich auch zu nichts verpflichtet. Immerhin sei die jetzt verabschiedete Reform „ohne Zweifel ein richtiger Schritt auf dem richtigen Weg".

Energisch dementierten die bei dem Gespräch anwesenden CSU-Politiker Berichte, wonach sich Kohl und Strauß angeschrien hätten. Bundesinnenminister Zimmermann nannte die Gesprächsatmosphäre „sachlich und deutlich". Das Treffen habe, so CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, gezeigt, daß man „ohne quälende Entscheidungsprozesse schnell zu guten Ergebnisse kommen kann". Man hätte „sich und uns" viel ersparen können, wenn man den guten Ratschlägen aus Bayern schon früher gefolgt wäre, meinte Tandler und fuhr fort: „Es gibt kein Ergebnis, das wir nicht schon vor Wochen und Monaten gefordert haben."

Die CSU erwartet nun, daß auch die FDP dem neuen Kompromiß zum Demonstrationsrecht zustimmen wird, wonach Vermummung und passive Bewaffnung dann ein strafbedrohtes Vergehen sein sollen, wenn eine friedliche Demonstration in Gewalttätigkeiten ausartet und die Polizei zum Auflösen auffordert.

Auf die Frage, mit welchem Kanzlerkandidaten die CSU 1987 in den Bundestagwahlkampf gehen wolle, meinte Strauß: „Wir werden uns dazu überhaupt nicht äußern." Nach kurzem Zögern fügte er aber hinzu: „Wir haben keinen Grund, aus heutiger Sicht an einen anderen zu denken. Wir wollen ja, daß Helmut Kohl Erfolg hat." Auf Nachfragen meinte der CSU-Vorsitzende, seine „Männerfreundschaft" zu Helmut Kohl sei „ohne Zweifel" intensiver geworden. Dennoch deutete Strauß die deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm als nächsten Konfliktpunkt an: Dies sei am Ende des Treffens zur Sprache gekommen, ein „klares Konzept ist aber noch nicht zutage getreten".

Keineswegs festlegen wollte sich Strauß, ob die CSU bis zum Ende der Legislaturperiode in der Koalition bleibt. Falls der Kanzler gegen den Willen der CSU einen CSU-Minister entläßt, werde die CSU ihre sämtlichen fünf Minister zurückziehen.

„In Europa Druck machen"

Co. Bonn

Die Bundesregierung will die internationale Kritik an ihrer Europapolitik mit einer Gegenoffensive beantworten. „Wir wollen in Europa Druck machen, damit auf dem Europagipfel im Mailand am 28. und 29. Juni wirklich etwas geschieht", erklärten Bonner Diplomaten.

Zu den Angriffen gegen das Veto von Bundesernährungsminister Kiechle in der Agrarpreisfrage und zu der Polemik des Brüsseler EG-Kommissionspräsidenten Delors gegen die angeblich „widersprüchliche Europapolitik" Bonns wurde in Regierungskreisen erklärt: „Wir können nur andere Partner auffordern, zu dem zu stehen, was sie selbst kritisieren. Wenn also unser Veto in der Agrarpolitik angegriffen wird, dann sollten unsere Partner in Mailand nach Möglichkeit ganz auf die Einrichtung des Vetorechts verzichten. Dies wäre folgerichtig."

Vertrauensschutz für Spender

dpa, Köln

Eine Firma darf der Zusicherung eines Finanzamtschefs vertrauen, der erklärt, daß Spenden an Vereine, die politischen Parteien nahestehen, steuerlich abzugsfähig sind. Mit dieser Entscheidung gab das Kölner Finanzgericht den Lemmerz-Werken in Königswinter recht, die Ende der 70er Jahre 130 000 Mark an CDU-nahe „Spendenwaschanlagen" gestiftet hatten und nun rund 70 000 Mark Steuern zurückzahlen sollten.

In einer Mitteilung des Finanzgerichts heißt es dazu, für das Urteil war ausschlaggebend, daß die Klägerin auf die Zusage des Finanzamtschefs vertrauen durfte. Auch konnte das Gericht nicht feststellen, daß die Lemmerz-Werke von der Weiterleitung der Spenden an die Partei wußten oder sich in „vorwerfbarer Unkenntnis über die steuerliche Unzulässigkeit dieses Finanzierungsweges" befanden (AZ.: VII 7 K 52/85).

Gibt Rolf Mengele das Schweigen auf?

DW. São Paulo/Frankfurt

Der in Freiburg lebende Sohn des KZ-Arztes Josef Mengele hat angekündigt, er werde heute zu den jüngsten Erkenntnissen über seinen Vater Stellung nehmen. Gestern haben in São Paulo die gerichtsmedizinischen Untersuchungen der am vergangenen Donnerstag exhumierten Skeletteile begonnen, die eventuell die Überreste des Auschwitz-Arztes sind. Der Polizeichef der brasilianischen Hafenmetropole, der es für ziemlich sicher hält, daß es sich um die Leiche Mengeles handelt, teilte inzwischen mit, es habe sich ein Zahnarzt gemeldet, der möglicherweise Mengele behandelt habe und nähere Aufschlüsse geben könne. Zahnschemata sind gute Identifikationsgrundlagen. Der „Nazi-Jäger" Simon Wiesenthal gibt an, bei dem ungarischen Ehepaar Stammer, bei dem Mengele in Brasilien 13 Jahre lang gelebt haben soll, handele es sich um Juden.

Sowjets probten „Verteidigung" über der Ostsee

cvb. Brüssel

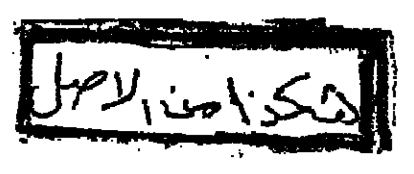
Mit massierten Einflügen sowjetischer Marinebomber aus dem Baltikum hat die Sowjetunion in der vergangenen Woche in der Übung „Zenit" ihre Luftverteidigung im westlichen Vorfeld erprobt. Von informierter westlicher Seite verlautete, daß es sich um eine bisher einzigartige Übung mit mehreren hundert Bomber-Flügen der vorgeschobenen sowjetischen Luftverteidigungskräfte gehandelt habe.

Das Manöver habe sich im wesentlichen über der „DDR" und der Tschechoslowakei abgespielt. Der alliierte Luftverkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland sei dabei nicht gestört worden. Dies zeige, betonten unterrichtete Kreise, daß die Sowjetunion bei Übungen ihrer Luftstreitkräfte die Berliner Luftkorridore nicht in Anspruch nehmen müsse.

Das Besondere an der Übung sei der Einflug sowjetischer Marinebomber gewesen. Darunter hätten sich strategische Bomber vom Typ „Backfire" befunden. Die Maschinen seien nach dem Start im Baltikum über das internationale Seegebiet der Ostsee geflogen und dann in Höhe von Rügen nach Südosten abgedreht, so daß sie der Luftverteidigung als Eindringlinge aus dem Westen erschienen.

Nach der Übung seien mehrere Bomber in der „DDR" gelandet. In so großer Zahl seien Flugzeuge dieses Typs dort zum Tanken und zur Wartung noch nie erschienen. In westlichen Kreisen hieß es dazu, die Sowjets übten dies offenbar, um dem Westen in einem Gewöhnungsprozeß das Erscheinen der Marinebomber im westlichen Vorfeld zur Routine werden zu lassen. Es werde für den Westen dann in einem Ernstfall schwerer zu erkennen sein, daß es sich nicht mehr um eine Übung handle.

Das Manöver der Marine-Luftstreitkräfte und der Luftabwehr war von einer sowjetischen Flottenübung begleitet. Sowjetische Raketen-Schiffe liefen aus der Danziger Bucht auf westlichem Kurs durch die Ostsee. Westliche Beobachter sagten, die zügige Vorverlegung der Marinebomber aus der Sowjetunion sei mit nüchternem Realismus zur Kenntnis genommen worden. (SAD)



Auf die BIZ hören

ed. – Wie geht es weiter mit der Weltwirtschaft? Mehr denn je hängt das davon ab, daß es Washington bald gelingt, mit einer einschneidenden Kürzung des strukturellen Haushaltsdefizits die außenwirtschaftliche Schieflage der auf Pump lebenden größten westlichen Industrienation zu beseitigen. So steht denn dieses Thema zu Recht im Mittelpunkt der aktuellen Betrachtungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Und das um so mehr, als die anderen starken Industrieländer die nachlassenden amerikanischen Wachstumskräfte nicht ersetzen können.

Daß die Baseler Bank der Notenbanken vor einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik warnt, die weder nachhaltiges Wachstum bringt noch Arbeitslose von der Straße holt, sollten gerade auch jene deutschen Politiker zur Kenntnis nehmen, die jetzt, wenn auch aus anderen Erwägungen, einem nur Verwirrung stiftenden Aktionismus verfallen. Und nachdenkenswert ist auch der unmißverständliche Hinweis der BIZ, daß der Preis der Arbeit über das Beschäftigungsniveau entscheidet, wie das japanische Beispiel zeigt.

Im Jahresbericht der BIZ findet man viele „Dauerbrenner", wenngleich die Akzente diesmal zum Teil anders gesetzt sind. Aber ein Thema ist ganz neu: die Auswirkungen der Finanzinnovationen auf die Geldpolitik und auf die Märkte. Das läßt die Furcht ahnen, in der Flut der Novitäten könnten den Notenbankiers die traditionellen geldpolitischen Instrumente davonschwimmen, und die Aktivisten in diesen Geschäften könnten sich übernehmen und damit die Stabilität der Finanzmärkte gefährden.

Kontaktpflege

adh. – Rechtzeitig den Fuß in die Tür und damit in eine erfolgversprechende Startposition zu bringen, empfiehlt der Nah- und Mittelostverein nicht nur seinen Mitgliedern, sondern ganz allgemein den als flexibel bekannten deutschen mittelständischen Unternehmen. Denn nach seiner Einschätzung wird die derzeitige Phase der Stagnation im Bereich der arabischen Ölländer und der Anrainerstaaten nicht auf Dauer sein. Das erwartete Ansteigen des Weltenergiebedarfs Anfang der neunziger Jahre dürfte auch die Nachfrage nach Öl wieder anziehen lassen und sich damit positiv auf die Einnahmen dieser Länder auswirken. Der Rat des Vereins ist gut. Die Japaner haben vorexerziert, wie wichtig es ist, präsent zu sein, durch die Pflege von Beziehungen, auch wenn sie zunächst kein Geschäft bringen. Wer erst in fünf Jahren anklopft, wenn der Zug wieder richtig fährt, könnte zu spät kommen in einer Region, in der verständnisvoll gepflegte Kontakte das A und O für gute Geschäfte sind.

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die USA eindringlich aufgefordert, das Haushaltsdefizit zu reduzieren

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik muß es sein, den Aufschwung in *den Industrieländern in Gang zu halten; daß dies gelinge, sei keineswegs* sicher, sagte der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Jean Godeaux. Er warnte zugleich vor der Wiederbelebung der Illusion, mit einer reichlicheren Geldversorgung könnte die Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Eine solche Politik habe in der Vergangenheit als Motor nachhaltigen Wachstums versagt.

Gefahren für ein anhaltendes inflationsfreies Wachstum lauern nach Godeaux' Einschätzung vor allem in den zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten der USA und Japans und dem noch immer untragbar hohen Dollarkurs, ein Thema, mit dem sich die Baseler Bank der Notenbanken ausführlich in ihrem gestern veröffentlichten Jahresbericht beschäftigt, in dem sie Washington eindringlich zu einer deutlichen Reduzierung des Budgetdefizits, der Hauptursache dieser Fehlentwicklung, auffordert. Die BIZ schließt nicht aus, daß anderenfalls das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in die USA in Mißtrauen umschlägt mit der Folge, daß der ausländische Kapitalstrom zur Finanzierung des Defizits im Haushalt und der Leistungsbilanz eintrocknet. Damit drohe zugleich ein Zinsanstieg, der die US-Wirtschaft in die Rezession treibt und auch die Konjunktur in der übrigen Welt dämpft.

Die BIZ plädiert dafür, daß sich Regierung und Kongreß in den USA unverzüglich auf ein Bündel einschneidender Maßnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits einigen, daß aber die mit der Konsolidierung verbundenen Effekte auf einen längeren Zeitraum verteilt werden, damit die Konjunktur nicht allzu abrupt abbricht.

Nur wenig Chancen sieht die BIZ, daß die auch bei einer „weichen Landung" zu erwartenden dämpfenden Effekte für die Weltwirtschaft von einem stärkeren Wachstum in den übrigen Industrieländern aufgefangen werden. Sie warnt nachdrücklich vor einer expansiven Fiskalpolitik. Den besten Beitrag für eine Verbesserung ihrer Wachstumsaussichten könnten die europäischen Länder durch verstärkte Bemühungen um einen Abbau der Verkrustungen an den Güter- und Arbeitsmärkten leisten.

Unter Hinweis auf gute Erfahrungen in Japan, wo bei praktischer Preisstabilität ein höheres Beschäftigungsniveau als in anderen Industrieländern herrscht, regt die BIZ an, die Entlohnung zumindest teilweise an die schwankende Ertragslage des einzelnen Unternehmens zu koppeln. „Nur wenn sich die gegenwärtige Praxis so weitgehend ändert, wäre es wohl möglich, daß es über den Preis zu mehr Beschäftigung kommt und die Arbeitslosigkeit allmählich abgebaut wird", schreibt BIZ-Generaldirektor *Alexandre Lamfalussy in* seinen Schlußbemerkungen zum Jahresbericht.

Für noch nicht gebrochen hält die BIZ die Inflationsmentalität. Das spiegelten, wie BIZ-Präsident Godeaux auf der Jahresversammlung sagte, die hohen Zinssätze. Da außerdem der Rückgang der Inflationsraten in einigen Ländern neuerdings von einem leichten Wiederanstieg abgelöst worden sei, forderte er von den Notenbanken erhöhte Wachsamkeit. Zu einem Problem für die Geldpolitik könnte die Ausbreitung von Finanzinnovationen und das Verwischen von Unterscheidungsmerkmalen zwischen Instrumenten und Institutionen an den Finanzmärkten werden, betonen die BIZ-Verantwortlichen; sie befürchten, die Notenbanken könnten diese Finanzinnovationen nicht rechtzeitig und ausreichend in den Griff bekommen.

Relativ positiv beurteilt die BIZ die Leistungsbilanzentwicklung in einer Reihe hochverschuldeter Länder der Dritten Welt. Sie hält die Erfolge aber für fragil, weil die Inflation als Folge laxer Geldpolitik, negativer Realzinsen und Lohnindexierungen immer noch außer Kontrolle ist. Besorgt stimme auch die binnenwirtschaftlich ausgerichtete protektionistische Politik, die auf Importsubstitution statt auf Exportförderung ziele.

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG

Ausgabenwachstum lag 1984 über dem Einnahmen-Plus

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die 40 Unternehmen der privaten Krankenversicherung richten auch weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Nach Ansicht des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV) ist der Erfolg dieser Bemühungen entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Ende 1984 waren insgesamt 5,14 (5,08) Mill. Bundesbürger privat versichert. Eine Zusatzversicherung haben darüber hinaus etwa 4,35 (4,1) Mill. Personen.

Nimmt man die Kostendämpfung als Kriterium für den Erfolg, so ist für die private Krankenversicherung das Jahr 1984 ungünstiger verlaufen als das Vorjahr. Im Rechenschaftsbericht des Verbandes wird der Anstieg der Gesamtausgaben mit 5,7 (3,7) Prozent auf rund 12,3 Mrd. DM angegeben. *Das bedeutet zwar immer noch* ein besseres Abschneiden als bei der GKV mit einem Leistungsplus von acht Prozent, dennoch lag das Ausgabenwachstum 1984 nach den günstigeren Jahren 1983 und 1982 erstmals wieder über dem Anstieg des Beitragsaufkommens von 3,2 Prozent auf rund 13 Mrd.

Als Gründe für die gestiegenen Auszahlungen an die Versicherten, sie wuchsen von 9,03 auf rund 9,55 Mrd. DM, werden einmal die bedeutend höheren Aufwendungen für die stationäre ärztliche Behandlung angegeben, die sich allerdings nicht in einer Anhebung der durchschnittlich berechneten Sätze der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), sondern offenbar *im Anstieg der Häufigkeit* von Krankenhauseinweisungen zeigten. Zum anderen seien jedoch die Krankenhaus-Pflegekosten und die Unterkunftszuschläge sowie die Kosten für Heil- und Hilfsmittel überproportional gestiegen.

Im Rechenschaftsbericht des Verbandes stellen dessen Vorsitzender Heinrich Frommknecht und Verbandsdirektor Christoph Uleer „mit Befriedigung" fest, daß die Bundesregierung die Bedeutung des privaten Sektors für das Gesundheitswesen *und die Gefahren seiner finanziellen* Überforderung erkannt hat.

Die Doppelzahlung von Kosten für Arztleistungen im Krankenhaus ist zum Jahresbeginn 1985 eingeschränkt worden, bei der Novellierung der Bundespflegesatzverordnung *sollen die überhöhten Äquivalenzziffern* der Zuschläge für Ein- und Zweibettzimmer gesenkt werden.

Anläßlich des heute beginnenden PKV-Verbandstages hoffen die Versicherer, daß sich in Bonn die Einsicht des Gesetzgebers auch darin niederschlägt, daß Teilzeitbeschäftigte künftig privat krankenversichert bleiben können. Die Verhandlungen mit dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) über die Genehmigung einer Pflegekostenversicherung stehen kurz vor dem Abschluß.

Vor dem großen Schwur

Von JOACHIM GEHLHOFF

„Verzweifeln Sie nicht", rief Bundeswirtschaftsminister Bangemann den deutschen Stahlunternehmern unlängst auf ihrer Verbandstagung zu. Die Regierung werde schon dafür sorgen, daß der 1985 riesige Schlußgalopp mit 30 der dann insgesamt *mehr als 100 Milliarden Mark* EG-Stahlsubventionen, den dabei kärglich subventionierten Deutschen keine neuen Wettbewerbsnachteile bringe. Er versprach es für Bonns künftige Europapolitik und zudem mit diffusem Hinweis auf eine daheim verfügbare „Manövriermasse" an Kompensationen für etwa doch kommende Schäden.

Im nunmehr elften Jahr einer Krise, in der die EG-Stahlindustrie ihren im weltweiten Wandel der Produktionsstandorte unerläßlichen Kapazitätsabbau bis Ende 1985 kaum zur Hälfte vollbracht haben wird, kommt es nun für die Bundesregierung bald zum großen Schwur. Ist ihre neue Stahlpolitik ernst gemeint oder wieder nur (wie so oft bei ihrer sozialliberalen Vorgängerin in den ersten acht Krisenjahren) mal so dahingeredet?

Trotz einer derzeit passablen Stahlkonjunktur, die dem Gros der deutschen Produzenten im dirigistischen EG-Krisenkorsett der Absatzquoten und Preisvorschriften das Auftauchen aus horrenden Verlusten beschert, hat die Frage aktuelle Brisanz. Noch fast ein Fünftel ihrer Walzstahlkapazität oder etwa 25 Millionen Jahrestonnen müßten die Europäer ab Ende 1985 stillegen, um mit dem Rest auch ohne Zwangswirtschaft und ohne Subventionen (die es ab 1986 nicht mehr geben soll) nachhaltig rentablen Absatz zu finden.

Für die Deutschen, mit ihrem Drittel-Anteil an der EG-Stahlerzeugung die größten Produzenten, kulminiert sich das zu einer Kardinalfrage. Sollen sie, die bisher ihre Kapazitäten stärker als die hochsubventionierten Nachbarn abgebaut haben und dafür noch auf Kompensation warten, beim weiteren Abbau erneut die Opferlämmer spielen? Eine erste wichtige Antwort wird vermutlich noch vor der Sommerpause der Europäische Gerichtshof geben. Bundesregierung und Produzentenverband haben dort die Brüsseler EG-Kommission verklagt, weil sie vier Ländern Mitte 1983 rund 40 Milliarden Mark Subventionen ohne entsprechende Auflagen zur Kapazitätskürzung genehmigte.

Vor zwei Wochen hat der Generalanwalt des „öffentlichen Interesses" den Klägern im wesentlichen beigepflichtet und beantragt, das Gericht möge in Höhe von 18 Milliarden Mark *diese Genehmigungen für nichtig* erklären. Denn da müsse die Kommission den Nachteil der Deutschen erst durch zusätzlichen Kapazitätsabbau bei den Subventionierten und/oder durch höhere Produktionsquoten für die Deutschen heilen. Der Heilung mit den gleichen Mitteln bedarf auch noch jener (mit Bonner Zustimmung) gefaßte Beschluß des EG-Ministerrates vom März 1985, der gleichfalls ohne Stillegungsauflagen die Subventionssumme für 1985 um zehn auf 30 Milliarden Mark aufstockte. Skepsis ist angebracht, ob die Brüsseler Heilpraktiker das schaffen.

Immerhin war es die Drohung Frankreichs und Italiens, sie würden die Subventionsaufstockung notfalls auch vertragswidrig machen, die Bonn bewog, den neuen Beihilfenschub ohne Stillegungsauflagen abzusegnen. Diese „politische Kriegserklärung" (Bangemann) ist noch virulent, wenn die Kommission nun besagte Auflagen nachträglich zu formulieren hat.

Vorsorgliche Skepsis kennzeichnet denn auch den Katalog von Ausgleichsforderungen, den die deutschen Stahlproduzenten für den Fall des erneuten Scheiterns einer vernünftigen EG-Stahlpolitik Ende Mai in Bonn präsentiert haben. Er könnte im Extremfall auch für den Bundeshaushalt teuer werden.

Aber er hat auch sympathisch haushaltsneutrale Teile. Von denen ist einer besonders charakteristisch für Gegenwart und Zukunft dieses wichtigsten Teiles der heimischen *Grundstoffindustrie.* Aus dem mit letzter Jahresrate schon im Haushalt verarbeiteten Drei-Milliarden-Stahlhilfeprogramm soll die Bundesregierung etwa 400 Millionen Mark Sozialplan-Beihilfen für jene 14 000 Beschäftigten auszahlen, die noch freizusetzen sind, derzeit aber für die konjunkturell erholte Stahlnachfrage noch gebraucht werden. Der Strukturwandel zu kleinerem Stahlpotential ist also auch hierzulande noch nicht zu Ende. Neue Meineide aus der Politik kann er als letztes brauchen.

AUF EIN WORT

„Mit der Marktwirtschaft kann außerordentlich viel erreicht werden, wenn man weiß, was man will, und die Sache nicht verkehrt herum anfaßt. Genau dies tun jedoch jene Gruppen, die nur schwarz malen, rot handeln und sich grün geben."

Carl-Heinz Illies, Teilhaber der C. Illies & Co., Hamburg. *FOTO: W. FRISCH*

Griechenland tritt dem EWS bei

dpa/VWD, **Basel**

Griechenland tritt zum 1. Juli 1985 dem Europäischen Währungssystem (EWS) bei. Wie nach der monatlichen Sitzung der Zentralbankpräsidenten der EG-Mitgliedsstaaten gestern in Basel mitgeteilt wurde, wird Griechenland jedoch - ebenso wie Großbritannien - vorerst nicht am Wechselkursmechanismus, dem Kernstück des EWS, teilnehmen. Die Notenbankchefs verabschiedeten auf ihrer Sitzung im Hause der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) außerdem *Maßnahmen zur* Weiterentwicklung der Europäischen Währungseinheit ECU. Danach erhalten Zentralbanken von Nicht-EG-Ländern erstmals das Recht, ECU in ihren Währungsreserven zu halten.

NAHER UND MITTLERER OSTEN

Vor allem in Joint-ventures Chancen für deutsche Firmen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Steigende Chancen für mittelständische deutsche Unternehmen im Nahen und Mittleren Osten sieht der Nah- und Mittelost-Verein auch angesichts der knapperen Budgets in den Erdölländern. Denn die in der Zeit der hohen Infrastrukturaufwendungen erstellten Investitionen müssen gewartet und überholt werden. Dazu fehle den Ländern aber das nötige Know-how, für die traditionell dort tätigen großen deutschen Bauunternehmen paßten solche Aufträge aber häufig nicht in die Palette.

Ohnehin, so Hans-Otto Thierbach (Deutsche Bank), Vorsitzender des Vorstands des Vereins bei der Vorlage des Jahresberichts, verlagere sich die Wirtschaftstätigkeit vor allem in den Opec-Ländern immer mehr in den privaten Sektor.

Die traditionsreiche außenwirtschaftliche Vereinigung will durch intensiven Dialog mit Partnern in den entsprechenden Ländern die Chancen der deutschen Unternehmen verbessern, die Thierbach in Zukunft vor allem in Joint Ventures sieht. Gegenwärtig entwickelt sich der Außenhandel mit der Region, die Anfang der achtziger Jahre vor Nordamerika der größte außereuropäische Absatzmarkt der Bundesrepublik war, negativ.

Den Rückgang bei den deutschen Exporten für dieses Jahr schätzt der Verein auf rund 15 Prozent, in den ersten vier Monaten entfiel noch ein Viertel (1984: 30 Prozent) der deutschen Ausfuhren auf die Region. Thierbach erinnerte jedoch daran, daß die Nah- und Mittelostländer (ohne Israel) immer noch über netto rund 160 Mrd. Dollar Auslandsguthaben verfügen.

EG-FIRMENKOOPERATION

Gemeinschaft will die Zusammenarbeit fördern

WILHELM HADLER, **Brüssel**

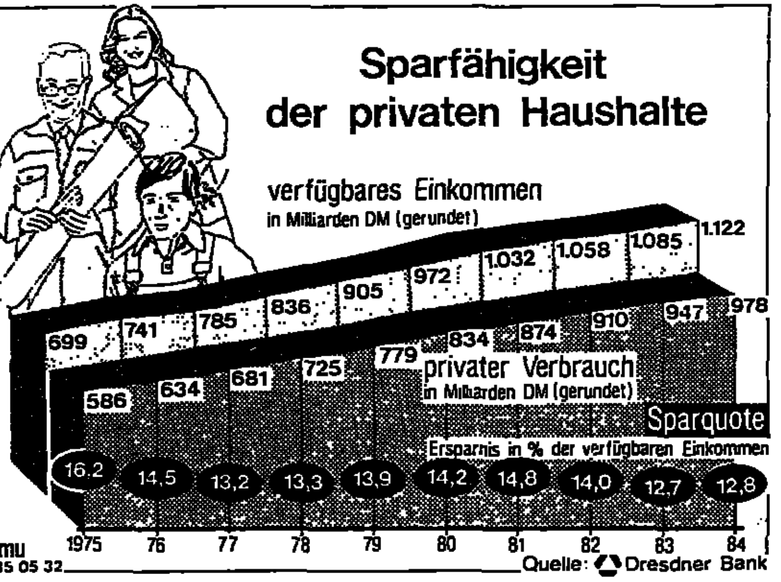
Weitgehend ausgeräumt werden konnten in den letzten Monaten die Hindernisse für die geplante „Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung", mit der die EG die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen mittelständischen Firmen in der Gemeinschaft fördern will. Gestern berieten die Wirtschaftsminister noch einmal über das Projekt. Eine Einigung über die noch offenen Detailfragen war in Sicht.

Die neue Rechtsform geht auf langjährige Erfahrungen in Frankreich zurück. Sie soll interessierten Unternehmen ermöglichen, durch die Bündelung bestimmter Tätigkeiten (zum Beispiel gemeinsame Forschungsarbeiten) oder die gemeinsame Nutzung von Anlagen wettbewerbsfähiger zu werden. Dabei soll die Vereinigung selbst keinen Gewinn anstreben.

Wichtigstes Hindernis für das Projekt war die deutsche Mitbestimmungsgesetzgebung. Um ein „Unterlaufen" der deutschen Regelungen zu verhindern, bestand die Bundesregierung darauf, die Zahl der von der Interessenvereinigung angestellten Arbeitnehmer auf 500 zu begrenzen. Die anderen EG-Staaten erreichten jedoch, daß die einzelnen Mitgliedsfirmen der Vereinigung mehr als 500 *Beschäftigte haben dürfen.* Gesellschafter der Vereinigung müssen Firmen aus mindestens zwei EG-Staaten sein.

Die Beratungen der Minister (bzw. Staatssekretäre) galten ferner den Problemen der Niederlassungsfreiheit *und des Dienstleistungsverkehrs* für Architekten, Apotheker und selbständige Handelsvertreter. Außerdem bemühte sich der Rat um eine EG-weite Vereinbarung über die Erleichterung der Grenzkontrollen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die privaten Haushalte haben auf den abgebremsten Einkommensanstieg der letzten Jahre mit vermindertem Sparen reagiert. Legten sie 1981 von 100 Mark ihres verfügbaren Einkommens noch 14,80 Mark auf die hohe Kante, waren es im vergangenen Jahr im Durchschnitt nur noch 12,80 Mark. Im internationalen Vergleich nimmt die Bundesrepublik damit einen Mittelplatz ein. *QUELLE: IMU*

Schwaches Wachstum im ersten Quartal

Wiesbaden (dpa/VWD) – Das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik hat sich im 1. Quartal 1985 deutlich verlangsamt. Wie das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mitteilte, erhöhte sich das Bruttosozialprodukt in den ersten drei Monaten gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres real um 0,4 Prozent. Das schwache Wirtschaftswachstum ist nach Darstellung der Statistiker auf Produktionsausfälle infolge des extrem strengen Winters zurückzuführen. Allerdings gab es in den verschiedenen Bereichen sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während die Bauinvestitionen mit minus 16,9 Prozent stark zurückgingen und der private Verbrauch mit plus 2,1 Prozent „nur relativ schwach zunahm", stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um 11,9 und die Ausfuhr um 11,2 Prozentpunkte an.

Anklage erhoben

Frankfurt (dpa/VWD) – Anklage wegen Betrugs und Untreue mit einem Gesamtschaden von rund 750 Mill. DM hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen vier ehemalige persönlich haftende Gesellschafter des Frankfurter Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH) erhoben. Zentralpunkt der Anklage sei das finanzielle Engagement des Bankhauses in dem Mainzer Baumaschinenkonzern IBH-Wihau Esch KG, berichtete der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Reinhard Rochus. SMH-Chef Horst Dieter Esch war im vergangenen Jahr vor dem Landgericht Hanau zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Die mitbeschuldigten Gesellschafter Ferdinand Graf von Galen, Hans Lampert und Wolfgang Stryj sitzen zur Zeit in Untersuchungshaft. Der vierte Gesellschafter Hans-Hermann Münchmeyer, der in der Anklage weniger schwer belastet wird, ist auf freiem Fuß.

NordLB plant Anleihe

Hannover (dos) – Die Norddeutsche Landesbank wird in Kürze eine Anleihe mit variablem Zinssatz (Floating Rate Notes) und einem Volumen von 100 Mill. DM auflegen. Nach Angaben eines Sprechers liegen die Konditionen und der Ausgabetermin dieses neugeschaffenen Instruments noch nicht fest. Die Zinsanpassung erfolge vierteljährlich. Zufriedenstellend verläuft die Geschäftsentwicklung der NordLB in den ersten Monaten 1985. Wie es heißt, hat sich die Bilanzsumme im ersten Quartal innerhalb des Konzerns um 2,3 Prozent auf 90,2 Mrd. DM erhöht. Das Betriebsergebnis sei bei einem um knapp 1 Prozent höheren Zinsüberschuß leicht verbessert worden.

Appell des DIHT

Bonn (HH) – Die Bundesrepublik darf auf eine eigene Wiederaufarbeitungsanlage für ausgediente Brennelemente aus Kernkraftwerken nicht verzichten. Die direkte Endlagerung stelle keine Alternative, sondern nur eine Ergänzung zur Wiederaufarbeitung dar. Diese Auffassung vertritt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einem Positionspapier „Die Entsorgung der Kernkraftwerke" mit Blick auf die am 14. Juni stattfindende Ministerpräsidenten-Konferenz. Auf Vorschlag Hessens werden unter anderem Fragen der Wiederaufarbeitung, der direkten Endlagerung und eventueller Änderungen des Atomgesetzes erörtert.

Neufassung geplant

Bonn (VWD) – In Konsequenz der Kreditwesengesetz-Novelle bereitet das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen jetzt eine Neufassung des Grundsatzes 1 vor, nach dem die Kredite und Beteiligungen eines Kreditinstituts das 18fache seines haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen sollen. Eine Anhörung der Krewditwirtschaftlichen Spitzenverbnände findet hierzu am 21 Juni in Berlin statt.

Förderung in Frage gestellt

Düsseldorf (rtr) – Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister, Reimut Jochimsen, hat die Krupp-Stahl AG aufgefordert, ihre Stillegungsabsicht bei der Theodor Wuppermann GmbH zu überdenken und mit der Landesregierung nach Möglichkeiten zur Sicherung der 1050 gefährdeten Arbeitsplätze „über das eigene Unternehmen hinaus" zu suchen. Vor demonstrierenden Wuppermann-Stahlwerkern deutete Jochimsen gestern an, daß die Landesregierung Finanzmittel des Landes zur Förderung der Umstrukturierung verweigern könnte.

WOHNEIGENTUM

„Grundstückskosten in die Förderung einbeziehen"

hg. **Bonn**

„Die bisherigen Programme zur Förderung von Wohneigentum reichen aus." Der rheinland-pfälzische Finanzminister Carl-Ludwig Wagner betonte jedoch gestern während einer Fachtagung in Bonn, daß eine gezielte Förderung notwendig sei, „die die Belastbarkeit der Bauherren und die unterschiedlichen Erwerbskosten in den Regionen berücksichtigt".

Zwecks Erhöhung der Wohneigentumsquote müsse die Eigentumsförderung flexibel gestaltet werden – zum Beispiel durch Differenzierung je nach Wohnungsgröße, um kinderreichen Familien zu helfen, sagte der Minister weiter. Zusätzliche Maßnahmen seien außerdem erforderlich, um zu verhindern, daß sich die Förderung außerhalb der Kernbereiche städtischer Gebiete konzentriert, wo die Grundstücke preiswerter und auch für die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen noch erschwinglich sind.

Die Generalsekretärin der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung (Gewos), Monika Kurth, plädierte für eine Einbeziehung der Grundstückskosten in die Eigentumsförderung „im Interesse der Familien in den Städten". Im übrigen müsse *der Zeitpunkt der* Neuregelung, den Finanzminister Stoltenberg auf den 1. Januar 1987 festgesetzt hat, um ein Jahr vorgezogen werden.

Nicht einverstanden ist die Gewos auch mit der „mager ausgestatteten" Kinderkomponente im Regierungsentwurf. „Die Familienfreundlichkeit bleibt mehr Anspruch als Wirklichkeit", beklagte die Generalsekretärin.

CHINA / Das Niveau der entwickelten Länder wird konsequent angesteuert

Wirtschaftsbelebung in zwei Etappen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts will China das Niveau der entwickelten Länder der Welt annähernd erreichen. Dieses Ziel nannte Ministerpräsident Zhao Ziyang vor mehr als 300 Vertretern der deutschen Wirtschaft *im Hause des Deutschen* Industrie- und Handelstages (DIHT) in Bonn.

„Für die Belebung der chinesischen Wirtschaft sind konsequente Anstrengungen mehrerer Generationen notwendig", sagte Zhao Ziyang.

Diese Aufgabe soll in zwei Etappen bewältigt werden. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollen die mehr als eine Milliarde Chinesen, die schon jetzt mit ausreichend Nahrungsmitteln und Kleidung versorgt sind, in „relativ *guten Verhältnissen*" leben. Das Bruttosozialprodukt soll auf 1000 Milliarden US-Dollar oder 800 Dollar pro Kopf steigen. Auf dieser Grundlage werde für die nächsten 50 Jahre dann der Standard der westlichen Industriestaaten angestrebt.

Zhao Ziyang hält dieses Ziel aufgrund der Erfahrungen der vergangenen sechs Jahre für erreichbar. Seit 1979 sei das Bruttoinlandsprodukt jährlich um 8,2 Prozent gestiegen. In der Landwirtschaft, Leicht- und Schwerindustrie hätten die Wachstumsraten jeweils bei 9,4; 11,7 und 6,6 Prozent gelegen. In den Städten seien 51 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Das Nettoeinkommen auf dem Lande habe sich pro *Kopf mehr als verdoppelt. Das Konsumniveau* in den Städten sei um 60 Prozent gestiegen. Der Einzelhandelsumsatz habe sich verdoppelt.

Diese Entwicklung sei mit der Reform des Wirtschaftssystems verflochten. „Die Betriebe werden ermutigt, durch Konkurrenz Fortschritte zu machen und sich in eine makroökonomisch günstige Richtung zu entwickeln", sagte der Politiker.

Bei der sozialistischen Wirtschaft *Chinas handele es sich zwar um eine* planmäßige Warenwirtschaft, die auf Gemeineigentum basiert. Aber bei der Verwaltung der Betriebe durch die Staatsorgane solle verstärkt von der überwiegend direkten zur indirekten Kontrolle übergegangen werden. Preis und Gewinn, Steuersatz und Wechselkurs würden zum wichtigen Hebel zur Kontrolle und Regelung der Wirtschaft.

Ein wichtiger Punkt der Reform sei die Politik der Öffnung nach außen. „Wir sind bereit, den Anteil Westeuropas an unserem Außenhandel schrittweise zu vergrößern und unsere Zusammenarbeit stabil zu entwikkeln." Er hofft, daß die westeuropäischen Länder ihre Waren preislich konkurrenzfähiger machen, beim Technologietransfer noch großzügiger sein werden und günstigere Zahlungsbedingungen gewähren können.

LOUIS VUITTON / Kooperation mit Loewe

Umsatzsprung in den USA

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der berühmte Pariser Malletier Louis Vuitton, der sich inzwischen zum weltweit führenden Hersteller von Luxuskoffern und -taschen entwickelt hat, gründet mit der spanischen Leder- und Kleiderfirma Loewe eine gemeinsame, von ihm mehrheitlich kontrollierte Tochtergesellschaft. Dies ist die erste größere Diversifizierungsaktion des Traditionsunternehmens. Gleichzeitig kündigte Vuitton-Präsident Henry Racamier eine grundlegende Erneuerung der eigenen Produktpalette an.

Im Geschäftsjahr 1984 hatte Vuitton seinen Umsatz um 34,3 Prozent auf 1,11 Mrd. Franc gesteigert. Der *konsolidierte* Gewinn erhöhte sich um 21 Prozent auf 164 Mill. Franc. Die Nettodividende soll auf 12 Franc erhöht werden gegenüber 4,40 Franc für das zweite Halbjahr 1983. Seit der Einführung der Aktie an der Pariser Börse vor einem Jahr hat sich ihr Kurs von 465 auf 887 Franc fast verdoppelt. An eine Kapitalerhöhung ist vorerst aber nicht gedacht.

Die außergewöhnliche Dynamik des Unternehmens zeigte sich vor allem auf dem nordamerikanischen Markt, wo der Umsatz um *49,3* Prozent auf 312 Mill. Franc zunahm. Dies war zum Teil der Dollarhausse zuzuschreiben. *Im Fernen Osten stieg der* Umsatz um 33 Prozent auf 487 Mill. Franc und in Europa um 24,5 Prozent auf 409 Mill. Franc.

Für dieses Jahr erwartet Vuitton eine weitere Umsatzsteigerung von 25 Prozent, wobei der Umsatz von Loewe noch nicht berücksichtigt ist. In diese Gesellschaft, die letztes Jahr 150 Mill. Franc umgesetzt hatte, will Vuitton über die gemeinsame Tochter bis Ende 1988 insgesamt 300 Mill. Franc investieren mit dem Ziel einer *Umsatzsteigerung auf 600 Mill. Franc.*

Um das Vuitton-Image keinem Risiko auszusetzen, werden die Loewe-Artikel auch in der Bundesrepublik weiterhin unter dieser Marke vertrieben. Andererseits setzt Vuitton seine Politik des schrittweisen Aufkaufs der Geschäfte seiner Kunden fort, was vor allem in den USA auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Zur Zeit verfügt die Gesellschaft über 61 eigene Geschäfte, womit sie auch die in dieser Sparte sehr hohe Einzelhandelsspanne kassiert.

JAPAN / Wertpapierbesitz im Ausland übersteigt die Direktinvestitionen

Zum größten Kapitalanleger aufgerückt

FRED de LA TROBE, Tokio

Japan übernimmt als Kapitalexporteur immer mehr die Rolle, welche die Opec-Staaten Mitte und Ende der siebziger Jahre spielten. Mit einem Netto-Aktivvermögen im Ausland von 230 Mrd. Mark Ende 1984, rückte das Inselreich im Fernen Osten an die Spitze der Anlageländer. Allein im letzten Jahr verdoppelte sich für Japan dieser Betrag. Dabei erhöhten sich vor allem die Anlagen in hochverzinslichen amerikanischen Wertpapieren. Das Finanzministerium in Tokio sagt voraus, daß das Netto-Anlagevermögen Japans im Ausland Ende dieses Jahres auf über 300 Mrd. anschwellen wird.

Der neue Reichtum Nippons in Übersee fließt aus drei Quellen: den wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen, Einsparungen infolge der sinkenden Ölpreise und der hohen japanischen Sparquote. Der Aktivsaldo der Leistungsbilanz erreichte 1984 einen Wert von 109 Mrd. DM. Die Japaner sparen durchschnittlich mehr als 20 Prozent ihres Einkommens, da die staatliche Altersversorgung unzureichend und die Schulausbildung der Jugend außerordentlich teuer ist.

Japans Kapitalanlagen im Ausland setzen sich noch mehr aus Wertpapierbesitz als aus Direktinvestitionen zusammen. Im Fiskaljahr 1984, das im März dieses Jahres endete, beliefen sich die langfristigen Brutto-Kapitalexporte des Inselreichs auf 188 Mrd. DM. Davon entfielen nahezu 60 Prozent auf den Erwerb ausländischer – überwiegend hochverzinslicher amerikanischer – Wertpapiere.

Etwa ein *Fünftel* dieser Kapitalexporte waren auf Yen denominierte Darlehen. Damit war Japan auch einer der größten Kreditgeber der Welt. Von den Direktinvestitionen im Fiskaljahr 1984 in Höhe von 31,5 Mrd. DM wurden knapp die Hälfte in anderen Industriestaaten getätigt. Davon entfielen 35 Prozent auf die Vereinigten Staaten und 18 Prozent auf Europa. Der hohe Anteil der Industrieländer an diesen Anlagen erklärt sich aus dem Bestreben, die ausländische Kritik an den steigenden japanischen Exportüberschüssen zu entschärfen und mögliche protektionistische Barrieren in der Zukunft zu unterlaufen.

Die japanischen Investitionen im Ausland haben in den letzten Jahren auch immer mehr die Form des Erwerbs ausländischer Firmen, der Gründung von Tochtergesellschaften, Kooperationen und Beteiligungen angenommen. Allein in den USA *gibt es 342* Unternehmen, die mindestens zu 50 Prozent in japanischem Eigentum sind. Größere Käufe der letzten Monate betrafen etwa Nippon Kokans Mehrheitserwerb der National Steel für 300 Mill. Dollar oder den Erwerb der Bank of California durch die Mitsubishi Bank für ebenfalls 300 Mill. Dollar. Fünf japanische Autounternehmen haben teils in eigener Regie, teils in Joint Ventures Produktionsanlagen in den USA.

Die Auswirkungen dieses neuen Reichtums sind für Japan jedoch nicht immer günstig: Die Forderungen der Partnerländer werden immer schärfer – nach Ausgleich der Handelsbilanz, Marktöffnung, vermehrter Entwicklungshilfe, Technologietransfer und höheren Rüstungsausgaben. Im Hintergrund steht die protektionistische Drohung. (SAD)

EBM-INDUSTRIE / Überdurchschnittliches Exportplus

Bauinvestitionen angemahnt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wenn sich die 1984 erstmals wieder um *5000 auf 279 000 gestiegene* Beschäftigtenzahl in der Eisen, Blech und Metall verarbeitenden Industrie (EBM) weiter nennenswert *erhöhen* solle, bedürfe es dringend einer Initialzündung aus der Bauwirtschaft. Mit diesem Tenor mahnt der Wirtschaftsverband EBM-Industrie, Düsseldorf, der ein Drittel seiner Branche von der Baukonjunktur *abhängig sieht, auf* seiner Mitgliederversammlung „dringenden politischen Handlungsbedarf" an.

Zwar sollte auf herkömmliche Konjunkturprogramme verzichtet werden. Doch alle öffentlichen Auftraggeber sollten nun möglichst schnell ihren durch Haushaltskonsolidierung und höhere Steuereinnahmen gewonnenen Spielraum für Bauinvestitionen einsetzen: Investitionen in Energiewirtschaft und Umweltschutz, Städte- und Wohnungsbausanierung, dazu höhere Abschreibungen für Betriebsgebäude und ein „konsequenter als bisher" betriebener Abbau investitionshemmender Vorschriften auf dem Baumarkt.

Einen weiteren Schwachpunkt auf dem Inlandsmarkt der Branche sieht der Verband in der nun schon jahrelangen strukturellen Nachfrageschwäche bei langlebigen Gebrauchsgütern, besonders bei Haushaltsgeräten. Entlastung von der auch 1985 nur schwach um etwa ein Prozent steigenden realen Konsumnachfrage sei da nicht zu erwarten. „Begründete Hoffnung" bestehe jedoch, daß bereits die erste Stufe der Steuerreform ab 1986 der Gebrauchsgüterindustrie neue Nachfrageimpulse beschere.

Die rund 2400 EBM-Betriebe haben 1984 bei einem realem Plus von 6,1 Prozent ihren Umsatz um 9,2 Prozent auf 41,6 Mrd. DM und darin den Export um 11,3 Prozent auf 13,8 Mrd. DM erhöht. Für 1985 rechnet ihr Verband bei wiederum überdurchschnittlicher Exportsteigerung mit weiteren Umsatzsteigerungen von nominal 7 *bis 8 und real 4 bis 5 Prozent.* Auf dem Inlandsmarkt sei für EBM-Zweige der Investitionsgüterproduktion die *höchste Zuwachsrate zu* erwarten.

Gleichfalls aus dreijähriger Talfahrt ist 1984 die Stahlverformung mit einer *Umsatzsteigerung* um 7 Prozent auf 14,5 Mrd. DM (bei 5,2 Prozent realem Plus) aufgetaucht. Per Ende März 1985 nennt ihr Wirtschaftsverband die Beschäftigtenzahl mit 116 000 oder um knapp 5000 Leute höher als Anfang 1984. Für 1985 wird mit einem weiteren Produktionsanstieg um 3 bis 4 Prozent gerechnet (nach einem Plus von 5 Prozent in 1984).

Stützen der Aufwärtsentwicklung sind auch hier das unverändert hohe Exportniveau und die „zunehmend günstigere" Auftragslage der meisten Investitionsgüterbranchen. Vom flauen Nutzfahrzeugbau hingegen erwartet der Verband auch in diesem Jahr keine Konjunkturanstöße.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ortopedia wächst

Hamburg (JB.) – Die Ortopedia GmbH, Kiel, die zu *97* Prozent der US-Gesellschaft Everest & Jennings, Los Angeles, gehört, hat 1984 den Umsatz auf rund 130 Mill. DM ausgeweitet. *Der Gewinn nach Steuern* wird mit knapp 4 Mill. DM angegeben und soll im Unternehmen verbleiben. *Ortopedia* zählt mit rund 1000 Mitarbeitern zu den größten Herstellern von Rehabilitationsmitteln (Rollstühle und technische Mittel) in Europa. Zum Wachstum hat auch die 1983 erworbene Spezialmotorenfabrik Micro-Motor AG, Basel/Schweiz, beigetragen. Sie steigerte den Umsatz um 10 Prozent auf 20 Mill. sfr. Das Betriebsergebnis, so heißt es, sei positiv gewesen.

Linde übernimmt Agefko

Hannover (dos) – Die Linde AG, *Wiesbaden, übernimmt vorbehaltlich* der Zustimmung des Kartellamtes die Kohlensäure-Aktivitäten der Preussag AG, Hannover. Dabei geht es im wesentlichen um die Agefko Kohlensäure-Industrie GmbH, Düsseldorf, einschließlich der Beteiligungsgesellschaften. Zum Kaufpreis werden keine Angaben gemacht. Agefko ist mit einem Kapital von 14 Mill. DM ausgestattet, beschäftigt rund 300 Mitarbeiter und erzielte 1984 einen Umsatz von 50 Mill. DM.

Keine Dividende

Weingarten (VWD) – Keinen Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 1984 enthält die Einladung zur Hauptversammlung der Maschinenfabrik Müller-Weingarten AG, Weingarten. Für das Geschäftsjahr 1983 war die Dividende bereits auf 4 (8) Prozent gekürzt worden. Das Unternehmen weist für 1984 einen Bilanzgewinn von rund 34 700 (0,87 Mill.) DM aus, der auf neue Rechnung vorgetragen wird (Hauptversammlung am 18. Juli).

Aufträge für 23 Satellitentransporte

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die im März 1980 für den kommerziellen Einsatz der europäischen Trägerrakete Ariane unter maßgeblicher deutscher Beteiligung gegründete Arianespace hat im Geschäftsjahr 1984 nach eigenen Angaben ihre Ertragslage wesentlich verbessert. Ohne Fehlstarts wurden insgesamt neun Satelliten in die Erdumlaufbahn gebracht. Bei einem Umsatz von 725 Mill. Franc konnten die Investitionen zu 30,4 Mill. Franc selbst finanziert werden. Der *Auftragsbestand* erreichte 6,4 Mrd. Franc. Er bezieht sich auf Raketenstarts für 23 Satelliten.

Die gegenwärtige Produktionskapazität beträgt vier bis sieben Raketen im Jahr, von denen jede mehrere Satelliten mit sich führen kann. Die neue Trägerrakete Ariane 4 soll im Sommer 1986 erstmals eingesetzt werden. Angesichts der günstigen Auftragsentwicklung beschloß jetzt die Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 150 auf 270 Mill. Franc. Ein Viertel der frischen Mittel wird von den Aktionären sofort, der Rest innerhalb der nächsten fünf Jahre bereitgestellt.

Auch bei den Zivilflugzeugen macht die europäische Kooperation Fortschritte. Zum Abschluß des Internationalen Flug- und Raumfahrtsalons von Le Bourget verbuchte Airbus Industrie noch einen Großauftrag von 19 Flugzeugen von Air India, nachdem an den Vortagen PanAm, Anseet und Korian Airlines 48 Airbusse bestellt hatten.

Für europaweite Ausschreibungen

SABINE SCHUCHART, Bonn

Für eine verstärkte europaweite Ausschreibung öffentlicher Lieferaufträge hat gestern in Bonn der wirtschaftspolitische Sprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Karl von Wogau, plädiert. Durch die Einbeziehung zum Beispiel der Post und einzelner Bereiche der Verteidigung könnten Milliardenbeträge in Europa eingespart werden, erklärte der CDU-Politiker. Neben einer Entlastung der *öffentlichen* Hände verstärke die verschärfte Konkurrenz auch die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und Japan.

Zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes im Bereich der Spitzentechnologie sprach sich von Wogau außerdem für eine Vereinheitlichung des Europäischen Normenrechts auf EG-Ebene aus. So sei es gerade für kleine und mittlere Unternehmen sehr wichtig, mit neuen Produkten von vornherein Zugang zum gesamten europäischen Markt zu haben, ohne für die verschiedenen nationalen Absatzmärkte unterschiedliche Prototypen des gleichen Produkts herstellen zu müssen.

Die technischen Normen sollten deshalb in Zukunft durch ein weitgehend autonomes europäisches Norminstitut und nicht wie bisher von Kommissionsbeamten erarbeitet werden. Dies stelle auch einen wichtigen Beitrag zur unbedingt erforderlichen Entbürokratisierung der Gemeinschaft dar.

HÜLS / Chemiegeschäft vom Export beflügelt

Auch das neue Jahr wird gut

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das Inlandsgeschäft ist im ersten Tertial 1985 zwar um 5,1 Prozent gesunken. Aber das Exportgeschäft blüht weiterhin mit nun 48,8 (44,7) Prozent Anteil am darob noch um 2,4 Prozent auf 1,84 Mrd. DM gewachsenen Gesamtumsatz. Mit diesen jüngsten *Zahlen* untermauert die zum Veba-Konzern gehörende Chemische Werke Hüls AG, Marl, die ab 1. Juli *„Hüls AG" firmieren* wird, ihre Zuversicht, daß auch 1985 ein gutes Jahr werde. Der hohe und den Export beflügelnde Dollarkurs freilich verteuere nun auch zunehmend die petrochemischen Grundstoffe, wofür man mit eigenen Preiserhöhungen „nur allmählich" Ausgleich finde.

Für 1984 kehrt diese fünftgrößte deutsche Chemiegruppe, wie seit April bekannt, mit 16 Prozent auf 480 Mill. DM Aktienkapital nach dreijähriger Pause zur Dividendenzahlung zurück. Bei einem um 7,5 Prozent auf 6,26 Mrd. DM gesteigerten Gruppenumsatz weist die AG mit 15 561 (15 968) Mitarbeitern aus 5,47 (5,16) Mrd. DM Umsatz einen Jahresüberschuß von 137 (–) Mill. DM aus, der mit 60 Mill. DM in nun 524 Mill. DM offene Rücklagen ging.

Nach nur 107 (441) Mill. DM Sachanlagenzugang in 1984 will die Hüls AG bis zum Ende dieses Jahrzehnts 1,5 Mrd. DM investieren, davon 40 Prozent für „Offensivprogramme der Geschäftsbereiche" und 25 Prozent für neue Geschäftsfelder. Ein erster großer Schritt auf den USA-Markt *wurde zudem im April 1985 mit dem* Erwerb der Nuodex Inc., Piscataway/New Jersey (150 Mill. Dollar Weltumsatz) gemacht, der die Hüls-Position in der Oberflächenchemie (Lackadditive und Farbsysteme) stärkt. Weitere Sortimentsbereinigung zugunsten neuer Schwerpunkte wurde 1985 mit Verkauf des Pflanzenschutzgeschäfts (an DuPont Deutschland) und des Düngemittelgeschäfts (an Norsk Hydro) betrieben.

BAST-BAU / *Starker Rückgang* beim Verkauf von Wohnungen und Eigenheimen

Ertragslage „noch zufriedenstellend"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Bast-Bau Unternehmensgruppe, Erkrath, eine regional tätige Bau-, Bauträger- und Baubetreuungs-Gruppe, hat *1984* die Gesamtleistung um 6 Prozent auf 397 Mill. DM gesteigert. Während sich der Umsatz im Bereich *Bauunternehmen noch* um 17 auf 239 Mill. DM aufgrund abgewickelter Rohbau- und Schlüsselfertig-Bauaufträge für fremde Auftraggeber im Rahmen des Bast-Bauherrenmodells erhöhte und 60 Prozent der Gesamtleistung ausmacht, verringerten sich die Umsätze im Bauträgerbereich um 8 auf 66 Mill. DM. Baubetreuung und Umsätze aus gewerblicher Zwischenvermietung steuerten 92 (80) Mill. DM zur Gesamtleistung bei. Insgesamt wurden 1005 (1291) Einheiten (Eigentumswohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser) für 301 (400) Mill. DM verkauft.

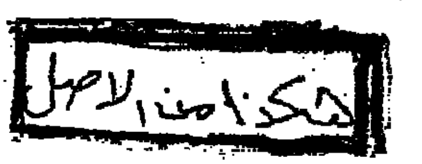
Für diesen starken Rückgang macht Alleininhaber Emil Bast neben dem ungünstigen allgemeinwirt*schaftlichen Umfeld* spektakuläre Pleiten im Bereich der steuerbegünstigten Immobilien mitverantwortlich. Dennoch konnte Bast seinen Marktanteil beträchtlich steigern.

Der von 283 auf 206 Mill. DM zurückgegangene Auftragsbestand zum Jahresende 1984 wird von Bast u. a. auf die Verschiebung der Angebotsstruktur von Bauherren-Objekten, deren volles Bauvolumen in den Auftragsbestand floß, zum Bauträger-Modell zurückgeführt, bei dem nur der noch nicht fertiggestellte Teil zu einem höheren Auftragsbestand führt. Die Investitionen für das betrieblich genutzte Anlagevermögen stiegen von 14,6 auf 19,6 Mill. DM, darunter die Erweiterung eines eigenen *Bürohauses. Die* Abschreibungen verringerten sich auf 5,7 (6,6) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter wurde *auf 850 (812) gesteigert.*

Die Liquidität des Unternehmens hat sich nach den Worten Basts wei*ter gut entwickelt. Obwohl* es bei den Bauträger- und Bauherren-Objekten nicht möglich war, die Kostensteigerungen weiterzugeben, war die Ertragslage der Bast-Bauunternehmen „immer noch zufriedenstellend". Der Gewinn wird wie in der Vergangenheit zur weiteren Verstärkung des Eigenkapitals verwendet. Eigenkapital und langfristige Finanzierungsmittel liegen erheblich über dem des betrieblich genutzten Sach-Anlagevermögens. Die Umgründung der Unternehmen in Aktiengesellschaften ist eine reine Maßnahme zur Zukunftssicherung. Fremde Kapitalgeber werden nicht aufgenommen.

Für 1985 rechnet Bast mit einer um etwa 10 Prozent geringeren Gesamtleistung. Mittelfristig bestünden aber gute Chancen in der Vermarktung von Komplettangeboten sowie im Bereich von gewerblichen Immobilien als Kapitalanlage.





BRAUEREI ROB. LEICHT / Erfolgreiche Konsolidierung

Einstieg beim Weizenbier

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Erstmals in ihrer über 100jährigen Firmengeschichte geht jetzt die Stuttgarter Brauerei Rob. Leicht AG (Biermarke „Schwaben Bräu") daran, ein obergäriges Bier zu brauen. Mit dem bevorstehenden Einstieg in die Produktion von Weizenbier will die Brauerei, die bislang diesen Biertyp teils als Handelsware (von Maisel) oder per Lohnsudverfahren im Programm führte, dem sich fortsetzenden Trend zu insbesondere von jüngeren Zielgruppen bevorzugten Weizenbieren Rechnung tragen. Vorstandsvorsitzender Walter Götz: „Wir *wollen auf diese Weise etwas gegen* die Marktsättigung tun und erhoffen uns, daß unser Weizen zum Blühen kommt."

Nach zögerndem Beginn habe sich *in den lezten Wochen der* Getränkeabsatz deutlich verbessert. Für das laufende Jahr erwarte er trotz unverkennbarer Marktsättigung auf der Basis einer Reihe von Aktivitäten ein befriedigendes Ergebnis.

Im Geschäftsjahr 1983 habe sich die Leicht-Gruppe, die überregional mit ihrem Alkoholfrei-Sortiment „Vaihinger Fruchtsäfte" über einen größeren Bekanntheitsgrad verfügt, der insgesamt ungünstigen Branchenentwicklung nicht entziehen können, ohne daß dies weiter präzisiert wurde. Der Gesamtausstoß der Leicht-Gruppe liegt bei etwa 1 Mill. Hektoliter. Die Umsatzerlöse verringerten sich um 4,6 Prozent auf 163 Mill. DM, wovon etwa zwei Drittel auf Bier entfallen. Jeweils ein Drittel des Bieres werden über die Gastronomie, den Lebensmittelhandel und den Fachgroßhandel vertrieben.

Beim Ergebnis habe man nicht gezaubert. Es sei echt verdient worden. Aus dem Jahresüberschuß von 2,4 (2,5) Mill. DM, der wesentlich durch Erträge aus dem Immobilienbereich gespeist wurde, wird eine Dividende von unverändert 10 Prozent auf das Aktienkapital von 10,1 Mill. DM ausgeschüttet. Der in den letzten drei Jahren erzielte Konsolidierungserfolg wird darin deutlich, daß die Verbindlichkeiten von 60 Mill. DM auf 27 Mill. DM zurückgeführt wurden. Heute könne man wieder interessante Betriebe – wenn diese sich anböten – übernehmen.

GOLDSCHMIDT / Hohes Umsatzplus schlägt sich auch im Ergebnis nieder

Neues, geordnetes Wachstum geplant

ERWIN SCHNEIDER, Essen

Am „roten Faden" will sich die Th. Goldschmidt AG, Essen, nach dem im Vorjahr beendeten Rückzug auf die Kerngebiete wieder neu und geordnet entfalten. Firmenkäufe und höhere Investitionen sollen gleichermaßen zu der Geschäftsausweitung beitragen, erklärte Vorstandsvorsitzender Gerd Rossmy. 1986 werde der Chemie-Spezialitäten-Konzern deshalb in Sachanlagen deutlich über den Abschreibungen investieren, 1984 lagen die Gesamtinvestitionen bei 27,2 Mill. DM, davon 19,2 Mill. DM in Sachanlagen. Die Abschreibungen erreichten 22,5 Mill. DM. Und die Liquidität ist gut, wie auch der um 18 Prozent erhöhte Cash-flow von 54 Mill. DM zeigt. Hier wirkte sich der Verkauf der Sparte Kunststoff und der *spanischen* Produktionsgesellschaft 1983 an die Casco-Gruppe aus.

Motiv bei Aquisitionen und Neugründungen ist, so Rossmy, der Forschung und Entwicklung den direk*ten Zugang zur Marktfront zu* verschaffen. Dazu gehörten im letzten Jahr der Erwerb der Hansa Textilchemie GmbH, Oyten, der italienischen Energeco SpA und die Neugründung Tego Chemie Service GmbH.

Beim Erwerb der restlichen 50 Prozent-Anteile der Keramchemie GmbH, Siershahn, die in diesem Frühjahr von der Harpener AG, Dortmund, übernommen wurden, stand die Verfahrens- und Anlagetechnik im Vordergrund der Überlegungen, die mit spezialisierten Kenntnissen der Chemie des industriellen Korrosionschutzes verbunden sind. Die Keramchemie mit 1330 Mitarbeitern und 162 Mill. DM Umsatz soll als selbständige Einheit geführt werden.

Das Expansionsprogramm, auch wenn es sich zur Zeit nicht in einer heißen Aquisitionsphase befindet, wie Rossmy sagte, läuft auf einer gesunden Basis ab. Die gute Chemiekonjunktur bescherte Goldschmidt ein Umsatzplus von 15 Prozent auf 764 Mill. DM in der Gruppe und von 18,5 Prozent auf 520 Mill. DM in der AG. Dies ist allerdings das bereinigte Wachstum, nachdem 1983 die Sparte *Kunststoff mit über 70 Mill. DM Um*satz aufgegeben worden war. Kunststoff nicht herausgerechnet, betrugen die Zuwachsraten jedoch nur knapp ein Prozent. Zwei Drittel der Zuwachsrate entfielen auf Mengensteigerungen. Das Plus im Inland lag mit 16 Prozent nur geringfügig niedriger als im Ausland mit 21 Prozent. In den USA waren es sogar 33 Prozent. Der Exportanteil sank auf 43 (44) Prozent. Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 1884 (2070).

Auch das Ergebnis, das die Erwartungen stark übertraf, hielt mit diesem Wachstum Schritt. Zur Verbesserung trugen alle Sparten bei bis auf die Anorganischen Produkte, die weiterhin mit Verlust arbeiten. Aus dem Jahresüberschuß, der sich um 43 Prozent auf 14,2 Mill. DM erhöhte (die EEV-Steuern stiegen im gleichen Maß), wird der Hauptversammlung am 21. Juni eine auf 8 (6) DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende auf 58 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Den freien Rücklagen werden 5 (3) Mill. DM zugeführt. Der erstmals genannte Gewinn je Aktie nach DVFA betrug 16,50 DM. Für 1985 er*wartet Rossmy wieder ein sehr be*friedigendes Betriebsergebnis, das Umsatzplus in den ersten vier Monaten betrug 12,5 Prozent.

DYCKERHOFF ZEMENTWERKE / Absatz gesunken

Ausbau soll Ausgleich bringen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Weil der *nachhaltige Rückgang* im Neubauvolumen seine Spuren auch im traditionellen Zementgeschäft hinterläßt, wollen die Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, künftig *stärkeres Gewicht auf Produkte für* Ausbau und Renovierung legen. Alle Aktivitäten des Konzerns in diesem Bereich werden demnächst unter der Holding Dyckerhoff Bautech GmbH zusammengefaßt, um über die Koordination von Tochtergesellschaften und Produktionsteilen mehr Schlagkraft zu gewinnen.

Das Umsatzvolumen des neuorganisierten Geschäftsbereichs schätzt der Vorstandsvorsitzende Alexander von Engelhardt auf zunächst 150 bis 200 Mill. DM. Die Neuorientierung soll sich auch in der Firmierung niederschlagen: Die „Zementwerke" sollen wegfallen; die Hauptversammlung am 24. Juni wird über die „Dyckerhoff AG" abstimmen.

Die Ergebnisse der ersten Monate 1985 unterstreichen die Notwendigkeit eines *zweiten Standbeins*. Verstärkt durch den strengen Winter ging der Zementabsatz im ersten Quartal um 37,7 Prozent zurück. Ende Mai waren es immer noch 25 Prozent. „*Wenn sich die Entwicklung so fort*setzt, wie sich das bislang abzeichnet, dann kommen wir auf einen Rückgang von 20 Prozent – mit viel Glück werden es vielleicht 12 bis 15 Pro*zent*", prophezeit Engelhardt.

Ein weiterer Personalabbau, der *von der Ausweitung des Ausbauge*schäfts nur teilweise aufzufangen sei, werde die Folge sein. 1984 hielten sich die Reduzierungen mit 2453 (2489) Mitarbeitern in Grenzen, ob*wohl erhebliche Anpassungsmaßnah*men – Schließung eines Zementwerks und Konzentration der westfälischen Kalkproduktion auf das Werk Lengerich – nötig waren.

Immerhin ging der Dyckerhoff-Absatz um 7,6 Prozent oder 448 000 Tonnen – die Größe eines mittleren Zementwerks – auf 5,43 (5,88) Mill. Tonnen zurück. Da Preiserhöhungen kaum zu realisieren waren, blieb auch der Umsatz mit 662 (714) Mill. DM um 7,2 Prozent hinter dem Vorjahr zurück.

Dank der flexiblen Anpassung und der forgesetzten Rationalisierung – für die ein wesentlicher Teil der Sachinvestitionen von 49 (40) Mill. DM eingesetzt wurde – fiel das Ergebnis durchaus zufriedenstellend aus. Zwar sorgten *die Volumeneinbußen* auch für Rückgänge beim Ertrag: Das Betriebsergebnis fiel ungünstiger aus, der Cash-flow ging auf 94 (119) Mill. DM und das DVFA-Ergebnis je Aktie auf *18,30 (23,15) DM* zurück. *Der Jah*resüberschuß aber wurde (auch dank der Beteiligungserträge) bei 17 Mill. DM gehalten und ermöglicht wieder eine Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie auf *92,5 Mill. DM Grundkapital.*

BMZ / Kabel-Projekte werden nüchtern beurteilt

„Das erfolgreichste Jahr"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit neugewonnenen Kunden und Etats sei 1984 „unser bisher erfolgreichstes Jahr" gewesen, resümiert Georg Baums als Geschäftsführer der ihm und sechs weiteren „tätigen Inhabern" gehörenden Düsseldorfer Werbeagentur Baums, Mang und Zimmermann GmbH & Co. KG (BMZ). Der mit 83 (78) Festangestellten erzielte Bruttoumsatz wuchs um 14,7 (8,5) Prozent auf 106 Mill. DM. Die Wachstumsrate war abermals höher als beim gesamten deutschen Werbeumsatz (plus 5,7 Prozent) und als beim Umsatz der 50 größten Agenturen auf dem deutschen Markt (plus 9 Prozent), unter denen sich BMZ auf Platz 22 (34) vorarbeitete.

Den Schock aus dem Verlust des Daimler-Etats (20 Mill. DM), der Ende 1983 zu einer Stuttgarter Agentur abwanderte und 1984 noch mit einem Rest von 5 Mill. DM im BMZ-Umsatz enthalten war, hat die Agentur demnach schnell überwunden. Die Nutzung des in einem *Jahrzehnt* erworbenen Erfahrungsschatzes auf dem Pkw-Markt gehört bei BMZ, unter deren derzeit 24 Kunden keine Autofirma mehr vertreten ist, zu den vorrangigen *Zielen des künftigen Ge*schäfts. Für dieses wird 1985 nur noch *ein moderates* Wachstum auf 110 Mill. DM erwartet, da mancher Kunde „aufgrund schwieriger Ab*satzverhältnisse" auch seinen* Werbeetat kürze.

Beim Neugeschäft, das solche Kürzungen auffangen muß, setzt Baums *vorerst nur moderate Erwartungen* in die Attraktivität der neuen Medien. Zwar kam die junge BTT-Tochter für elektronische Kommunikation schon 1984 mit 1 Mill. DM Umsatz aus dem Verlust. Aber angesichts der nur langsam vorankommenden Verkabelung der Haushalte (obendrein auf Ballungsgebiete beschränkt) werde sich auch in der Werbung die TV-Landschaft bei weitem nicht so schnell wie einst gedacht verändern.

Koreaner erwarben Heyco-Mehrheit

VWD, Gießen

Ein der *Mun-Sekte* nahestehender koreanischer Werkzeugmaschinen-Konzern, die Tong Il Co. Ltd., Seoul, hat sich mehrheitlich an der Heyligenstädt & Comp. Werkzeugmaschi*nenfabrik GmbH, Gießen, beteiligt.* Das 1876 gegründete Unternehmen, das vor allem NC-gesteuerte Werkzeugmaschinen herstellt, konnte in einem schwierigen Markt bei deutli*chem* Personalabbau seinen Umsatz mit geringen Schwankungen bisher bei 100 Mill. DM halten.

Tong Il hat die Mehrheit des Heyco-Gesellschaftskapitals von der Muttergesellschaft Rinn + Cloos AG, Gießen, erworben. Die R + C werde, wie es heißt, eine qualifizierte Beteiligung an Heyligenstädt halten. Das Heyco-Engagement ist für Tong Il nicht das erste in der Bundesrepublik: Vor einigen Jahren wurde ein Lizenzabkommen mit der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG abgeschlossen, ferner wurde die Werkzeugmaschinenfabrik Wanderer GmbH, München, voll übernommen.

DOAG / Trennung von zwei Beteiligungen in Nigeria

Höhere Dividende für 1984

JAN BRECH, Hamburg

Die Doag Warenhandels-AG, Hamburg, will ihre Beteiligung an zwei nigerianischen Gesellschaften zu einem „angemessenen Preis" abgeben. In einem Aktionärsbrief teilt die Verwaltung zwar mit, daß bei der Indisch-Afrikaansche Cie. (IAC), die die Beteiligungen an den Firmen in Nigeria hält, zum ersten Mal seit der Einstellung von Verschiffungen im Mai 1982, wieder Erlöse erzielt wurden. Es dürfte allerdings zunehmend schwieriger werden, in Nigeria auf dem traditionellen Arbeitsgebiet des Imports und des Vertriebs von technischen Gütern erfolgreich zu sein.

Nach Angaben der Verwaltung werden bereits aussichtsreiche Verkaufsverhandlungen geführt. Auch erwarte man in diesem Jahr nennenswerte Fortschritte hinsichtlich der Regelung von Altforderungen der IAC in Höhe von 11 Mill. DM. Der Eingang dieser Mittel soll nach vollzogener Trennung aus dem Nigeria-Engagement für den Erwerb eines zukunftsorientierten Unternehmens in Europa verwendet werden.

Die Entwicklung der US-Tochtergesellschaft United Cotton Goods Inc. sowie zweier Grundbesitzgesellschaften in den USA wird als erfolgreich bezeichnet. Durch die Verwertung von Bauland wachse der Mittelrückfluß ständig an und werde es der Doag ermöglichen, die langfristig refinanzierte Restkaufpreisschuld für die United Cotton Goods in erheblichem Umfang vorzeitig zu tilgen.

Die positive Gesamtentwicklung der Gruppe veranlaßt den Vorstand, für das Jahr 1984 eine höhere Dividende anzukündigen. Im Vorjahr waren nach zwei Jahren Unterbrechung fünf Prozent gezahlt worden. Für eine großzügige Behandlung der Aktionäre in diesem Jahr, dem 100. Geschäftsjahr der Doag, seien die Voraussetzungen ebenfalls gut, schreibt die Verwaltung.

Hoffmann-La Roche wächst kräftig

dpa/VWD, Grenzach-Wyhlen

Die Hoffmann-La Roche AG, Grenzach-Wyhlen, erzielte 1984 eine Umsatzsteigerung auf 744,8 (737,5) Mill. DM. Wie aus dem Bundesanzeiger hervorgeht, stieg der Rohertrag der deutschen Tochtergesellschaft des schweizerischen Chemie- und Pharmakonzerns F. Hoffmann-La Roche AG (Basel) auf 353,6 (340,0) Mill. DM. Nach Steuern verblieb ein Jahresüberschuß von 27,6 (32,2) Mill. DM, aus dem 2 (1,5) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt wurden. Der Bilanzgewinn von 25,8 (31,4) Mill. DM ermöglichte eine Dividende von 215 (260) DM je Aktie auf unverändert 120 Mill. DM Grundkapital. Investiert wurden in Sachanlagen 14,4 (43,8) Mill. DM.

NAMEN

Michael Whalen wurde zum Geschäftsführer und **John Cracchiclo** Leiter der Finanzabteilung von Kaypro Europa B. V. berufen.

Dr. **Heinz Lohmann,** Vorstandsmitglied der Eisenbahn-Verkehrsmittel-AG (EVA), Düsseldorf, wird heute 60 Jahre.

Dr. **Manfred te Neues,** Kempen, alleiniger Geschäftsführer der te Neues Verlag GmbH + Co. KG, vollendet am 12. Juni das 60. Lebensjahr.

Ernst Bredenbruch, ehemaliger Leiter der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen, feiert am 12. Juni den 75. Geburtstag.

Dr. Christoph Ackermann, Werksleiter der Villeroy & Boch-Gruppe, ist als Nachfolger von **Reinhold Becker-Bergemann** zum Vorstandsmitglied ernannt worden.

Bei nachgebenden Kursen ruhig

Am Wochenanfang fehlten ausländische Käufer

DW. – An der Montagbörse war aus dem Aktiengeschäft jeglicher Schwung gewichen. Die Kurse gaben deutlich nach. In den Börsensälen verwies man als Begründung auf die schwache New Yorker Freitagtendenz – der Dow-Jones-Index war um mehr als 10 Punkte zurückgegangen – und auf die Kursverluste der US-Bonds. Jedenfalls fehlten die ausländischen Käufer am Markt so gut wie ganz, und damit hielten sich auch die deutschen Anleger zurück – Grund genug für den Berufshandel, sich nicht neu zu engagieren.

Von der nachgebenden Allgemeintendenz gab es nur wenige Ausnahmen. Dazu gehörten AEG, die zeitweise rund 1 DM gewinnen konnten. Am Automarkt machten BMW eine solche Ausnahme. Der Kurs stieg um etwa 3 DM, während die anderen Autowerte kräftig zurückgingen, Daimler-Benz um 8 DM. Am Farbenmarkt reichten die Tagesverluste bis zu 4 DM (Hoechst). Kleinere Rückschläge auch bei den Warenhausaktien. Mit die größten Verlierer waren Bankwerte. Bei den Großbanken machten die Kursrückgänge bis 6,50 DM aus. Etwas gemäßigter waren die Einbußen bei den Maschinenbauaktien. Knapp behauptet lagen die Stromversorgungswerte. Der Allgemeintendenz folgend wurden auch die großen Versicherungsaktien leicht zurückgenommen.

Frankfurt: Daimler gaben um 9 DM und Porsche um 7 DM nach. Holzmann verloren 11 DM und Dyckerhoff St. verbesserten sich um 24,50 DM. Zeiss stockten um 10 DM und Chemieverwaltung um 12 DM auf.

Düsseldorf: Nachgeben mußten Alexander um 4,50 DM, Buckau und Düwag um 3 DM und Conc. Chemie um 10 DM. Dt. Texaco stockten um 8 DM, Dyckerhoff St. um 6 DM und Kochs Adler um 8 DM auf. Aachen Münchner Vers. verbesserten sich um 15 DM und Colonia um 35 DM.

Hamburg: Hypothekenbank Hamburg gaben um 4,50 DM nach. Vereins- und Westbank verminderten um 2 DM. NWK Vz. und Beiersdorf lagen je 1 DM schwächer. Triton verminderten um 0,70 DM. Phoenix Gummi verbesserten sich um 1 DM.

Berlin: Orenstein lagen um 3,50 DM fester. Herlitz Vz. büßten 4,50 DM, Kempinski 4 DM, Schering 3 DM und DUB-Schultheiss 2,50 DM ein. Berliner Elektro gaben um 2 DM und DeTeWe um 1,50 DM nach. Berthold, Herlitz Vz. und Lehmann bröckelten um je 1 DM ab.

München: Agrob St. stockten um 7,30 DM und Bay. Lloyd um 20 DM auf. Bay. Hartstein verbesserten sich um 10 DM und Brauhaus Coburg gaben um 10 DM nach. NAK Stoffe verminderten um 2,80 DM und Patrizier um 4 DM.

Stuttgart: Audi stiegen um 49 DM und SEL verteuerten sich um 2,50 DM. Filzfabriken und IWKA stockten je um 4 DM auf. Porsche verloren 20 DM. Schwäbische Zellstoff mußten 6 DM abgeben.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 172,9 (194,5)
WELT-Umsatzindex: 3980 (4290)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Wien

	10.6.	7.6.
Creditanst.-Bkv.Vz.	345	340
Gösser-Brauerei	526	526
Länderbank Vz.	328	325
Österr. Brau AG	540	570
Perlmooser	615	610
Reininghaus	855	850
Schwechater Br.	307	306
Semperit	132	138
Steyr-Daimler-P.	175	180
UniversaleHochTief	275	275
Veitscher Magnesit	–	570
Index	100,48	100,24

Kopenhagen

	10.6.	7.6.
Den Danske Bank	308	301
Jyske Bank	640	675
Kopenh. Handelsbk.	282	275
Novo Industri	340	337
Privatbanken	278	268
Ostasiat. Komp.	240	238
Dan. Sukkerfabr.	500	500
For. Bryggerier St.	935	940
Kgl. Porc. Fabr.	225	220

Brüssel

	10.6.	7.6.
Arbed	1775	1765
Brux. Lambert	1900	1910
Cockerill Ougrée	234	236
Ebes	3070	3095
Gevaert	3880	3900
Kredietbank	9100	9150
Pétrofina	6000	6800
Soc. Gén. d. Belg.	1930	1970
Sofina	7200	7250
Solvay	4670	4640
UCB	5350	5350
Index	2569,76	2585,54

Singapur

	10.6.	7.6.
Cycle + Car.	3,8	3,84
Cold Storage	2,52	–
Dev. Bk. of Sing.	6,1	6
Fraser + Neave	5,25	5,2
Kl. Kepong	2,49	2,49
Mal. Banking	6	6,1
Nat. Iron	2,85	2,84
OCBC	9,2	9
Sime Darby	1,59	1,97
Singapur Land	–	2,88
Un. Overs. Bank	4,16	4,14

Optionshandel

... Klöckner 7-70/2, 10-70/4, Lufthansa St. 1-190/7, Mercedes 10-700/15, Mannesmann 10-170/2,4, 10-180/4,6, RWE St. 10-180/3, Kali + Salz 7-280/3,6, Siemens 7-550/3,8, 10-530/3, 10-540/3,5, 10-550/7, 10-560/11, Thyssen 10-100/1, 1-110/8, Varta 1-220/7,4, Veba 10-190/3, 10-200/8, VW 7-250/3, 10-240/1,9, 10-250/4, 10-260/8, 10-270/12, 1-230/4,4, 1-240/7, 1-250/9,15, Chrysler 7-110/2,1, 1-110/5,8, Litton 1-240/8, Philips 1-60/2,2.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 6. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅛– 7¼	5⅛–5¼	4⅞–5⅛
3 Monate	7⅛– 7⅜	5¼–5⅜	4⅞–5⅛
6 Monate	7⅝– 7¾	5¼–5⅜	5 –5¼
12 Monate	7⅞– 8⅛	5½–5⅝	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	695,40
1 £ Sovereign alt	220,75	274,46
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,00	273,60
20 belgische Franken	171,00	223,44
10 Rubel Tscherwonez	231,25	290,99
2 südafrikanische Rand	216,50	288,97
Krüger Rand, neu	961,00	1135,44
Maple Leaf	979,50	1158,53
Platin Noble Man	836,50	993,51

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	230,25	290,99
20 schweiz. Franken „Vreneli"	172,75	235,44
20 franz. Franken „Napoléon"	172,25	224,87
100 österr. Kronen (Neuprägung)	903,25	1093,55
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,50	227,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,50	123,69
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	420,25	513,29
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,50	135,09

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,0932	3,1012	3,0796	3,03	3,15
London¹)	3,900	3,914	3,841	3,83	3,98
Dublin¹)	3,124	3,138	3,080	3,05	3,20
Montreal³)	2,2518	2,2598	2,2300	2,20	2,30
Amsterd.	88,610	88,830	88,415	87,75	89,50
Zürich	118,725	118,925	118,760	117,50	120,25
Brüssel	4,952	4,972	4,922	4,85	5,06
Paris	32,725	32,885	32,405	32,00	33,75
Kopenh.	27,815	27,935	27,640	27,00	28,75
Oslo	34,740	34,880	34,195	33,70	34,50
Stockh.**)	34,585	34,745	33,740	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5645	1,5745	1,5385	1,52	1,62
Wien	14,207	14,247	14,189	14,13	14,35
Madrid**)	1,758	1,768	1,719	1,70	1,82
Lissabon**)	1,735	1,765	1,677	1,35	2,15
Tokio	1,2365	1,2395	–	1,19	1,25
Helsinki	48,110	48,310	47,270	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,2385	2,2925	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,044	2,063	–	1,96	2,07
Johannesbg.*)	1,5420	1,5610	–	1,22	1,47

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die bereits zum Vorwochenschluß beobachtete Aufwärtsbewegung des US-Dollar erhielt durch das Ausbleiben der vielfach erwarteten amerikanischen Diskontsatzsenkung am 10. 6. neue Kraft und ließ den Kurs bis zu einer Tagesspitze von 3,1020 ansteigen. In einem sehr ruhigen Marktgeschehen erwies sich die Marke von 3,10 jedoch als eine starke Widerstandslinie, und das Kurspendel bewegte sich überwiegend um den amtlichen Mittelkurs von 3,0972. Enttäuschte Zinshoffnungen ließen das Englische Pfund um 2,3 Promille auf 3,907 ansteigen. Parallel zum US-Dollarkurs konnte sich der Japanische Yen um 0,75 Pfennig auf 1,2395 verbessern. Der Schweizer Franken schwächte sich um 24,6 Pfennig auf 118,825 ab. US-Dollar in: Amsterdam 3,4920; Brüssel 61,406; Paris 9,4455; Mailand 1974,70; Wien 21,7710; Zürich 2,6065; Ir. Pfund/DM 3,101; Pfund/Dollar 1,2615; Pfund/DM 3,904.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7. Juni: In D-Mark 2,24344 (Parität 2,24184); in Dollar 0,733677 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 7. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Dollar-Zinssätze ¼ Prozent führte zu Beginn der Woche zu einer deutlichen Erweiterung der Deports.

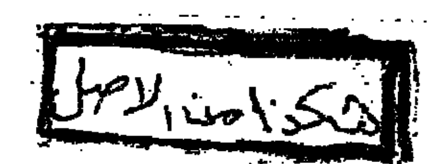
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,57/0,47	1,74/1,64	3,55/3,35
Pfund/Dollar	0,52/0,50	1,48/1,45	2,84/2,80
Pfund/DM	3,0/1,9	7,3/6,0	13,1/12,7
FF/DM	20/4	47/31	84/68

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 6.: Tagesgeld 5,45–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,60–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 10. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00)–6,50 (7,00)–7,00 (7,50)–7,25 (8,00)–7,50 (8,25)–8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00)–5,75 (5,97)–6,13 (6,45)–6,38 (6,80)–6,56 (7,05) – 6,94 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,10. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,60, Rendite 6,85.



Festverzinsliche etwas leichter

Am Rentenmarkt war der leichte Aufwärtstrend vom Freitag an der Montagbörse schon wieder zu Ende. Es fehlte an Anregungen und noch stärker als in der jüngsten Vergangenheit ohnehin an Käufern. Hinzu kam der Kursrückgang der US-Bonds vom Freitag, so daß die Vorsicht an den deutschen Märkten aufgrund der Zinsunsicherheit größer geworden ist. Öffentliche Anleihen gaben bei mittlerem Geschäft bis um 0,2 Prozentpunkte nach. Etwas leichter und besonders ruhig lagen DM-Auslandsanleihen. Der Pfandbriefmarkt verkehrte bei kleinem Geschäft gehalten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Am höchsten aber steht die Liebe.
1. Korinther 13

Für uns alle völlig unerwartet verstarb unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester

LIES MADAUS geb. Vendel

* 18. August 1905 † 8. Juni 1985

Mit ihrer Kraft und Liebe hat sie unser Leben geprägt und bereichert.

In tiefer Dankbarkeit

Dr. John-Werner Madaus und
Ute geb. Haberland
Thomas und Michael
Janine Byas-Perry geb. Madaus,
Dr. Robert Byas-Perry
Klaus-Peter Madaus und Gertrud geb. Inden
Erna Lessenich geb. Vendel und Ingeborg

Köln, den 8. Juni 1985

Die Trauerfeier und Beisetzung findet am Freitag, den 14. Juni 1985 um 11.15 Uhr auf dem Friedhof Melaten, Köln-Melaten, statt.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden erbitten wir im Sinne der Verstorbenen eine Spende zugunsten der altlutherischen Gemeinde Köln (Kinderfürsorge) auf das Konto L. M. bei Bankhaus Delbrück & Co., Köln, Konto-Nr. 475 327 (BLZ 370 203 83).

Wir trauern um

LIES MADAUS

die plötzlich und unerwartet von uns gegangen ist.

Als Witwe von unserem Mitbegründer Hans Madaus hat sie besonders in der Nachkriegszeit beim Wiederaufbau mit ihrer ganzen Kraft ihrem Mann und vielen von uns zur Seite gestanden.

Wir werden sie nicht vergessen.

Familie und Mitarbeiter
Dr. Madaus & Co.

Köln, am 8. Juni 1985

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behaupten konnte sich dagegen Kupfer. Während Kaffee kräftig zulegen konnte, verbuchte Kakao lediglich nur bruchteilige Gewinne.

Getreide und Getreideprodukte

	7. 6.	6. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	319,75	323,00
Sept.	321,50	324,50
Dez.	330,00	332,75
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	7. 6.	6. 6.
St. Lawrence 1 CW	244,54	247,99
Amber Durum	227,29	231,24
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	123,30	124,20
Okt.	129,30	129,80
Dez.	132,50	133,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	116,50	117,50
Okt.	111,00	111,20
Dez.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	7. 6.	6. 6.
Juli	154,00	153,75
Sept.	152,00	152,00
Dez.	156,75	156,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	278,75	276,50
Sept.	264,50	260,75
Dez.	259,50	256,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 6.	6. 6.
Juli	127,90	127,80
Okt.	119,00	117,90
Dez.	118,00	117,20

Genußmittel

	7. 6.	6. 6.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	148,10	144,20
Sept.	148,82	145,00
Dez.	148,82	145,25
Kakao New York ($/t)	7. 6.	6. 6.
Terminkontr. Juli	2075	2088
Sept.	2043	2062
Dez.	2023	2040
Umsatz	1433	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,79	2,98
Sept.	2,80	3,10
Okt.	3,00	3,22
Jan.	3,41	4,11
März	3,87	4,31
Umsatz	11 510	–
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 6. 2,66	6. 6. 2,88
Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 6.	6. 6.
Kontrakt Juli	2092–2094	2024–2026
Sept.	2125–2127	2074–2076
Nov.	2155–2160	2110–2113
Umsatz	4860	1959
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1774–1775	1773–1774
Sept.	1765–1767	1760–1761
Dez.	1743–1744	1741–1742
Umsatz	2469	3861
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	88,80–89,00	95,80–96,20
Okt.	91,40–91,60	99,80–100,00
Dez.	97,00–98,00	104,20–105,00
Umsatz	3253	1939
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 6.	6. 6.
schw. Sarawak spez.	745,00	740,00
weißer Sarawak	865,00	860,00
weißer Muntok	875,00	870,00
Orangensaft New York (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Juli	144,25	142,50
Sept.	141,50	140,30
Nov.	140,00	139,40
Jan.	139,60	139,05
März	139,50	139,15
Umsatz	250	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	7. 6.	6. 6.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	42,00	43,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	30,75
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	31,30	31,05
Aug.	30,25	29,65
Sept.	29,10	28,55
Okt.	28,05	26,50
Dez.	27,05	–
Jan.	26,45	–
März	26,00	–
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	32,00	32,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,00	16,00
Choice white hog 4% fr. F.	15,75	16,375
Talg New York (c/lb) top white	18,00	18,00
fancy	17,00	17,50
bleichfähig	16,00	16,00
yellow max. 10% fr. F.	14,75	14,25
Schweine Chicago (c/lb) Juni	47,65	47,85
Juli	50,75	50,62
Aug.	50,35	50,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Juli	69,35	60,47
Aug.	68,55	63,17
Feb.	74,10	63,10
Häute Chicago (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Ochsen unb. schwere River Northern	53,00	54,00
Kühe unb. schwere River Northern	46,00	40,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Juli	584,00	575,75
Aug.	588,50	568,50
Sept.	581,00	567,25
Nov.	586,00	577,00
Jan.	594,00	–
März	604,00	–
Mai	612,00	–
Sojaschrot Chicago ($/sht) Juli	124,50	120,70
Aug.	127,80	123,70
Sept.	130,30	129,20
Okt.	133,50	134,50
Dez.	138,20	–
Jan.	140,50	–
März	146,00	–
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 6.	6. 6.
Juli	350,00	346,50
Okt.	357,00	352,20
Dez.	361,00	357,20
Kokosöl New York (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Westküste fob Werk	32,50	37,55
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	10. 6.	7. 6.
jegl. Herk. cif	955,00	995,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	710,00	700,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	580,00	570,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	223,00	218,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	705,00	675,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	287,00	285,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	7. 6.	6. 6.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	63,07	62,50
Okt.	61,75	61,55
Dez.	62,45	62,70
März	63,45	63,30
Mai	63,85	–
Juli	64,02	–
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1:	41,00	40,50
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	7. 6.	6. 6.
Aug.	539-540	536-539
Okt.	539-540	537-539
Dez.	539-541	537-540
Umsatz	55	27
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	7. 6.	6. 6.
Juli	55,40	55,20
Okt.	55,80	55,40
Dez.	55,60	55,40
März	55,80	55,40
Umsatz	–	–
Tendenz: –		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 6.	6. 6.
Juli	635,00-640,00	639,00-646,00
Dez.	627,00-630,00	–
März	633,00-637,50	–
Umsatz	24	4
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7. 6.	6. 6.
East African 3 long	660,00	660,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	7. 6.	6. 6.
Juni	12 303	12 310
Juli	12 201	12 216
Kautschuk London (p/kg)	7. 6.	6. 6.
Nr. 1 RSS loco	64,00-67,00	64,00-67,00
Juli	69,00	69,00
Aug.	69,00	69,00
Sept.	69,00	69,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 6.	6. 6.
Juni	198,50-200,00	198,00-197,50
Juli	193,25-194,00	193,50-194,50
Nr. 2 RSS Juni	195,00-196,00	194,50-195,50
Nr. 3 RSS Juni	192,50-193,50	192,00-193,00
Nr. 4 RSS Juni	188,00-189,00	187,00-188,00
		Tendenz: stetig
Jute London (£/lgt)	7. 6.	6. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10. 6.	7. 6.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	322,81-323,10	322,75-322,94
drittfolg. Monat	331,52-331,71	331,14-331,54
Blei: Basis London		
laufend. Monat	117,42-117,81	115,39-115,59
drittfolg. Monat	118,01-118,20	116,55-116,76
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1731,95-1733,90	1700,63-1702,59
drittfolg. Monat	1724,12-1726,07	1692,82-1694,77
Zink: Basis London		
laufend. Monat	225,84-226,62	227,66-228,44
drittfolg. Monat	230,14-230,54	231,35-232,54
Produz.-Preis	288,41	285,09
Reinzinn 99,9%	4006–4046	3959–3998

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 6.	7. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	445,02-448,34	445,56-448,88
Blei in Kabeln	125,25-126,25	123,00-124,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	456,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchste und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	10. 6.	7. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	409–413	409
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	455–462	455–462
MS 63	456–462	456–463

Zinn-Preis Penang

	7. 6.	6. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,29	29,25

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 6.	7. 6.
Leg. 225	378–380	378–380
Leg. 226	380–382	380–382
Leg. 231	410–415	410–415
Leg. 233	420–425	420–425

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 6.	7. 6.
Platin (DM je g)	28,95	28,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 480	31 440
Rücknahmepr.	30 730	30 690
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 830	31 850
Rücknahmepr.	31 630	30 950
verarbeitet	33 180	33 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 050	31 070
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	621,80	616,50
Rücknahmepr.	603,50	598,40
verarbeitet	649,10	643,60

Internationale Edelmetalle

	10. 6.	7. 6.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	310,75	315,00
15.00	312,00	314,30
Zürich mittags	311,25-311,75	314,90-315,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 000	94 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	492,10	479,25
3 Monate	496,98	493,25
6 Monate	511,60	507,65
12 Monate	539,15	534,65
Platin (£-Feinunze) London	7. 6.	6. 6.
fr. Markt	208,70	209,30
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	77,00	77,75

New Yorker Preise	7. 6.	6. 6.
Gold H & H Ankauf	314,30	314,80
Silber H & H Ankauf	613,50	613,00
Platin fr. Händlerpr.	267,50-272,00	267,50-272,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	98,5-99,5	99,5-100,5
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	612,30	618,00
Juli	615,50	624,00
Sept.	623,00	637,00
Dez.	635,00	649,00
Jan.	640,30	–
März	648,50	645,30
Mai	657,50	–
Umsatz	15 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Juni	60,50	60,95
Juli	60,45	61,75
Sept.	61,30	62,65
Dez.	62,40	63,55
Jan.	62,80	–
März	63,30	–
Mai	63,75	–
Umsatz	10 000	5 500

Londoner Metallbörse

	10. 6.	7. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	825,00-825,50	830,00-831,00
3 Monate	847,00-847,50	852,00-853,00
Blei (£/t) Kasse	300,00-301,00	298,00-299,00
3 Monate	301,50-302,00	300,50-301,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1116,5-1117,0	1120,5-1121,0
3 Monate	1135,0-1136,0	1137,0-1138,0
abends Kasse	–	1113,0-1114,0
3 Monate	–	1129,0-1130,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1112,8-1113,0	1100,0-1105,0
3 Monate	1124,0-1125,0	1112,0-1150,0
Zink (£/t) Kasse	577,00-578,00	582,00-584,00
3 Monate	588,90-589,00	594,00-595,00
Zinn (£/t) Kasse	9645–9650	9600–9605
3 Monate	9550–9551	9525–9530
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	60–65

FINANZANZEIGEN

SEITZ ENZINGER NOLL
Maschinenbau Aktiengesellschaft Mannheim
Wertpapier-Kenn-Nr. 568 400

Wir laden unsere Aktionäre zur

ordentlichen Hauptversammlung
am Freitag, 19. Juli 1985, 11.00 Uhr

im Stamitzsaal des Kongreß- und Veranstaltungszentrums Rosengarten, Mannheim, ein.

TAGESORDNUNG:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1984 mit den Berichten des Aufsichtsrats und des Vorstands
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von DM 2 772 044,97 zur Ausschüttung einer Dividende von DM 6,- je DM 50,- Nennwert einer Altaktie sowie von DM 3,- je DM 50,- Nennwert einer jungen Aktie auf das Grundkapital von DM 27 600 000,- = DM 2 760 000,- zu verwenden und den Restbetrag von DM 12 044,97 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 1984 Entlastung zu erteilen.
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984 Entlastung zu erteilen.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Mannheim, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1985 zu wählen.

Im übrigen verweisen wir auf die Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 102 vom 05. 06. 1985.

Mannheim, im Mai 1985 — *Der Vorstand*

HAMBURGISCHE LANDESBANK

Berichtigung zur Bekanntmachung

Betrifft:

Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe 1 der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – 263 001–

Die Laufzeit der Schuldverschreibungen beginnt am 12. Juni 1985 und endet am 30. Juni 1996.

HAMBURGISCHE LANDESBANK

KARSTADT
Aktiengesellschaft Essen

Wertpapier-Kenn-Nummer 627 500

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am

Mittwoch, dem 17. Juli 1985, 10.00 Uhr,

in unserer Hauptverwaltung in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Straße 2, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1984 mit dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1984.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1984.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 12. 07. 1985 bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei unserer Gesellschaftskasse, Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Straße 2, oder bei einer der nachstehend aufgeführten Stellen hinterlegen:

- Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Frankfurt/Main, mit ihren sämtlichen Niederlassungen,
- Deutsche Bank Berlin AG, Berlin;
- Commerzbank AG, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, *mit ihren sämtlichen Niederlassungen;*
- Berliner Commerzbank AG, Berlin;
- Bank für Handel und Industrie AG, Berlin;
- Bayerische Vereinsbank AG, München, Berlin, Frankfurt/Main, Stuttgart;
- Delbrück & Co., Hamburg, Berlin, Köln;
- Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main, mit ihren sämtlichen Niederlassungen;
- M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg;
- Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn;
- Commerz-Credit-Bank AG, Europartner, Saarbrücken,
- Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
- Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg;
- Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf;
- Westdeutsche Landesbank – Girozentrale –, Niederlassung Essen.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Banken verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank erfolgen. *In diesem Falle ist die Bescheinigung* über die erfolgte Hinterlegung spätestens am 15. 07. 1985 bei der Gesellschaftskasse in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Straße 2, einzureichen.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 104 vom 11. 06. 1985 veröffentlicht.

Aktionäre, die die nach dem Aktiengesetz zu übersendenden Unterlagen nicht erhalten haben, können diese bei der Gesellschaft oder bei den in dieser Bekanntmachung genannten Hinterlegungsstellen anfordern oder einsehen.

Essen, den 11. 06. 1985 — **DER VORSTAND**

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

ERBEN GESUCHT!
Als Nachlaßpflegerin suche ich den oder die Erben der am 23. 2. 1984 in 5064 Rösrath bei Köln gestorbenen *Elisabeth Görtz geb. Balke.*
Meldungen erbeten unter P 3685 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

USA-Hersteller von Alarm-Geräten
sucht Vertriebspartner in der Bundesrepublik Deutschland – Europa. Kontakt:
Mackser Automation Inc.
Blankeneser Chaussee 81
2000 Schenefeld
Tel. 0 40 / 8 30 10 44 od. 55

Swaziland
Ihre Interessen mit besten Beziehungen *im Land werden* von einer langjähr. erfahrenen Dame mit großem Engagement vertreten.
Zuschriften unter Z 2584 an *WELT-Verlag*, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

VERSTEIGERUNGEN

Zwangsversteigerung am 12. 6. 1985

Luxusbungalow mit Einliegerwohnung und Schwimmhalle, Wohnfläche 292/170 m², Grundstück 2029 m², amtlich festgesetzter Verkehrswert DM 1 436 000,–, Ansteigerung für zirka 700 000,– DM möglich.

Versteigerungstermin Mittwoch, den 12. 6. 1985, 9.15 Uhr, Amtsgericht Siegburg, Neue Poststr. 16, II, 2. Stock, Saal Nr. 234.

Nähere Informationen:
Tel. 0 22 47 / 20 51, ab 18.00 Uhr 0 22 95 / 12 36 (Herr Meys).

BEKANNTMACHUNGEN

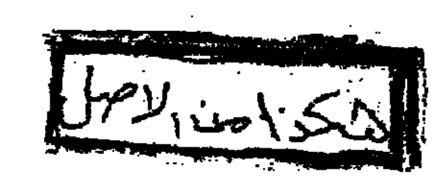
309 IV–VI 301/82 — *Amtsgericht Hamburg-Altona, den 30. 5. 1985*

Beschluß

In der Nachlaßsache der am 22. 4. 1982 in Hamburg verstorbenen Ilse Tomi Olga Kreutz geb. Jaresch, geb. am 29. 6. 1913 in Eidelstedt, jetzt Hamburg, zuletzt wohnhaft in Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 4,
beschließt das Amtsgericht – Nachlaßgericht – Hamburg-Altona, Abt. 309, durch den Rechtspfleger Lüdemann:

1. *Folgende gesetzliche Miterben oder deren Abkömmlinge werden hiermit öffentlich aufgefordert, sich unter genauer Darlegung der Verwandtenverhältnisse binnen 6 Wochen ab Veröffentlichung bei diesem Gericht zu melden: 2 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 91, Zi. 129,*
   a) Ernst Jaresch, geb. am 5. 10. 1879 in Rudak, verstorben ca. 1952 in Küstrin,
   b) Otto Jaresch, geb. am 3. 7. 1875 in Rudak, verstorben ca. 1964 in Berlin, dessen Kinder
      aa) Ernst Jaresch, geb. ca. 1902, soll evtl. als Schüler ertrunken sein,
      bb) Willi Jaresch, geb. ca. 1904, soll etwa 1925 ebenfalls ertrunken sein,
   c) Martha Jaresch, geb. am 25. 12. 1902 in Lyck/Ostpreußen, verstorben am 1. 9. 1923 in Allenstein,
   d) Heinz-Günther Jaresch, geb. am 14. 7. 1918 in Allenstein, verst. im Dezember 1944 in Allenstein.
2. Nach Ablauf der gesetzten Frist ergeht ein Erbschein *ohne* Berücksichtigung der unter 1) bezeichneten Miterben und/oder deren Abkömmlinge.
3. Der Nachlaßwert beträgt ca. 100 000,– DM.

Lüdemann, Rechtspfleger
Ausgefertigt: Paustian, Justizangestellte als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Musik statt Seewasser

egw. – Sie sind nicht umzubringen, diese Klassiker, schon in der Schule hatte man sie uns vergrault, dennoch mußten wir ihnen ein langes Leben hindurch immer wieder Respekt zollen. Sie hatten, wer will es leugnen, einiges zu sagen. Aber zuwenig und nicht das Rechte.

Eine geschickte Regie weiß ihnen da auf die Sprünge zu helfen. Wenn es in einem der klassischen Dramen deutscher Sprache gleich zu Anfang heißt: „Es lächelt der See, er ladet zum Bade", nun, da stellt man eben im Bühnenhintergrund auf einer schiefen Fläche ein Klavier auf und läßt eine Dame Musik spielen. Von See keine Spur. Wozu auch? Der steht sowieso im Buch. Rund ein Drittel der Verse des Dramatikers verfällt dem Rotstift, aber ein paar Zitate dürfen wortgetreu abgeleiert, besser: *hinausgebrüllt* werden. Die Handlung wird zweckmäßig aus dem Mittelalter in die Lebenszeit des Klassikers verlegt, um zu zeigen, wie aktuell sie ist. Das Tüpfelchen aufs „i" setzt der Kostümbildner, indem er die Kostüme unserer Tage verwendet, Gehrock mit Homburg, englische Mütze fürs „Volk".

Spielt die Geschichte, was sie offenbar versehentlich tut, in der Schweiz, so zieht man den Unterdrückern französische Uniformen an, da die Franzosen bekanntlich die Schweiz durch Jahrzehnte besetzt und unterdrückt haben. Und der Dramatiker hatte doch, das muß zum Ausdruck kommen, einen tiefen Franzosenhaß.

Weiter: Beim Ausbruch der Revolution, die im Saal stattfindet, nimmt jeder der Teilnehmer einen Sessel an sich und stürmt, ihn schwenkend, ins Getümmel, in die Freiheit. Die Marschmusik hatte der Autor natürlich auch vergessen! Dafür liegt er nun in Agonie: Es ist gelungen, ihn zum Tode zu erwekken. Hoch die Regie! Es lebe die Freiheit! Wo aber wäre der Kritiker, der sich unterstünde, das alles für eine Eselei zu halten? Er würde damit den Verdacht auf sich ziehen, unfortschrittlich zu sein. Demnach geheimnißt er vieles hinein, was ihm im Programmaufsatz suggeriert wird. Und der Theaterbesucher wendet sich mit Grausen.

Er wollte tiefer tauchen als alle anderen: Der französische Ozeanograph Jacques-Yves Cousteau feiert heute seinen 75. Geburtstag

Der alte Mann unter den sieben Weltmeeren

Ich hing wie abwesend am Tiefenlot, aber neben wir stand mein zweites Ich. Selbstbewußt und grinsend befahl es mir, das Tiefenlot loszulassen und immer tiefer hinabzutauchen."

So schildert Jacques-Yves Cousteau – Offizier, Abenteurer, Meeresforscher, Filmemacher, Buchautor und Konstrukteur – das Erlebnis seines ersten Tiefenrausches. Der Mann, der unzählige Tiefenrekorde aufstellte und Tauchgeräte am laufenden Band erfand, der ruhelos alle sieben Weltmeere durchforschte, der Dutzende von Büchern schrieb, mit Ehrungen überhäuft wurde und dessen mehr als 40 Filme Millionen in aller Welt begeisterten, wird heute 75 Jahre alt.

Geboren am 11. Juni 1910 im französischen Saint-André-de-Cutac, besuchte er die Marineakademie Brest, diente auf dem Kreuzer „Dupleix" als Artillerieoffizier – und stieß schon in den dreißiger Jahren zu einer Gruppe von Freitauchern, die an der südfranzösischen Steilküste mit Harpune und Unterwassergewehr Jagd auf Haie, Zackenbarsche und Muränen machten.

Cousteau jedoch faszinierte nicht das Töten, sondern das Leben unter Wasser. Er träumte davon, in diese geheimnisvolle, verborgene, in den seltsamsten Farben schillernde Welt einzudringen, in ihr, mit der Kamera vor Augen, als Fischmensch unter Fischen zu leben. So bestimmten seine ersten Tauchversuche mit Schwimmflosse und Tauchermaske bei Le Mourillon sein weiteres Leben – interessanterweise zur selben Zeit, als auf deutscher Seite Hans Hass mit seinen berühmten Tauchversuchen begann.

Wie Hass wurde Cousteau zum Pionier des Meerestauchens und der Meeresbiologie. Er wollte tiefer kommen als alle anderen. Er wollte sehen, erforschen und filmen, was auf dem Grund der Meere der Entdeckung harrte. 1942 entwickelte er zusammen mit dem Pariser Ingenieur Emile Gagnan ein Gerät, das seitdem Tausenden von Sporttauchern in aller Welt unentbehrlich ist: die Aqualunge. Das tragbare Frischluftgerät führt dem Taucher die richtig dosierte Luftmenge über ein automatisches Ventil- und Drucksystem zu.



„Der Himmel ist gleich über den Wellen": Jacques-Yves Cousteau FOTO: WDR

Im Auftrag des französischen Marineministeriums führt er im Atlantik und Mittelmeer ozeanographische Untersuchungen durch. Er prüft die Wirkung von Druckwellen, die durch Unterwasserexplosionen hervorgerufen werden, auf Taucher. Archäologische Untersuchungen führen ihn an die Küste von Tunis zu einer 80 v. Chr. gesunkenen römischen Galeere. Hierbei werden in 40 Metern Tiefe die ersten Unterwasser-Filmaufnahmen gemacht.

Schwimmender Stützpunkt weiterer Reisen wird bald darauf das Forschungsschiff „Calypso", ein ausgedienter Minensucher der britischen Navy, den Cousteau in der Nähe von Malta entdeckt und für billiges Geld erwirbt. Einer ersten Expedition ins Rote Meer 1951 folgen Bergungsarbeiten an der südfranzösischen Küste und eine zehnmonatige Forschungsreise in den Indischen Ozean und den Persischen Golf. Mit einem Team von elf Tauchern und Kameramännern gelingen Cousteau hier bisher einmalige Aufnahmen der Unterwasserwelt.

In Paris wird 1956 sein dreidimensionaler Farbfilm „Die schweigende Welt" aufgeführt. Der Marineoffizier erhält dafür den Oscar für den besten Dokumentarstreifen. Hollywood meldet sich; will seine Bücher verfilmen. Cousteau lehnt zunächst ab, er will in allen Belangen sein eigener Herr bleiben. Sein Sohn Philipp, ein gelernter Filmemacher und begeisterter Flieger, den er später durch einen tragischen Flugzeugunfall verlieren sollte, wird seine „filmische rechte Hand".

In Monaco übernimmt Cousteau, nachdem er hoch dekoriert seinen Abschied von der Marine als Korvettenkapitän genommen hat, den Posten des Direktors des Ozeanischen Museums. Doch den größten Teil seines Lebens verbringt er weiter auf der „Calypso", tauchend, forschend, filmend, neue Tauchgeräte entwikkelnd. Er konstruiert den Gleitschlitten auf dem Meeresboden für Unterwasserkameras. Er führt das Farbfernsehen in tiefen Unterwasserbereichen ein und entwickelt die berühmte „Denis" – eine tauchende Untertasse für zwei Personen.

Biatron heißt das nächste Projekt, mit dem die Errichtung von Tierfarmen unter Wasser angepeilt wird. Cousteau selbst verbringt 1961 vier Wochen in einem unterseeischen „Dorf" mit einer siebenköpfigen Mannschaft. Dieses „Dorf" in großer Tiefe besteht aus einem sternförmigen Unterwasserhaus, das ausgerüstet ist mit Küche, Dusche, Labor, Fernsehen usw. „Eines Tages", so prophezeit Cousteau, „werden wir als Fischmenschen Viehzucht unter Wasser betreiben."

1972 begibt er sich mit der „Calypso" auf eine Forschungsreise in die Antarktis, um sich – zurückgekehrt – 1975 in der Ägäis auf die Suche nach dem legendären Atlantis zu begeben. Das Unternehmen wird zum größten Teil von Griechenland finanziert. Gesamtkosten: 1,8 Millionen Dollar. Vor der griechischen Küste entdeckt Cousteau mit seiner Mannschaft bei der Insel Dias einen versunkenen Hafen mit Schiffsresten aus der byzantinischen Zeit. Dreizehn Monate lang erkundet er den Meeresboden der Ägäis, birgt Tausende von Altertümern und viele Schiffwracks. Aber Atlantis – so resümiert er vor Journalisten in Athen – habe es wohl nie gegeben.

Cousteau ist heute einer der leidenschaftlichsten Kämpfer gegen die Verschmutzung der Meere und für eine vernünftige Meeresökologie. Seine Forschungsreisen brachten ihn zu der Überzeugung, daß es auch hier *fünf Minuten vor zwölf* sei. Besondere Sorgen bereitet ihm sein geliebtes Mittelmeer. Schon 1970 klärt er durch unzählige geduldige Messungen und Experimente, daß Fauna und Flora dieses Meeres schwer bedroht sind.

Anläßlich einer Konferenz der Mittelmeer-Anrainerstaaten, die 1978 nach Monte Carlo einberufen wird, überrascht der nimmermüde Mahner die Teilnehmer mit erschreckenden, erschreckend genauen Unterwasserbildern zum Thema Meeresverschmutzung. Er weist auf den hohen Kupfergehalt vor der tunesischen Küste, auf das verseuchte Nildelta und das vergiftete Rhônedelta hin. „Das Mittelmeer ist total verdreckt", meint Cousteau heute. „Wenn wir nichts unternehmen, wird selbst das Baden bald lebensgefährlich werden!"

Das Konstruieren und Erfinden kann auch der alte Cousteau nicht lassen. Sein neuestes Projekt, das er seit einigen Jahren mit Verbissenheit betreibt: der *Turbosegler*. Ausgehend von Plänen eines „*Kaminsegelbootes*", die Anton Fettner in Deutschland in den 20er Jahren hegte, läßt er die „Moulin à Vent", später die „Alcyone" bauen, schmale Hochleistungssegler bzw. Katamarane mit riesigen „Essen" statt der herkömmlichen Segel, in denen sich Windrotoren drehen. Dreißig Prozent Motorenergie spart Cousteau mit diesen originellen Konstruktionen.

Heute, an seinem 75. Geburtstag, ist „der alte Mann unter dem Meer", ist JYC (Jück), wie ihn seine Freunde zärtlich nennen, wieder unterwegs. Er befindet sich an Bord des Turboseglers „Alcyone" zur Erstfahrt nach den Bermudas. Ein neues Abenteuer beginnt. Kommandant Cousteau und seine Getreuen sind die Alten geblieben. „Der Himmel ist gleich über den Wellen", hat Cousteau einmal gesagt. In diesem Himmel will er bleiben.

SIEGFRIED IHLE

München: Franz Xaver Kroetz inszeniert sein neues Stück „Bauern sterben"

Butter, Blut, Boden und Beerdigung

War es nun falscher Alarm, der vor der Uraufführung des Stückes „Bauern sterben" von Franz Xaver Kroetz in den Münchener Kammerspielen die Theaterwelt beunruhigte? „Nicht für Jugendliche unter 18 Jahren" hieß es, wohl in warnender Erinnerung an die ersten Kroetz-Skandale 1971 mit zwei Dutzend Polizisten nach „Hartnäckig" und „Heimarbeit". Doch das Publikum ist nicht mehr so leicht zu schocken. Aufmerksame Stille bei den krassesten Bildern. Man schaut zu wie einem klassischen Drama über den Bauern, das unbekannte Wesen. Am Ende einhelliger Beifall. Nur ein paar Buhs für Kroetz (damit er sein negatives München-Bild wenigstens nicht ganz revidieren muß?).

„Bauern sterben" ist das Fragment einer außerordentlichen, unheimlich suggestiven Bild-Erzählung. Einer modernen Bauern-Passion. Mal mystisch, mal deftig, mal pathetisch. Verwandt mit dem Expressionismus eines Hans Henny Jahnn. Aber auch mit grausamen, perversen Zügen bei dem vor 20 Jahren gestorbenen Richard Billinger, der gezeigt hat, wie der ländliche Mensch in der städtischen Zivilisation verkommt (nach 1945 als Blut-und-Boden-Mythos abgefertigt).

Zunächst ein scheinheiliges Vorspiel, als gäb's was Klassisches. Martin Flörchinger als komödiantischer Père nobel preist das Theater als Bestattungsunternehmen, wo der Mensch würdig hergerichtet wird, „wie er nicht sein kann, solange er ist". Nach ihm Jörg Hube mit Tasso-Lorbeer, nach echtem Leben lechzend: „Ich will aufs Titelblatt und nicht ins Feuilleton!" Darauf die Münchener Elevin (Monika Baumgartner): „Ois a Schmarrn" – realistisch sein und träumen sei das Geheimnis von Kunst...

Dann aber finsterster Bauern-Horror in der Kuchl. Der unterjochte Sohn (Hube) kraucht ans Butterfaßl und wütet im unflätigen Dialekt nach Modernisierung: „Umschdein miaßma!" Der Vater (Flörchinger), dessen geplatzte Blutbeulen Hemd und Boden röten: „I iwagib no ned!" Die Mutter (Marianne Lindner): „Is koa Seng mea auf inserm Dachfirscht!" Die Tochter (Baumgartner) entdeckt, daß vorm Bildschirm die Großmutter verfault ist... Und wenn dann ihre Leiche im Kuchldampf gewaschen wird, hat die Tochter einen Abortus, den sie in der Großmutter versteckt.

Bei der Beerdigung reißt der Vater Hilfe heischend die riesige Christusfigur vom Kreuz, die nun mit abgerissenen Beinen und weit ausgebreiteten Armen auf den Traktor verladen wird und die Flucht der Geschwister in die Stadt begleitet. Überall ist mit seinem klagenden Blick dieser beschädigte Christus dabei.

Auch der *Niedergang* der Bauernkinder im kahlen Appartement-Rohbau käme fast ohne viel Worte aus. Erst der entfesselte Konsum: Der Boden ist bald eine Müllhalde der Verpackungsindustrie. Ihr Sprachspiel ist das von euphorischen Verbrauchern: Einer sagt den Reklame-Slogan, der andere rät die dazugehörige Firma. Dann Arbeitslosigkeit und die Einsicht: „Die Stadt mog mi ned!" Sehnsüchtiges Muhen und Krähen aus dem Fenster in Richtung Heimat. Für Geld liegt er am Blutabnahmegerät, sie bei einem perversen Kunden (bewundernswert dezent verkroetzt: Arnulf Schumacher).

Später holen sie sich einen Haufen Erde ins Zimmer (Symbolik!), er verkriecht sich nackt und blutig darin wie ein Maulwurf, sie säubert sich damit, ißt sie... (Ach, welch ein Pensum!) Kurz vor dem Verröcheln geben sie auf. Er nimmt seine Schwester und drüber die Christusfigur huckepack und schwankt schicksalsschwer zurück zum letzten Stück Heimatboden, das ihm gehört: das Elterngrab mit dem Kreuz, an das sie jetzt die Skulptur wieder hinnagelt. Und während er sich in den Rest von Geborgenheit buddelt, hängt sie ihre Kleider an zwei Grabkreuzen auf und kauert sich zusammen. Aus. Schnee rieselt über die Szene und weißt alles langsam ein.

Es gibt packende, alptraumhafte, entsetzlich trostlose und auch sauerkitschige Visionen eines elendigen Bauernsterbens zu bewältigen. Aber dahinter steckt keine schicke Beliebigkeit. Kroetz blufft nicht. Die haben wirklich weder Glück noch Stern. Jedes Bild deckt sich mit dem, was er sagen will. Nur, es ist manchmal unsäglich. ARMIN EICHHOLZ

Juni-Festwochen in Zürich: „Die Frau ohne Schatten" unter August Everding

Psychomärchen im Knautschlack

Die Züricher Oper feiert ihre ersten sommerlichen „Juni-Festwochen" im jüngst wiedereröffneten Haus: Aus solchem Anlaß war mehr als eine bloß mit Stimmen glänzende Festspielpremiere fällig. Voll Stolz und Theaterlust wollte vorgeführt sein, worauf man so viele Jahre lang hatte verzichten müssen: aufwendige Dekorationen, ein Theater, das Prospekte und Maschinen nicht schont. „Die Frau ohne Schatten", das große psychoanalytische Märchenspiel von Hofmannsthal und Strauss, drängte sich da geradezu auf. Und die Idee, August Everding um die Inszenierung zu bitten, lag ebenso nahe. Everding schließlich ist einer der ganz wenigen, die vor solch technisch aufwendigem und schwierigem Dekorationstheater nicht zurückscheuen.

Die Premiere wurde zum lauthals bejubelten Erfolg für alle Beteiligten. Tatsächlich war die Aufführung so gut, daß das Stück seine überwältigenden Wirkungen voll entfalten konnte. Es ging unter die Haut. Dennoch: Nicht alle konnten sich mit gleicher Berechtigung den Lorbeer anstecken. Mit dem wenigsten Recht August Everding und sein Bühnenbildner Jörg Zimmermann. Von ihm sieht man nach München, Düsseldorf, Paris, Stockholm und San Francisco das x-te Dekor zur „Frau ohne Schatten", und was nie gut war, wird durch Wiederholungen auch nicht besser. Zimmermanns schwarzer Knautschlack an den Wänden, die Bühnenwagen mit Gestängen und Gespinsten, das alles im Mantel des Halbdunkels verhüllt: Es ist die Flucht vor jedem Bekenntnis zu einer klaren Form, einem Zeichen, einem Symbol. Hofmannsthals zeichenhafte Inhalte werden nicht erklärt, nicht einmal dargestellt, sie werden nur noch weiter dunkel verunklart.

Zumal auch August Everdings Regie nicht hilft. Je nach schauspielerischer Begabung der Sänger gibt es da ein paar intensive Szenen – einen klärenden Aufriß des Stückes nicht. Dafür viel Unbehelf, sichtliche und hörbare Mühen mit den Verwandlungen, bei denen man dauernd die schwarzen, helfenden Männlein durchs Halbdunkel wieseln sieht, sie sogar beim Versteckspiel hinter dem Bühnenwagen beobachten kann. Zaubertheater sollte eigentlich so aussehen, daß die offenen Verwandlungen wie von Zauberhand vonstatten gehen. Für solche Bollerwagenfahrten aber, wie sie Zimmermann und Everding hier vorführen, hätte es einer modernen Theatertechnik nicht bedurft.

Ralf Weikert ist der Dirigent – und ihm vor allem ist der starke Eindruck der Aufführung zu verdanken. Zwar kann – oder will – auch er keine Aufführung ohne Striche durchsetzen, und sie gehen im dritten Akt an die Substanz, aber dafür hält er das Werk bezwingend unter Spannung. Das einheitliche Mezzoforte-Moderato ist ihm ein Greuel – er spannt die Musik im Tempo wie in der Dynamik weit aus. Die lyrisch schwelgenden Soli stehen so im wirkungsvollen Kontrast zu den gewaltigen Klangentladungen, und eine perfekte Tontechnik sorgt noch für zusätzlichen Spuk bei all den Echos, den Lontano-Effekten, den Klängen aus der Höhe und aus der Tiefe.

Als Kaiserin stellt sich Agnes Habereder vor – die jüngste Hoffnung im dramatischen Sopranfach. Obwohl Bayerin, hat sie erst einmal Zuflucht im Dresdner Staatsopern-Ensemble gesucht, was für die kluge Absicht spricht, langsam ins schwere deutsche Fach hineinzuwachsen. Tatsächlich bangt man im Moment noch, ob die Kaiserin nicht schon eine Überforderung für diese junge Stimme bedeutet, deren metallener Festigkeit ein leichter Hang zum Flattern entgegensteht. Ihre ungebremste Lust an furiosem, bühnengreifendem Spiel ist nicht nur für einen Regisseur die reine Freude. Die zweite Entdeckung: Reinhild Runkel als Amme: ein dramatischer Mezzo, so recht geschaffen fürs Fach der Mütter und Dienerinnen, für Wagner und Strauss.

Hermann Winklers etwas enger Tenor mit seinem Trompetentimbre ist für den Kaiser so ideal wie Gerd Feldhoffs weicher, dunkler Bariton für den Barak. Janis Martin singt des Färbers Weib imposant, auch wenn sie als früherer Mezzo nicht ganz die strahlenden Höhen hat für diese Partie. Aber alles in allem zeigt Zürich hier wieder, daß die klug ausgesuchte Besetzung allemal mehr wert ist als die teure Besetzung.

REINHARD BEUTH

Lockvogel für biedere Bürger: Natalia Makarowa (rechts) als Rosa Fröhlich, Szene aus dem Ballett „Der blaue Engel" FOTO: BINDER/THIELE

Tingeltangel ohne Gemütlichkeit: Uraufführung des Balletts „Der blaue Engel" von Roland Petit in Berlin

Durchs Wechselbad der Gefühle und der Gelüste

Ein finsteres Stück. Ein Stück der Verdammnis, kahl und karg, nicht geschaffen zum Amüsieren. Die Welt ein Kasernenhof im Schatten schwarz aufragender Türme. Eine Stadtsilhouette wie eine bewehrte Gefängnismauer. Es gibt kein Entfliehen. Roland Petits Ballett „Der blaue Engel", abendfüllend uraufgeführt in der Deutschen Oper Berlin, geht Marlene Dietrich nicht auf den verruchten, süßen Leim.

Petits Ballett, das man kaum Ballett nennen mag, eher ein bitteres Stück hochkonzentrierten Tanztheaters, tanzt um die Gemütlichkeit des alten Tingeltangels rigoros herum. Es geht auf Heinrich Manns Roman „Professor Unrat" zurück, der eine viel bösere Klinge schlägt als die von Zuckmayer und Vollmoeller verliebenswürdigte Filmvariante, die Friedrich Hollaenders Chansons und die Stimme Marlenes unvergeßlich durchklingen.

Professor Unrat, einmal mit der Künstlerin Rosa Fröhlich verheiratet, eröffnet (im Roman Heinrich Manns) in einer Villa vor den Toren der Stadt einen anarchisch zerstörerischen Treff, die Bürger, vor allem die ehemaligen Schüler, die der Pauker nie zu fassen gekriegt hatte, zugrunde zu richten, sie in Laster und Korruption zu verstricken, sie gesellschaftlich fertigzumachen und zur Strecke zu bringen. Dazu nutzt er Rosa als Lockvogel. Wie er ihr Untertan ist, so dient sie seinen unstillbaren Rachgelüsten. Der Kreislauf der Vernichtung auf Gegenseitigkeit, der Weltvernichtung des Bürgertums kommt in Gang.

Josef Svoboda hat dem Ballett das faszinierende Dekor gebaut: diesen weiten, schwarz umbauten Platz, der alles zugleich ist, Schulhof, Tingeltangel, Exerzierplatz, Promenade, Salon. Die Generationen verschränken sich unter Unrats Fuchtel in Furcht, Haß, Aufbegehr und Duckmäuserei.

Dieser wie besessenen Handlung hat Marius Constant eine sparsame, energische Musik auf den Leib geschrieben. Sie bedient sich einer aparten kammermusikalischen Besetzung von nicht einmal zwei Dutzend Spielern, die scharfe, wechselnde Reize hervorzubringen vermag. Sie mischt hin und wieder Stimmen ein, Chöre, Diseusendeklamation, Elektronik. Sie erfindet sich den ätzenden Ton der Seichtheit des musikalischen Tingeltangels. Sie übt glänzend ihr musikalisches Handwerk im Dienste des Stücks.

Um dieses Ballett freilich zögert der Tanz eher herum. Er schleicht sich an. Er wählt infam gemessene Tempi. Nichts wird überstürzt, alle schnellen Effekte werden deutlich umgangen. Der Tanz wird gewissermaßen dramatisch auf die Folter gespannt. Die Nummern im Nachtlokal sind eher klebrig und kläglich, sie schlagen nicht spektakulär über das armselige Kaschemmen-Geflimmer aus Girlsbeinen und Pailletten hinaus. Hetzend, rauflustig, aggressiv werden die Schülerszenen dagegen gesetzt, die sich rhythmisch stampfend, klatschend selber befeuern.

Natalia Makarowa tanzt die Rosa Fröhlich, eine Person aus Haut und Knochen und Kunst, eine Komödiantin der Tanzbühne, armselig und triumphierend, hilflos, doch zäh, Schinderin und Geschundene, den lächerlichen jungen Männern auf höhnische, verständnisvolle, unausweichliche Art zugetan. Die Makarowa zeichnet die Gestalt mit flatternden Händen. Sie weiß Elend, Gelächter, Haß, Hohn und Hoffnung auf ein besseres Leben unauflöslich ineinander zu schlingen, blaß, blond und grandios.

Roland Petit selbst tanzt den Professor, ein Gespenst, spinnenhaft wie ein Theo Lingen des expressionistischen Tanzes, autoritär die Bühne beherrschend, geschlagen und um sich schlagend. Petit reißt den erbarmungswürdigen, gefährlichen Charakter des Mannes straff auf. Jean-Pierre Aviotte gibt energisch den jungen Mann, der als einziger dem Verhängnis zu entgehen versteht. Tim Almaas und Tomas Karlborg sind die stattlichen Vortänzer der Jungmännerriege. Es gab riesigen, einhelligen Beifall für Petits beklemmend originelle Neusicht des alten Sujets.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Udo Lindenberg gibt Konzerte in Moskau

AP, Moskau

Die Jugendverbände der Bundesrepublik Deutschland werden aller Voraussicht nach mit 500 Teilnehmern zu den 12. Weltjugendfestspielen fahren, die vom 27. Juli bis 3. August in Moskau veranstaltet werden. Die deutsche Delegation wird darüber hinaus 50 Künstler nach Moskau mitnehmen, die für ein nationales Kulturprogramm sorgen sollen. So ist vorgesehen, daß der Rock-Sänger Udo Lindenberg mehrere Konzerte gibt. Kritischer Punkt ist die Frage der Behandlung der Jugendorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW). Während alle Verbände, auch solche mit Sitz in West-Berlin, ihre Berliner Vertreter in der Bundesdelegation mitnehmen, will die SEW-Jugend gesondert fahren.

„Schleswig-Holstein Musik-Festival"

dpa, Kiel

Klassische Konzerte von höchster internationaler Qualität sind vom Sommer nächsten Jahres an während eines vierwöchigen „Schleswig-Holstein Musik-Festival" zu erwarten: Namen wie Leonard Bernstein, Yehudi Menuhin, Anne-Sophie Mutter und das London Philharmonic Orchestra, Peter Schreier, Dietrich Fischer-Dieskau und Hermann Prey sind im Gespräch. Träger des Festivals ist ein Verein gleichen Namens, der sich gestern in Kiel vorgestellt hat. Nach den Worten seines Vorsitzenden Ulrich Urban ist es das Ziel, „den großen europäischen Festivalzentren in den nächsten Jahren eine interessante Addition hinzuzufügen".

Ausstellung chinesischer Künstler abgesagt

AFP, Peking

Eine nicht von staatlicher Seite organisierte Ausstellung abstrakter Malerei in Peking ist auf Befehl der Behörden abgesagt worden. Dies verlautete aus Künstlerkreisen in der chinesischen Hauptstadt. Die Ausstellung sollte 250 Gemälde von zehn chinesischen Künstlern zeigen, darunter drei ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Xing Xing" (Die Sterne), die sich 1979 im Rahmen der Bewegung des „Pekinger Frühlings" für eine Demokratisierung des Regimes eingesetzt hatte.

Etruskergräber von Grabräubern entdeckt

AFP, Siena

Zwei Etruskergräber aus dem 6. vorchristlichen Jahrhundert sind in der Nähe von Siena entdeckt worden. In einem der beiden außergewöhnlich prächtigen Grabstätten befand sich das vollständig erhaltene Skelett eines Kriegers, der mit all seinen Waffen bestattet worden war. Die Gräber waren von Grabräubern entdeckt worden, die mit der widerrechtlichen Ausgrabung begonnen hatten, als die Polizei auf dem Schauplatz erschien. Die Räuber entkamen, konnten jedoch bei ihrer Flucht nichts mitnehmen.

Kunst der Goethe-Zeit zu Gast in Bulgarien

dl. Sofia

In Sofia wurde die Ausstellung „Kunst der Goethe-Zeit" eröffnet. Sie ist Teil eines Kulturaustausches zwischen Niedersachsen und Bulgarien. Gezeigt werden 100 Zeichnungen, Radierungen, Kupferstiche und Lithographien von Heinrich Wilhelm Tischbein, Leo von Klenze, Caspar David Friedrich, Ludwig Richter und Goethe, alles Werke, die aus dem Herzog-Anton-Ulrich-Museum, Braunschweig, stammen.

Literaturbüro Westfalen nimmt seine Arbeit auf

dpa, Unna

Das westfälische Literaturbüro in Unna nimmt am 1. Juli offiziell seine Arbeit auf. Es ist neben der bereits seit fünf Jahren bestehenden Einrichtung in Düsseldorf das zweite in Nordrhein-Westfalen. Es soll sich als Mittler zwischen Autoren, Verlagen und Leserschaft betätigen und auch den Nachwuchs fördern. Die Arbeit des Büros wird von zwei hauptamtlichen Mitarbeitern wahrgenommen: der vor acht Jahren „nach Auftritts- und Berufsverbot in der DDR" zunächst nach West-Berlin ausgesiedelten Germanistin Franziska Groszer (40) und dem Schriftsteller und Übersetzer Siegfried Mrotzek (55) aus Herdecke.

Ernst Bär gestorben

AP, Bregenz

Der langjährige Direktor der Bregenzer Festspiele, Professor Ernst Bär, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Er hat die Festspiele von 1954 bis 1982 geleitet. Zuletzt war er bei den Schloßfestspielen in Herrenhausen bei Hannover tätig. Bär hatte die Leitung von Bregenz abgeben müssen, nachdem ihm der Rechnungshof Unregelmäßigkeiten vorgeworfen hatte. Vor kurzem hatte er sich deswegen vor dem Landesgericht Feldkirch verantworten. In wesentlichen Punkten war er freigesprochen worden.

Flugplanexperten brüten über Entzerrung der Stoßzeiten

ANATOL JOHANSEN, Köln

Zwischen 7.30 und 8.30 Uhr morgens geht auf dem Frankfurter Flughafen nichts mehr. Alle Landezeiten für Flugzeuge sind vergeben. Newcomer haben keine Chance. Auf dem Londoner Airport Heathrow sind volle vier Stunden dicht. In Tokio ist zwischen 14.30 und 16.30 Uhr absolute Stoßzeit. Kein zusätzliches Flugzeug kann mehr von den Fluglotsen „heruntergesprochen" werden. Abflugchancen gibt es dort nur noch vor 21 Uhr. Wer später starten will, bekommt die rote Karte. Wer aber vor 21 Uhr startet, ist zu früh in Europa. Er würde Hamburg oder Düsseldorf noch vor 6 Uhr morgens erreichen, zu einer Zeit also, da auf den meisten deutschen Flughäfen noch das Nachtflugverbot gilt.

Diese wenigen Fakten zeigen schon, mit welchen Problemen sich die 410 Flugplanexperten aus Ost und West herumzuschlagen haben, die gegenwärtig in Köln damit beschäftigt sind, die Flugpläne von 120 Fluglinien für den Winterflugplan 1985/86 (gültig vom 27. Oktober 1985) aufeinander abzustimmen. Alle Gesellschaften, erklärte Hans-Henning Romberg von der Lufthansa, wollen ihre Start- und Landezeiten so legen, daß ihre Fluggäste möglichst schnell umsteigen und weiterreisen können. Dabei gelten allerdings die ungeschriebenen „Grandfather-wrights", die Großvater-Rechte: Wer einmal eine gute Start- und Landezeit hatte, darf sie auch behalten. Das reicht natürlich nicht auf einem Sektor, der wie die Fliegerei dauerndem Wandel unterworfen ist: So verändern sich häufig genug die Luftverkehrsströme. Beispielsweise, wenn bestimmte Regionen – wie etwa der pazifische Raum – an wirtschaftlicher Bedeutung gewinnen. Darüberhinaus intensiviere sich, so Romberg, der Flugverkehr immer noch. So sei im laufenden Jahr gegenüber 1984 bereits eine Steigerung der weltweiten Flugbewegungen von fünf bis zehn Prozent zu erkennen. Diesen und anderen Entwicklungen müsse Rechnung getragen werden, wolle man man ein Verkehrschaos vermeiden.

Bei dem erwarteten weiteren Anwachsen des Flugverkehrs sieht der Leiter der Abteilung Flugplanung bei der Lufthansa nur drei Möglichkeiten, mit dem Umfang auf den Flughäfen fertig zu werden: Größere Flugzeuge, Neuausbau der Flughäfen – wie etwa in München, wo die geplante Anlage über zwei, statt wie bisher eine Landebahn verfügt – und endlich eine Verlagerung von Starts und Landungen in die ungeliebten Zeiten, die den ohnehin mäßigen Reisekomfort weiter verschlechtern dürften.



Operation unter freiem Himmel, bei sowjetischen Luftangriffen Fortsetzung in einer Höhle (Bild rechts): afghanische Wirklichkeit anno 1985
FOTOS: BONNER AFGHANISTAN-KOMITEE

Deutsche Ärzte graben sich in die Berge ein und arbeiten weiter

Von WALTER H. RUEB

Das Bonner Afghanistan-Komitee (BAK) hat aus der Bombardierung seiner Krankenstation im Inneren des sowjetisch besetzten Landes im Sommer 1984 die Konsequenzen gezogen: Die Kliniken sind nicht mehr in Häusern untergebracht, sondern in den Bergen eingegraben. „Dadurch sind sie vor sowjetischen Luftangriffen sicher", sagte der 29jährige BAK-Vorsitzende Michael Sagurna nach der Rückkehr von einer dreiwöchigen Reise nach Pakistan und Afghanistan. „In einer grenznahen Provinz haben die Sowjets mit Kampfflugzeugen dennoch tagelang gezielte Angriffe gegen unsere Station geflogen. Dabei gab es einen Toten, und mehrere Kinder erlitten Schocks."

Das deutsche Afghanistan-Komitee hat sich innerhalb von nur 18 Monaten aus bescheidenen Anfängen zu einer Hilfsorganisation entwickelt, die einen ansehnlichen Anteil der ausländischen Hilfe für das leidgeprüfte afghanische Volk erbringt. In diesem Jahr werden bereits in drei Stationen Kranke und Verletzte behandelt. „Die meisten leiden an Malaria und Tuberkulose", berichtete Sagurna. „Und viele haben schreckliche Augenkrankheiten; bei den Frauen grassieren Mangelkrankheiten. Unsere Ärzte machen aber auch Operationen."

Bei einer war Sagurna dabei. Seine Schilderung klingt abenteuerlich, gibt aber nichts als die afghanische Wirklichkeit wieder. „Einem Freiheitskämpfer mußte der Fuß amputiert werden, nachdem er auf eine Mine getreten war", erzählte Sagurna. „Den jungen deutschen Chirurgen stand dazu eine Schreinersäge zur Verfügung ... Mit dem Dolch des örtlichen Guerillaführers wurde der Beinstumpf gesäubert. Der Afghane wachte bald aus der Vollnarkose auf und erholte sich schnell. Ein Sanitäter aber fiel während des Eingriffs um. Der Operierte wollte als strenggläubiger Muslim nach der Operation weder Tabletten schlukken noch etwas trinken, weil gerade Fastenzeit war. Erst nach langem Zureden gab er seinen Widerstand gegen Tabletten und Getränke auf ... Ein paar Tage später ritt der Frischoperierte nach Pakistan. Dabei trieb er in gefährlichen Situationen das Pferd mit dem Beinstumpf an. Kein Wort der Klage kam über seine Lippen."

Das Afghanistan-Komitee unterhält seine Krankenstationen in zwei grenznahen Provinzen sowie im Inneren des Landes. Dort ist auch in diesem Jahr wieder Karl-Viktor Freigang tätig, der 1984 als erster deutscher Arzt an den Hindukusch gegangen war. Von ihm gibt es nur spärliche Nachrichten. Auf den Lohnlisten des Afghanistan-Komitees stehen außer drei deutschen noch zwei afghanische Ärzte, ferner eine Krankenschwester aus Bonn und neun Sanitäter. Die Krankenschwester wirkte vorher schon in Bangladesch, Peru und Vietnam. Sagurna: „Ihre Erfahrung ist für uns sehr wertvoll."

Zum Erstaunen der deutschen Ärzte kommen sehr viele Frauen zur Behandlung. „Gynäkologische Fälle gibt es mehr als vorher angenommen", sagte Sagurna. „Im Beisein ihres Ehemannes oder des Dorfältesten lassen sich die Frauen beraten und behandeln. Dabei gibt es oft überraschende Probleme: Manche Frauen kennen ihr eigenes Alter nicht oder sind im Ungewissen über eine Schwangerschaft. Da vergeht viel Zeit bei langwieriger Fragerei ..."

Gefährliche Jeep-Fahrten durch das pakistanisch-afghanische Stammesgebiet und tagelange Fußmärsche über 3000 Meter hohe schneebedeckte Berge haben im Gesicht des BAK-Vorsitzenden Spuren hinterlassen. Bedroht von Helikoptern und Kampfflugzeugen, mußten reißende Flüsse durchquert werden, am Tag war es heiß, nachts fiel das Thermometer unter null Grad. Wiederholt konnte Sagurna Bombardierungen beobachten – wie sich später herausstellte, aus zweitägiger Entfernung gar jene des medizinischen Zentrums seiner eigenen Organisation.

Zusammen mit seinen bewaffneten Begleitern und mit Medikamenten, Schuhen und Stoffen schwerbeladenen Pferden wurde schließlich die verwaiste Klinik erreicht. „Erst nach Tagen trafen wir die vor den sowjetischen Luftangriffen ausgewichenen Ärzte", sagte Sagurna. „Sie waren während der Bombardierungen auf ihre üblichen Besuche in der Region gegangen. Im Umkreis von 50 Kilometer versorgen sie Hunderttausende von Menschen."

Über den Spenden-Eingang auf Konto 9019 bei Banken und Sparkasse von Bonn äußerte sich Sagurna dankbar. „Die Gelder versetzen uns in die Lage, in Peschawar mit der Ausbildung von Sanitätern zu beginnen und weitere Kliniken einzurichten. Das Medikamenten-Lager in unserer Zentrale in der pakistanischen Grenzstadt ist gefüllt. Wir können rundum zufrieden sein."

Hilfe von drei Organisationen

Die Bundesrepublik Deutschland leistet den afghanischen Flüchtlingen in Pakistan sowie den im sowjetisch besetzten Land Verbliebenen umfangreiche humanitäre Hilfe, öffentliche wie private. Die wichtigsten Organisationen:

Das Bonner Afghanistan-Komitee: Es leistet unter schwierigsten Bedingungen humanitäre Hilfe im Innern des Landes. Ärzte und Sanitäter verbessern in Hospitälern die medizinische Versorgung der Bevölkerung. Kontonummer 9019 bei Sparkasse und Banken von Bonn.

Die **Afghanistan-Nothilfe** bildet afghanische Ärzte und Sanitäter in der Bundesrepublik Deutschland für ihren Einsatz in der Heimat aus. Kontonummer 160 150 bei der Städtischen Sparkasse Mönchengladbach.

Die **Organisation Help** betreut als älteste Hilfsorganisation heute in Pakistan fast eine halbe Million afghanische Flüchtlinge in 20 Lagern entlang der afghanischen Grenze. Kontonummer 4444 bei Dresdner Bank, Volksbank und Sparkasse Bonn. rb.

Töteten zwei Freunde mehr als 24 Menschen?

rtr. San Francisco

Nach dem Fund verstümmelter Leichen in einer abgelegenen Hütte 200 Kilometer östlich von San Francisco fahndete die Polizei im US-Bundesstaat Kalifornien gestern nach dem 24jährigen früheren Marineinfanterist Charles Ng. Sie ist damit einem Kapitalverbrechen auf der Spur, dem möglicherweise zwei Dutzend Menschen zum Opfer gefallen sind. Ng hatte mit seinem mittlerweile verstorbenen Freund Leonhard Lake in dem Unterschlupf gehaust. Insgesamt seien über 24 Menschen spurlos verschwunden, die nachweislich in jüngster Zeit mit dem Duo in Kontakt gestanden hatten. Zwar bestätigte die Polizei offiziell nicht den Verdacht, daß die Vermißten in der Hütte einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein könnten. Neben dem Häuschen sei jedoch eine Art Bunker entdeckt worden, der offenbar als „Sex-Gefängnis" gedient hat. Ng ist seit dem 2. Juni untergetaucht. An diesem Tag war Lake in San Francisco wegen eines Ladendiebstahls festgenommen worden. Lake hat dann Selbstmord begangen.

9. Minenopfer geborgen

rtr. Johannesburg

Südafrikanische Rettungsmannschaften haben gestern den neunten Arbeiter geborgen, der bei dem Unglück in der tiefsten Goldmine der Welt am vergangenen Freitag ums Leben gekommen war. Damit wurden jetzt alle Vermißten tot geborgen.

Geschäfte mit Zahngold

dpa, Saarland

Gegen fast jeden zweiten Zahnarzt im Saarland ist während der vergangenen Monate von den zuständigen Finanzbehörden wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung aus Einnahmen von Goldgeschäften ermittelt worden. Seit September 1982 wurden rund 250 Ermittlungsverfahren gegen Zahnärzte und Mitarbeiter zahntechnischer Labors eingeleitet. Sie hatten mit dem An- und Verkauf von Gold regelrecht spekuliert.

Nach Landung explodiert

dpa, Landsberg

Die Ballonexplosion, bei der am Sonntag am Ufer des Ammersees in Bayern zehn Menschen verletzt wurden, ereignete sich erst nach der Landung. Die sechs Schweizer Besatzungsmitglieder und vier Helfer wollten gerade den geborgenen Ballon zusammenrollen, als sich der darin noch vorhandene Wasserstoff vermutlich wegen einer statischen Aufladung entzündete und explodierte.

Kamphausen bleibt in Haft

dpa, Hamm

Felix Kamphausen (41), der vor 15 Jahren im „Minouche-Prozeß" in Düsseldorf wegen versuchten Mordes zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, wird nicht vorzeitig aus der Haft entlassen. Das entschied gestern der Erste Strafsenat des Oberlandesgericht Hamm.

Schreckliches Ende

SAD, Gary

Fünf Kinder im Alter zwischen sechs und 13 Jahren, die in Gary (US-Bundesstaat Indiana) in ein geschlossenes Freibad gestiegen waren, sind in dem Schwimmbecken ertrunken. Es war nur an der tiefsten Stelle mit Regenwasser gefüllt und die Wasseroberfläche so niedrig, daß die Kinder die Ausstiegs-Leiter nicht erreichen konnten.

155 Jahre alt geworden?

AFP, Kairo

Der vermutlich älteste Ägypter ist am Sonntag in Suez im Alter von 155 Jahren gestorben. Mohammed El-Batraoui hinterläßt seinen 23 direkten Erben Besitz im Schätzwert von umgerechnet über eine Million Dollar.

WETTER: Unbeständig und kühl

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs bei Irland greifen im Tagesverlauf auf Deutschland über. Die Zufuhr kühlerer Meeresluft hält dabei an.

Vorhersage für Dienstag:
Anfangs wechselnd wolkig und vor allem in der Osthälfte noch Schauer oder Gewitter. Im Laufe des Tages in der Westhälfte aufkommender länger andauernder Regen, der bis Mittwoch früh auch die Osthälfte erreicht. Tageshöchsttemperaturen 10 bis 14 Grad. Nachts Abkühlung bis auf 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:
Unbeständig und kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	12°	Kairo	12°
Bonn	10°	Kopenh.	13°
Dresden	13°	Las Palmas	23°
Essen	12°	London	13°
Frankfurt	11°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	20°
List/Sylt	12°	Mallorca	23°
München	15°	Moskau	12°
Stuttgart	15°	Nizza	21°
Algier	23°	Oslo	11°
Amsterdam	13°	Paris	15°
Athen	21°	Prag	14°
Barcelona	21°	Rom	22°
Brüssel	10°	Stockholm	14°
Budapest	19°	Tel Aviv	27°
Bukarest	22°	Tunis	24°
Helsinki	13°	Wien	16°
Istanbul	24°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.06 Uhr, Untergang: 21.38 Uhr; **Mondaufgang:** 2.37 Uhr, Untergang: 15.19 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Rede von Rang

Das Echo auf die Rede, die Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** zum 8. Mai gehalten hat, ist immer noch nicht abgeklungen. Die Ansprache wurde jetzt als Zeitdokument von historischem Rang auf Schallplatte herausgebracht. Sie ist überall im Fachhandel sowie in den Schallplattenabteilungen der Warenhäuser zu haben.

Ring von Cartier

„Tatum ist die Frau meines Lebens", gestand Tennisspieler **John McEnroe** (26) in Paris. **Tatum O'Neal** (22) murmelte überwältigt: „Ich bin so stolz auf ihn." Kurz darauf wurde McEnroe mit seiner Braut fotografiert, als er bei Cartier den Ehering für sie kaufte. Für den Verlobungsdiamanten vor drei Monaten soll der blonde „Mac" 800 000 Mark ausgegeben haben. Wann die Hochzeitsglokken läuten, ist noch nicht bekannt. Freunde gehen davon aus, daß der gezähmte Tennisstar und die Tochter des Schauspielers **Ryan O'Neal** den Termin nach dem Wimbledon-Turnier bekanntgeben, das in zwei Wochen beginnt.

In Kreuzberg wieder 'mal Randale

F. DIEDERICHS, Berlin

Polizeibeamte, die im Berliner Bezirk Kreuzberg ihren täglichen Streifendienst versehen, bezeichnen die Stimmung auf der Straße als „explosiv". In den vergangenen zwei Wochen verging kaum eine Nacht, in der nicht Funkstreifenwagen auf Routinefahrten im südöstlichen Bezirk mit Pflastersteinen beworfen wurden. Tagsüber bangen Supermärkte um ihre Waren, weil radikale Jugendliche sich buchstäblich „selbst bedienen".

Zwar gibt es in dem Berliner Stadtteil keine besetzten Häuser mehr, dafür werden im „Milljöh" des Heinrich Zille, zwischen zerfallenden Hinterhöfen und türkischen Imbißbuden, die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendlichen immer härter. Westside Story in Berlin – aber ohne Musical-Romantik. Dieter Schenk, Leitender Kriminaldirektor der Direktion Verbrechensbekämpfung der Berliner Polizei: „An den beteiligten Gruppen prallen Strafen ohne jede Wirkung ab."

Die Beteiligten sind einmal kahlgeschorene „Punks", die heute das Stadtbild von Kreuzberg bestimmen. Männer und Frauen mit grell gefärbten Haaren, zerlumpter Kleidung. Sie schlafen in Abrißhäusern und halten sich Ratten als Haustiere. Eine Gruppe, die nicht mehr als „sozial integrierbar" gilt. Als man einigen von ihnen ein Wohnheim zur Verfügung stellte, um sie von der Straße zu holen, war das Gebäude nach wenigen Tagen in abrißreifem Zustand. Seit 1980 sammeln sich „Punks" aus ganz Deutschland und selbst aus Großbritannien an der Spree.

Auf der anderen Seite stehen, mit unverhohlenem Haß auf die „Punks", die „Skinheads": Jugendliche in Uniformhosen der Deutschen Wehrmacht und klobigen Schnürstiefeln. Eine Truppe, die „Punks" als minderwertig ansieht und dies handfest deutlich macht.

Die Auseinandersetzungen werden mit Messern, Knüppeln, Eisenketten und Gasrevolvern ausgefochten – Gewalt als Zeitvertreib. „Greiftrupps" der verfeindeten Gruppen machen auf U-Bahnhöfen und in den Untergrundzügen nächtliche Jagd auf einzelne Mitglieder der anderen Seite. Schaltet sich die Polizei ein, ist damit zu rechnen, daß sich die Aggression blitzschnell auf die „verhaßte Staatsgewalt" richtet.

Die Gewalt dieser beiden Jugendgruppen richtet sich immer häufiger auch gegen andere Bevölkerungsschichten. Die „Tageszeitung", einst Sprachrohr der Hausbesetzer-Bewegung, vermeldete kürzlich regelrechte „Treibjagden" auf langhaarige Jugendliche aus der alternativen Szene. Unter der Überschrift „Hippies klatschen" – einer Umschreibung der Gewalttaten – spricht die Alternativ-Postille von einem „neuen Volkssport". Der Autor der „Dokumentation", der von einer selbsterlebten Bandenprügelei berichtet, fordert die alternative Szene zu Gegenmaßnahmen auf: „Laßt euch nicht einzeln erwischen, bildet Banden." Weitere Auseinandersetzungen im Berliner Stadtteil mit dem größten Negativ-Image scheinen somit programmiert.

Die Berliner Polizei will jetzt versuchen, als Gegenmaßnahme bei ihren Einsätzen ein „Vertrauensverhältnis" zu den radikalen Gruppen, so ein Beamter der zuständigen Direktion, aufzubauen. Es sollen „immer die gleichen Beamten" zu Einsätzen, an denen „Punks" oder „Skinheads" beteiligt sind, geschickt werden. Ob derartige Überlegungen von Erfolg gekrönt sind, scheint zweifelhaft.

ZU GUTER LETZT

„Argentinien mit einem Bein in Mexiko," meldete DPA gestern.

